

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2026_Donald_Trump_at_the_John_F_Kennedy_Center_for_the_Performing_Arts_in_Washington_D.C._on_6_January_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2026_Donald_Trump_at_the_John_F_Kennedy_Center_for_the_Performing_Arts_in_Washington_D.C._on_6_January_(cropped).jpg)

HÖLLE AUF ERDEN

INHALT

<i>Gewerkschaft</i>	
Tarifrunde Nahverkehr: Gemischte Ergebnisse, Helmut Born	3
<i>BR-Wahlen und BR-Mobbing</i>	
Tesla ist nur die Spitze des Eisbergs, H. N.	6
<i>Israel/Iran</i>	
Israels Ziel im Iran ist nicht nur ein Regimewechsel, Kate McMahon	8
Die Interessen des US-Imperialismus im Irankrieg, Jakob Schäfer	11
<i>Israel/Palästina</i>	
Auf dem Weg zur Annexion des Westjordanlandes, Interview mit Ziv Stahl	16
<i>Energiepolitik</i>	
Folgen des Irankriegs und die deutsche Energiepolitik, Klaus Meier	22
<i>Kuba</i>	
Verteidigung von Kuba gegen Blockade und Verarmung, Ana Cristina Carvalhaes, Israel Dutra, João Machado, Manuel Rodríguez Banchs	26
Nein zum Druck der Yankees auf Kuba! Comunistas Cuba	29
<i>China</i>	
Säuberungen innerhalb der Militärhierarchie und Krise des Regimes, Pierre Rousset	31
<i>Pakistan/Afghanistan</i>	
Ein Blick auf den Krieg zwischen Pakistan und Afghanistan, Interview mit Farooq Sulehria	35
<i>Künstliche Intelligenz</i>	
KI: das Vermächtnis einer Blase, Cédric Durand	39
<i>Ökosozialismus</i>	
„Weniger und besser arbeiten; ein gutes Leben führen“, Johann-Friedrich Anders	43
<i>Buchbesprechung</i>	
Pornografie, Vergewaltigung und Macht – der Fall Gisèle Pelicot, Friedrich Voßkuhler	48
<i>Aufrüstung</i>	
Nein zur europäischen Aufrüstung, Internationales Komitee der Vierten Internationale	51
<i>Jürgen Habermas</i>	
Jürgen Habermas (1929–2026), Helmut Dahmer	54
<i>IV. Internationale</i>	
Internationales antikapitalistisches Sommerlager, Emil Höllein	60
<i>Letzte Seite</i>	
Raus aus der Hoffnungslosigkeit! Ökosozialistische Konferenz 2026	62

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss:innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor:innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 35,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

TARIFRUNDE NAHVERKEHR: GEMISCHTE ERGEBNISSE

Mit dem Abschluss in acht Bundesländern gibt es zwar manche Verbesserungen, aber durchweg auch lange Laufzeiten.

■ **Helmut Born**

Ver.di hat es zwar geschafft, die Laufzeiten der Tarifverträge in den Landesverbänden zu vereinheitlichen und damit auch in allen Bundesländern Forderungen aufzustellen. Da aber in jedem Bundesland andere Inhalte geregelt sind, sind die bisher erzielten Ergebnisse auch sehr unterschiedlich. So sind z.B. in Brandenburg, Schleswig-Holstein, Hamburg und Brandenburg die Einkommen aber auch um die Länge des Urlaubs oder um Mindestruhezeiten der Beschäftigten zu regeln, während in anderen Landesbezirken wie NRW z.B. die Beschäftigten nach dem Tarifvertrag ÖD-Kommunen bezahlt werden, und deswegen zuallererst Forderungen zu den Arbeitsbedingungen aufgestellt wurden.

Dabei muss bedacht werden, dass es Ziel von ver.di ist, über die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten den Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) attraktiver zu machen. Bei den Forderungen spiegelt sich das sehr unterschiedlich wider. Bei den einen geht es mehr um bessere Einkommen und bei anderen um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, durch eine Verlängerung des Jahresurlaubs oder einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Durch die Verrentung vieler Beschäftigter in den nächsten Jahren und die ziemlich hohe Fluktuation in der Branche gibt es einen riesigen Bedarf an neuen Beschäftigten. Das weitergehende Ziel ist es, in Anbetracht der zunehmenden Klimaveränderungen den ÖPNV auszubauen, um damit den zerstörerischen motorisierten Individualverkehr zu verringern. Unter den gegebenen Bedingungen in eine solche Tarifrunde zu gehen, bedeutet sich auf jeder

Ebene (Bund, Land, Kommunen) den Sparhaushalten entgegen zu stellen. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung aus CDU und SPD seit langem die Parole ausgegeben hat, dass in Deutschland länger gearbeitet werden müsse. Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und nach längeren Ruhephasen steht diesem Ansinnen konträr entgegen.

Erste Abschlüsse

Bis heute, 6. April 26, gibt es in 8 von 16 Bundesländern einen Abschluss. Diese Abschlüsse wurden oft erst nach mehrmaligen „Warnstreiks“ erreicht, die in der Spitze bis zu 4 Tage anhielten. Bei allen Verhandlungen stellten die Vertreter:innen der Verkehrsunternehmen erst einmal aufstur, und stellten höchstens Forderungen nach Verschlechterungen auf. Konkrete Verhandlungen fandet oft erst statt, nachdem es Ver.di durch die Häufigkeit der Streiks gelungen ist, den Druck auf die Arbeitgeber so zu erhöhen, dass sie bereit waren in ernsthafte Verhandlungen über die Forderungen einzutreten. Anhand von mehreren Beispielen der Abschlüsse möchte ich zeigen, wie unterschiedlich Forderungen und Abschlüsse gewesen sind. Die lange Laufzeit von 4 Jahren wurde zuerst in Baden-Württemberg vereinbart und diente dann als Vorlage für fast alle anderen Bundesländer. Ver.di hatte eine Laufzeit von 2 Jahren gefordert.

Wie auch in anderen Branchen werden Inhalte zu den Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Urlaub, Zuschlagsregelungen etc.) in Manteltarifverträgen vereinbart. Die sind in fast allen Branchen hart umkämpft und die positiven

Errungenschaften müssen oft mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. Man denke nur an die Metall- und die Druckindustrie wo die 35 Stunden Woche von den Unternehmerverbänden immer wieder in Frage gestellt wird. Hinzu kommt, dass Veränderungen bei der Arbeitszeit auch betrieblich durch Betriebsräte umgesetzt werden müssen. Es ist anders als bei Einkommenstarifverträgen. Lohnerhöhungen müssen von den Unternehmern zu einem bestimmten Datum umgesetzt werden. Dies ließe sich zwar auch in Manteltarifverträgen anders regeln, ist aber kaum irgendwo Realität. Dies hat auch mit dem Betriebsverfassungsgesetz zu tun, das den Betriebsräten Mitbestimmung bei der Personalplanung, der Verteilung der Arbeitszeit bei der Urlaubsplanung usw. gibt.

Nun zu den Abschlüssen. Als erstes möchte ich den Abschluss in Baden-Württemberg vorstellen: Mit dem Abschluss, der als erster schon am 10. März erzielt wurde, zeigte sich auch der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) zufrieden. „Das Ergebnis berücksichtige die angespannte finanzielle Lage vieler Kommunen und gezielte Verbesserungen bei Zuschlägen für besonders belastende Arbeitszeiten“ teilte der KAV zu dem Ergebnis mit. Von ver.di wurde betont, dass mit dem Tarifergebnis alle wesentlichen noch bestehenden Ungerechtigkeiten bei Zuschlägen und Eingruppierungen behoben werden. Im Einzelnen wurde vereinbart:

- Der Nachtzuschlag steigt auf 25 %
- Die Zeitspanne für Samstagzuschläge wird ab Juni 2026 ausgeweitet
- Der Samstagzuschlag steigt schrittweise bis 2028 auf 20 %
- Alle Zuschläge werden bis 2029 stufenweise erhöht
- Die Bezahlung von Überstunden wird bis 2030 schrittweise verbessert, um danach individuell zu erfolgen
- Ab 2029 wird tariflich eine Mindestruhezeit von 10,5 Stunden vereinbart.

Wie wir noch sehen werden ist dieser Abschluss einer der schlechteren Sorte. Ist ja kein Wunder, dass der KAV damit zufrieden ist. Noch nicht einmal die gesetzliche Mindestruhezeit von 11 Stunden wurde durchgesetzt geschweige denn eine Arbeitszeitverkürzung, ganz gleich ob durch eine Erhöhung der Urlaubstage oder einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Zum Abschluss möchte ich den Verhandlungsführer von ver.di Jan Bleckert zu dem Ergebnis zitieren: „Wir haben diese Tarifrunde mit einem hohen Maß an Verantwortungsbereitschaft geführt. Dank der hohen Streikbereitschaft ist es uns mit nur einem

Streiktag gelungen, die Arbeitgeber dazu zu bringen, Verantwortung für ihre Beschäftigten zu übernehmen.“ So viel Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung kann wohl nur mit Rücksicht auf die Grün/Schwarze Landesregierung und den Landtagswahlkampf erklärt werden. Dass mit diesem bescheidenen Abschluss zu diesem frühen Zeitpunkt nach nur einem Streiktag ein Signal an die anderen Landesverbände gesendet wurde, zeigte sich dann bei nicht zuletzt bei der langen Laufzeit der Tarifverträge von 4 Jahren.

Als nächstes möchte ich das Ergebnis von Berlin vorstellen, dass in der sechsten Verhandlungsrunde am 27. März erzielt wurde: Allein die Präsentation des Ergebnisses ist sehr übersichtlich. Hier die jeweilige Forderung und das jeweilige Ergebnis gegenübergestellt

- Forderung 33 Tage Urlaub – Ergebnis 2027: 31 Tage, 2028: 32 Tage, 2029: 33 Tage
- Erhöhung Urlaubsgeld um 500 € – Ergebnis ab 2027: 100 € mehr (damit jetzt insgesamt 600 €)
- Pro 100 Nachtstunden einen zusätzlichen Urlaubstag – ab 2028 Erhöhung des Nachturlaubs auf bis zu 5 Tage (bei 555 Nachtstunden)
- 150 € Einmalzahlung in diesem Jahr
- Mindestruhezeit von 11 Stunden – wurde erreicht

Zu anderen Forderungen wurde vereinbart, weiter zu verhandeln, oder das Thema wird in der Lohnrunde 2027 wieder aufgerufen. Ende 2026 können die Vereinbarungen zu Arbeitszeit, Zulagen und Einkommen gekündigt werden. Außerdem gab es noch kleine materielle Verbesserungen der Zuschläge für besondere Arbeiten. Dieses Ergebnis bedeutet für Beschäftigte einige wesentliche Verbesserungen, auch wenn es sich um Festschreibungen von gesetzlichen Regelungen handelt, wie die Mindestruhezeit von 11 Stunden und der zusätzliche Urlaub von 3 Tagen erst in 2029 erreicht wurde. Gesetzlich gibt es 20 Tage, im Tarifvertrag ÖD Kommunen/Bund sind es 30 Tage. In dem TV Nah Berlin steigt er schrittweise auf 33 Tage.

Als nächstes möchte ich den Abschluss aus NRW anführen, der in der dritten Verhandlungsrunde am 26. März erzielt wurde. Auch in NRW gibt es positive Regelungen die eine deutliche Verbesserung bedeuten. Auch hier wurden im Tarifinfo die Forderungen und Ergebnisse gegenübergestellt:

- Die wöchentliche Arbeitszeit soll auf 37 Stunden (bisher 39 Stunden) bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden – Die Arbeitszeit wird 2027 in zwei Schritten um eine Stunde verkürzt zum 1.1.27 und 1.7.27

- Die Ruhezeit zwischen 2 Schichten wird auf 11 Stunden festgelegt – Gilt ab 1.09.26
- Der Zuschlag für Sonntagsarbeit wird auf 40 % erhöht – ab 1.1.27. beträgt der Zuschlag 30 %
- Der Freistellungsumfang für Gewerkschaftsarbeit wird auf 8 Tage erhöht – Gilt ab 1.1.27
- Der Geltungsbereich wird auf kurzfristig Beschäftigte/Minijobs ausgeweitet – Gilt ab 1.9.26
- Laufzeit 24 Monate – Vereinbart wurden 48 Monate
- Darüber hinaus gab es Forderungen der „Arbeitgeber“, die teilweise vereinbart wurden:
- Tarifvertragliche Regelung zur Personalgestaltung – Wurde vereinbart ab 1.1.27 in kommunalen Unternehmen
- Anreize der Arbeitgeber für ihre Attraktivität z. B. zur Personalgewinnung – Wurde vereinbart ab 1.9.26

Darüber hinaus gab es mehrere Forderungen der „Arbeitgeber“, die nicht vereinbart wurden, wie z. B., dass der Nachtarbeitszuschlag 1 Stunde später gilt oder der Zuschlag am 24. und 31.12. gestrichen wird.

Die Arbeitszeitverkürzung ab Januar 2027 soll in zusammenhängender Freizeit genommen werden. Die beträgt im 1. Jahr insgesamt 39 Stunden. Das ergibt bei einer täglichen Arbeitszeit von 7,6 Stunden 5 freie Tage zusätzlich, ab 2028 werden es 7 Tage sein. Bemerkenswert finde ich die Regelung für die Freistellung bis zu 8 Tagen für Gewerkschaftsarbeit. Dies ist besonders wichtig für die Arbeit der Vertrauensleute in den Betrieben.

Interessant sind noch die Abschlüsse in Hamburg und Brandenburg wo es vor allem um die Einkommen ging. In Hamburg wurde eine Erhöhung rückwirkend zum 1.1.26 von 3 % mindesten 130 € und zum 1.1.27 von 2,4 % Mindestens 110 € vereinbart. Auszubildende bekommen jedes Jahr 55 €. Die Laufzeit beträgt 24 Monate. Zum Manteltarifvertrag gab es eine Vereinbarung über die schrittweise Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 100 % in 4 Schritten bis 2032 und die Übernahme der Hälfte der Kosten für das D- Ticket.

In Brandenburg wurden Entgelterhöhungen ab 1.4.26 um 3,2 % (nach 3 Nullmonaten) und ab 1.4.27 um 2,5 % vereinbart. Dort wird die Jahressonderzahlung in monatlichen Raten ausgezahlt und diese so um 1 € pro Arbeitstag erhöht. Außerdem wurde eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Std. ab 1.1.27. sowie eine Urlaubsverlängerung auf 30 Tage, ab 9 Beschäftigungsjahre auf 32 Tage, sowie eine Mindestruhezeit von 11 Stunden vereinbart.

Anders als in den letzten Tarifrunden Nahverkehr gab es in diesem Jahr keine gemeinsame Kampagne von ver.

di und Fridays for Future. Dafür scheint es bei Fridays for Future keine Kapazitäten mehr zu geben. Aber auch ohne diese gemeinsame Arbeit bleibt das Ziel den ÖPNV auszubauen wichtig. Gerade im Verkehr verfehlt Deutschland seit Jahren sämtliche Klimaziele. Das dies ein zäher Kampf sein würde, bei der Dominanz der Automobilindustrie, war von Anfang an klar. Mit der jetzigen Bundesregierung ist es noch mal schwieriger geworden, in der eine Lobbyistin der fossilen Industrie Wirtschaftsministerin ist. Alles zusammen ergeben die Abschlüsse ein buntes Bild. Für ver.di geht es darum, die Arbeitsbedingungen durch eine Erhöhung der Zuschläge und um reale Entlastung durch mehr Freizeit zu verbessern. Dies ist zumindest in Berlin und NRW gelungen. Es bleibt zu hoffen, dass weitere Tarifbezirke dem folgen.

Um den ÖPNV weiter auszubauen, braucht es gesellschaftliche Bewegung von Gewerkschaften und Klimabewegung, um Druck auf Regierungen und Parlamente auszuüben. Die Möglichkeiten kommunaler Verkehrsunternehmen hängen von den finanziellen Mitteln ab, die von den Regierungen und Rathäusern zur Verfügung gestellt werden. In der Tarifrunde wurde einmal mehr deutlich, wie schwer es den Gewerkschaften fällt, ihre Forderungen auch durchzusetzen. Sie waren von vornherein nicht sehr radikal, sondern eher nach dem „Machbaren“ ausgerichtet. Trotzdem sind Forderungen nach kollektiver Arbeitszeitverkürzung eher die Ausnahme heutzutage. Erfreulich, dass zumindest kleine Schritte in der Tarifrunde Nahverkehr durchgesetzt wurden. Und auch die Verlängerung des Jahresurlaubs auf bis zu 33 Tage ist erwähnenswert. Bleibt zu hoffen, dass es in den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen in den anderen Landesbezirken dazu ebenfalls positive Ergebnisse gibt. Die Abschlüsse zu den Lohntarifverträgen sind zwar besser als die Ergebnisse im ÖD Länder, werden sich aber als nicht ausreichend erweisen, um die jetzt wieder anziehenden Preissteigerungen aufzufangen.

Helmut Born, 74 Jahre alt, ist Gewerkschaftsaktivist in ver.di-Linke NRW und Mitglied in der ISO und der Partei Die Linke.



TESLA IST NUR DIE SPITZE DES EISBERGS

Der Faschistenfreund Musk ist – wen wundert es – ein ausgemachter Gewerkschaftshasser und Betriebsratsfresser. Tarifverträge und Betriebsräte, die diesen Namen verdienen, dürfen seinen Anweisungen zufolge keinen Platz in der „Gigafactory Berlin-Brandenburg“ haben.

■ H. N.

Der Versuch der IG Metall (IGM), endlich bei den Betriebsratswahlen Anfang März 2026 in diesem riesigen Autowerk mit rund 11 000 Beschäftigten die Mehrheit im BR-Gremium zu erreichen, scheiterte trotz sehr erheblicher organisatorischer Anstrengungen der größten DGB-Gewerkschaft.

Elf Listen waren zur Wahl angetreten. Die Liste „IG Metall - Tesla Workers GFFB“ wurde zwar dank eines engagierten Wahlkampfes zweitstärkste Kraft mit 13 BR-Mandaten, aber die Liste der durch die Firmenleitung von außen angeheuerten bisherigen BR-Vorsitzenden Schmitz erhielt die meisten Stimmen. Auf das unter ihrer Kontrolle formierte Bündnis „Giga United“ der zehn gelben, gewerkschaftsfeindlichen Listen fielen 24 der 37 Sitze im BR-Gremium.

Massive Einschüchterungen

Schon im Vorfeld der BR-Wahlen beeinflusste das Management die Belegschaft massiv und warnte vor der Wahl der IGM-Liste in Versammlungen und Einzelgesprächen mit Vorgesetzten. Letztere verteilten Anstecker mit der Aufschrift „Giga Ja – Gewerkschaft Nein“. Medienwirksam wurde das Abführen eines hauptamtlichen Gewerkschaftssekretärs aus dem Betrieb inszeniert.

Werksleiter Thierig brachte seine antigewerkschaftliche Haltung unverblümt gegenüber Medien zum Ausdruck: „Wir glauben nicht, dass wir hier am Standort eine

Gewerkschaft brauchen, wir sind ohne Gewerkschaft sehr viel schneller, unbürokratischer flexibler.“ Seine Sprüche gegen die IG Metall beschallten, ganz in der Tradition totalitärer Systeme, die Tesla-Arbeiter:innen – sogar auf den Toiletten.

Tesla-Boss Musk ließ es sich nicht nehmen, höchstpersönlich kurz vor der BR-Wahl eine Videobotschaft an die Beschäftigten des deutschen Teslawerks zu senden. Im lässig arrangierten Gespräch mit Thierig schwadronierte er in Trump-Manier von dem Wachstum der Gigafactory zum größten Industriekomplex in Europa. Diese großartige Vision sei nur dann bedroht, „wenn externe Organisationen die Dinge in die falsche Richtung treiben“ und „uns von außen das Leben schwer gemacht wird“.

Nach der bitteren Niederlage der IGM-Liste meinte der zuständige IG-Metall-Bezirksleiter Jan Otto, dass die Gewerkschaft „trotz aller Attacken des Managements und eines außergewöhnlich unfairen Wahlkampfes“ ein gutes Ergebnis erzielt habe. Und er fuhr fort: „Dieses Potential werden wir nutzen, um gegen eine gewerkschaftsfeindliche Geschäftsführung bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.“

Widerstand gegen Willkür

IGM-Betriebsrat Philipp Schwarz formulierte es so: „Bei Tesla kämpfen wir nicht nur für einen Betriebsrat, der auf der Seite der Belegschaft steht. Wir verteidigen auch die

demokratischen Rechte, die von der Gewerkschaftsbewegung hart erkämpft wurden. Jede und jeder Einzelne von uns war bereit, dafür persönliche Nachteile in Kauf nehmen. Dieser Wahlkampf hat wieder einmal gezeigt, wie einfach es für einen einzigen Multimilliardär ist, unsere Demokratie auszuhöhlen. Wir müssen alle zusammen verhindern, dass das Schule macht.“

Am 25. März 2026, drei Wochen nach der Bekanntgabe des BR-Wahlergebnisses bei Tesla, kamen dann aus der Frankfurter IGM-Zentrale überraschende Töne. Per Pressemitteilung verkündete die Gewerkschaft die Anfechtung der BR-Wahl bei Tesla nach § 19 Betriebsverfassungsgesetz.

Die Erste Vorsitzende der Gewerkschaft, Christiane Benner, ließ sich in diesem Kontext so zitieren: „Der Eindruck, dass die Wahl bei Tesla durch Drohungen beeinflusst wurde, ist zu schwerwiegend, als dies nicht gerichtlich zu klären.“ Kein Widerspruch!

Wenn sie aber „dringend noch wirksameres gesetzliches Vorgehen gegen Union Busting“ einfordert, dann ist sie daran zu erinnern, dass dies bereits der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 2015 beschlossen hat.

Die Kapitaleseite trumpft seitdem immer grober in zahllosen Unternehmen auf. Mit ungehemmter Gewerkschaftsbekämpfung und brutalem BR-Mobbing vernichtet sie das Engagement zahlloser aktiver Betriebsräte. Tesla ist nur die Spitze des Eisbergs. Wo bleibt der konsequente gewerkschaftliche Widerstand? Nur wer kämpft, kann gewinnen!



NEU bei ISP



IV. Internationale Manifest für eine ökosozialistische Revolution Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen!

Herausgegeben von:
BfS (Schweiz), ISO (Deutschland),
SOAL (Österreich)
64 Seiten, 4,00 € zzgl. Porto 2,00 €
2025, ISBN 978-3-89 900-161-7

Das kapitalistische Profitstreben vergrößert die soziale Ungleichheit und zerstört unseren Planeten und somit den einzig verfügbaren Lebensraum. Statt besinnungslos die Produktion immer weiter und ungeachtet der realen Bedürfnisse voranzutreiben, treten wir für einen demokratischen und revolutionären Sozialismus ein, der den ökologischen und anderen drängenden Herausforderungen gerecht wird.

Das vorliegende Manifest der Vierten Internationale, angenommen auf dem 18. Weltkongress, plädiert für eine andere – ökosozialistische – Gesellschaft und entwirft dafür Übergangsforderungen, die an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Unser zentrales Anliegen hierbei ist, die Kämpfe gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung zusammenzuführen und damit den Erfolg zu ermöglichen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

ISRAELS ZIEL IM IRAN IST NICHT NUR EIN REGIMIEWECHSEL

Israel zieht einen gescheiterten und durch einen Bürgerkrieg gespaltenen Iran jedem anderen Szenario vor. Das Ziel besteht nicht nur in einem Wechsel des iranischen Regimes, sondern im Zusammenbruch des Staates selbst.

■ **Kate McMahon**

Vielleicht haben die USA nach Jahrzehnten verheerender Kriege im Mittleren Osten endlich eine Lektion gelernt: Ein Regimewechsel ist äußerst schwierig zu erreichen. Einen Staatschef zum Verschwinden zu bringen, ist der einfache Teil – der schwierigere kommt danach. Wenn das eigentliche Ziel in einem Regimewechsel besteht, dann wäre zu erwarten, dass die USA eine alternative Führung zur Lenkung eines mehr oder weniger funktionierenden Staates aufbauen. Doch das ist ein heikles Unterfangen, das in der Regel nicht klappt, und deshalb arbeiten nur wenige ernsthaft auf einen Regimewechsel hin.

Es gibt etliche Beispiele für solche gescheiterten Versuche. 2003 drangen die USA in den Irak ein und 2006 töteten sie Saddam Hussein. Zwanzig Jahre später sind sie immer noch im Irak. Die vorschnellen Erklärungen, die Mission sei erfüllt, stehen im Widerspruch zu den langwierigen Problemen beim nachfolgenden Staatsaufbau. Heute ist der Irak tief gespalten und verfügt über ein verworrenes politisches System, das von ethnischen Spaltungen geprägt ist. Der Staat funktioniert zwar, aber das brauchte zweieinhalb Jahrzehnte, kostete Milliarden von Dollar, eine Million Tote und brachte eine Welle

des Terrors in die gesamte Region. Welche Stabilität der Irak auch immer erreicht hat, sie ist eher auf die politische Anpassungsfähigkeit der irakischen Bevölkerung als auf Konzepte der USA zurückzuführen.

In Afghanistan versuchten die USA zwei Jahrzehnte lang, die Taliban zu entmachten – nur um am Ende wieder die Taliban zu bekommen. Und in Syrien bewaffnete Washington rivalisierende Gruppen, die Baschar al-Assad stürzen wollten. In der Folge kam es zu ethnischen Spannungen und einem Bürgerkrieg. Zeitweise kämpften¹ vom Pentagon bewaffnete Milizen gegen von der CIA bewaffnete Milizen.

Libyen hingegen liefert ein abschreckendes Beispiel anderer Art. 2011 trugen US-Luftangriffe dazu bei, dass Muammar al-Gaddafi getötet wurde. Die Obama-Regierung zeigte jedoch keine besonderen Bemühungen, einen Nachfolger zu installieren, und wollte sich auch nicht in die heikle Aufgabe des Staatsaufbaus verstricken. Stattdessen überließ sie es der libyschen Bevölkerung, mit den Folgen und dem entstandenen Machtvakuum zurechtzukommen. Während Libyen 2010 noch zu den reichsten Ländern Afrikas gehörte und sich durch einen hohen Lebensstandard auszeichnete, ist es heute ein gescheiterter

Staat, der vor allem von gewalttätigen Milizen und Sklavenhändlern beherrscht wird und unter den Auswirkungen der jahrelangen Bürgerkriege leidet.

Nun haben die USA Khamenei, den Obersten Führer des Irans, unter dem Vorwand ermordet, man wolle dem Land Demokratie bringen. Eine weitere Begründung ist, der Iran verfüge bald über Atomwaffen – was nicht zutrifft.² Was kommt als Nächstes?

Auch wenn offizielle Stellen in Washington so tun, als bemühten sie sich um die Wiedereinsetzung des Schahs, ist dies bestenfalls ein Pro-forma-Versuch. Der im Exil lebende Sohn des brutalen iranischen Diktators, welcher 1979 durch die Islamische Revolution gestürzt wurde, verfügt über keine Stellung, die es ihm erlauben würde, auf einem Schimmel in Teheran einzuziehen und das Land als strahlender Monarch wieder ins Lot zu bringen. In den Vereinigten Staaten hat er zwar immer noch eine treue Anhängerschaft unter der iranischen Diaspora – insbesondere unter den Angehörigen wohlhabender Familien, die während der gewalttätigen Monarchie zu Wohlstand gelangt sind –, im Iran selbst aber ist er äußerst unbeliebt. Kaum jemand glaubt ernsthaft an eine reibungslose Wiedereinsetzung eines Königs, der in den letzten vier Jahrzehnten in Amerika gelebt hat.

Da die Idee einer Wiederherstellung der Monarchie weitgehend vom Tisch ist, richtet sich die Aufmerksamkeit nun auf die interne Nachfolgeordnung der Islamischen Republik Iran. Als Trump letzte Woche über einen möglichen Nachfolger für Khamenei sprach, sagte er zu einem Reporter: „Der Angriff war so erfolgreich, dass er die meisten Kandidaten ausgeschaltet hat. Es wird niemand sein, an den wir gedacht haben, denn sie sind alle tot. Auch der Zweit- oder Drittplatzierte ist tot.“³ Nach der Ernennung von Khameneis zweitem Sohn⁴ zum Obersten Führer haben israelische Regierungsvertreter angekündigt, ihn und jeden seiner Nachfolger zu töten.⁵

Durch die amerikanischen und israelischen Angriffe auf den Iran wurden bedeutende Oppositionsführer ausgeschaltet, darunter auch inhaftierte Kritiker der Islamischen Republik.⁶ Berichten zufolge nehmen die USA auch gezielt linke Aktivisten ins Visier.⁷

Denn letztendlich scheint die Ablösung der Islamischen Republik nicht das hauptsächliche oder nicht einmal ein erstrebenswertes Ziel zu sein. Es wird vielmehr eine ethnische Balkanisierung und ein Zusammenbruch des Staates angestrebt. Nicht der Ersatz des iranischen Regimes steht im Vordergrund, sondern die Zerstörung des Staates selbst. Die militärischen Angriffe sollen die staatli-

chen Institutionen zerschlagen und ethnische Spannungen und Abspaltungsbewegungen fördern, sodass der Iran auseinanderfällt und in Bürgerkrieg und sektiererischer Gewalt versinkt – ähnlich wie Syrien im Jahr 2015.

Ein politischer Zusammenbruch könnte separatistische Bestrebungen unter Bevölkerungsteilen im kurdischen Nordwesten, in Belutschistan im Südosten und in Aserbaidschan im Norden verstärken, insbesondere wenn äußere Mächte versuchen würden, ethnische Konflikte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Trump-Regierung hat bereits darüber diskutiert, separatistische Gruppen im Iran zu bewaffnen⁸, was eine Wiederholung der unheilvollen Strategie wäre, die in Syrien und Afghanistan angewandt wurde: die Unterstützung brutaler, sich bekämpfender Milizen. In diesem Fall jedoch ohne amerikanische Bodentruppen.

Das „Kriegsministerium“ vermeidet also das Irak- und Afghanistan-Syndrom, da es offenbar nicht die Absicht hat, sich in eine weitere Runde des Staatsaufbaus und des endlosen Kriegs zu verwickeln. Das Ziel besteht vielmehr darin, den Iran zu destabilisieren, ihn den Wölfen zu überlassen und sich selbst zurückzuziehen.

Dieser dystopische Kurs ebnet Israel den Weg, jegliche nennenswerte militärische Opposition in der Region auszuschalten. Letztes Jahr bombardierte Israel in Syrien die militärische Infrastruktur und zerstörte ihre Kapazitäten – und dies, obwohl sich die neue Regierung mit dem Westen verbündet hatte und keinerlei Drohungen gegen Israel aussprach. Offenbar wird niemand in der Region geduldet, der auch nur das Potenzial hat, Israel herauszufordern.

Im Mittelpunkt der israelischen Sicherheitsdoktrin steht seit Langem die Aufrechterhaltung eines „qualitativen militärischen Vorsprungs“ – also die Sicherstellung einer klaren technologischen und operativen Überlegenheit gegenüber allen regionalen Rivalen. Dieser auch im US-amerikanischen Recht verankerte Grundsatz⁹ fußt auf einem klaren Prinzip: Kein Nachbarstaat darf die Fähigkeit entwickeln, die militärische Vorherrschaft Israels infrage zu stellen. In diesem Rahmen stellt ein zersplitterter Staat eine weitaus geringere langfristige Bedrohung dar als eine unabhängige Regionalmacht, die ihre Streitkräfte wieder aufbauen kann.

Netanjahu strebt offensichtlich die Auslöschung aller regionalen Mächte an. Seit 1990 warnt er, der Iran stehe kurz vor der Erlangung der Nuklearfähigkeit, und seit drei Jahrzehnten sucht er nach einem Vorwand, damit die USA zugunsten von Israel intervenieren und den Iran angreifen. Auch wenn die Achse des Widerstands geschwächt ist,

stellt sie nach wie vor ein wichtiges Hindernis für Israels Bestreben dar, seine Grenzen zu einem „Groß-Israel“ auszuweiten. Israel will nicht nur die restlichen palästinensischen Gebiete besetzen, sondern sich auch nach Syrien und in den Libanon ausdehnen. Dazu muss die Achse des Widerstands beseitigt werden, und der Weg dorthin führt über den Iran.

Diese Woche erklärte Danny Citrinowicz, leitender Forscher am Institut für Nationale Sicherheitsstudien in Tel Aviv, der Financial Times die Haltung seiner Regierung gegenüber dem Iran so: „Wenn es zu einem Staatsstreich kommt – großartig. Wenn die Menschen auf die Straße gehen – großartig. Wenn es zu einem Bürgerkrieg kommt – großartig. Israel schert sich keinen Deut um die Zukunft [oder] die Stabilität des Irans.“¹⁰

Aus israelischer Sicht ist ein zersplitterter, in einem Bürgerkrieg gefangener Iran einer neuen Regierung vorzuziehen, egal wie sehr sich diese den Interessen des Westens verpflichten sollte (siehe Syrien). Offiziell mag Trump einen Regimewechsel dem Zusammenbruch des Staates vorziehen, doch die dafür erforderlichen Ressourcen will er nicht bereitstellen. Wenn die Kosten steigen, wird er sich deshalb über kurz oder lang zurückziehen.

Sollte das iranische Regime zusammenbrechen, und zwar nicht nur die Führungsspitze, sondern der ganze Staatsapparat, dann würde dies unweigerlich zu einer massiven Destabilisierung und zu einem „Libyen 2.0“ führen, wenn nicht zu noch Schlimmerem. Das ist so gewollt. Die USA geben sich nicht der Illusion hin, den Iran demokratisieren zu können. Dies ließe sich vielleicht erreichen, indem man die Opposition oder die Reformkräfte im Iran unterstützt, anstatt sie zu bombardieren. Aber Israel will den Iran nicht in eine souveräne Demokratie verwandeln, sondern ihn handlungsunfähig machen – damit der Weg frei wird, Israels militärische Macht in der Region ungehindert zu entfalten.

Der iranische Sicherheitsapparat ist gut verankert und wird sich wahrscheinlich nicht so schnell zerstören lassen. Sollten anhaltende Angriffe jedoch dazu führen, dass nicht nur die Führung geschwächt, sondern der Staat selbst zer schlagen wird, wären die Folgen katastrophal. Ein Land mit fast neunzig Millionen Einwohner:innen bricht nicht im Stillen zusammen. Es könnte dazu kommen, dass Hunderttausende sterben und Millionen weitere vertrieben werden. Denn Bomben befreien nie – sie zerreißen: Körper, Länder, Gesellschaften.

9. März 2026

Kate McMahon ist freie Journalistin, lebt in Kairo und berichtet über Umweltfragen und regionale Konflikte.

Aus: <https://mondoweiss.net/2026/03/israels-objective-in-iran-is-not-merely-regime-change-but-total-societal-collapse/>

Übersetzung: A. W.

1 <https://www.latimes.com/world/middleeast/la-fg-cia-pentagon-isis-20160327-story.html>

2 <https://x.com/AJEnglish/status/2028847534152577038>

3 <https://x.com/jonkarl/status/2028299468223676673>

4 <https://www.theguardian.com/world/2026/mar/08/ali-khamenei-son-mojtaba-chosen-as-irans-new-supreme-leader>

5 <https://www.aljazeera.com/news/2026/3/4/iranians-to-bid-farewell-to-khamenei-as-israel-threatens-to-kill-successor>

6 <https://www.hrw.org/news/2025/08/14/iran-israeli-attack-on-evin-prison-an-apparent-war-crime>

7 https://x.com/TariqAli_News/status/2027717241454686454

8 <https://www.wsj.com/world/middle-east/iran-leadership-succession-b5c4118e>

9 <https://www.congress.gov/112/statute/STATUTE-126/STATUTE-126-Pg1146.pdf>

10 <https://www.ft.com/content/dd070ee7-7021-4f90-86ec-690fe6aa34e6>



DIE INTERESSEN DES US-IMPERIALISMUS IM IRANKRIEG

Der neue Krieg gegen den Iran verläuft nicht nach Plan. Die USA haben sich auf einen Waffenstillstand eingelassen, obwohl keines der ursprünglichen Ziele erreicht wurde.

■ Jakob Schäfer

Die Lage am Golf bleibt bedrohlich, denn die US-Regierung schloss einen Waffenstillstand nur deshalb ab, weil sie in einem vorläufig nicht lösba- ren Dilemma steckte und keines ihrer Ziele auch nur annähernd erreichen konnte. Nach mehr als fünf Wochen Krieg drohte der Krieg zu einem ökonomischen und politischen Desaster zu werden. Trump brauchte zumindest Zeit, um neue Truppen und Munition in den Golf befördern zu lassen oder auf anderem Weg wenigstens einen Teil seiner Ziele zu erreichen. Auch die Ziele der israelischen Regierung wurden nicht erreicht, sie stimmte nur zäh- knirschend dem Abkommen vom 8.3. zu und unternimmt alles, um das Abkommen zu hintertreiben. Deshalb führte sie noch am selben Tag die bis dahin schlimmsten Bombar- dierungen im Libanon durch.

Die Ziele der US-Regierung

In vielerlei Hinsicht decken sich die Interessen der US-Re- gierung und der israelischen Regierung, doch man sollte nicht der Mär aufsitzen, die US-Regierung führe den Krieg nur, weil Netanyahu sie dazu gedrängt hat.

Sicher geht es dem US-Imperialismus seit Jahrzehnten darum, eine atomare Bewaffnung des Iran zu verhindern, weil eine Atommacht grundsätzlich schwerer zu kontrol- lieren ist, als ein Land ohne Atomsprengköpfe Dies war

allerdings nicht das Motiv, diesen Krieg zu beginnen, war doch der Iran noch weit von der Produktion von Atom- waffen entfernt. Vor allem aber: In den Verhandlungen in Oman war die iranische Regierung zu weitreichenden Zugeständnissen bereit. Aber sie war – nicht zuletzt nach den Erfahrungen des 12-Tagekriegs vom Juni 2025 – nicht bereit, auf ihr Raketenprogramm zu verzichten. Gegen Angriffe Israels oder der USA stünde das Regime ohne diese Raketen völlig wehrlos da.

Das eigentliche strategische Ziel der USA liegt auf folgenden Ebenen, die eng verknüpft sind:

Erstens sind die USA (seit der zweiten Obama-Regie- rung, verstärkt seit der Biden-Regierung und noch mehr mit der zweiten Trump-Regierung) bestrebt, alles in Gang zu setzen, um den aufstrebenden Konkurrenten China zu schwächen. Iran spielt für die Ölimporte Chinas eine nicht unbedeutende Rolle und ähnlich groß ist die Bedeutung des Irans für das Projekt der Neuen Seidenstraße:

„Mit der Ankunft des ersten Güterzugs aus der ostchi- nesischen Stadt Xian am Trockenhafen Aprin bei Teheran wurde eine neue kommerzielle Eisenbahnstrecke offiziell in Betrieb genommen. [...] Die Eisenbahninfrastruktur zwischen Iran und China ermöglicht es Güterzügen, die Strecke von Shanghai nach Teheran in nur 15 Tagen zu- rückzulegen – eine Halbierung der bisherigen 30-tägigen

Seeroute.“¹ Dies verringert die Transportkosten und die Abhängigkeit von küstennahen Frachtzentren und ist auch im Zusammenhang mit dem Bemühen der BRICS-Staaten zu sehen, eigene Handelsstrukturen und eine alternative Reservewährung aufzubauen.

Beim Angriff auf den Iran geht es der US-Regierung um den nächsten Schritt der Behinderung chinesischer Ölimporte. Nach den Sanktionen gegen russische Ölexporte (die im Verlauf dieses Kriegs nur unwesentlich gelockert wurden und für den Export nach China nur eine geringe Bedeutung haben, u. a. weil es eine direkte Pipeline nach China gibt) und nach dem Stopp der Ölexporte aus Venezuela (75 % von dessen Exporten gingen nach China, was immerhin 6 % der chinesischen Importe ausmachte) sollen Chinas Importe aus dem Iran weitgehend unterbunden werden. 2025 gingen 80 % der iranischen Ölexporte nach China (1,38 Mio. Fass/Tag) und zwar mit hohen Abschlägen von bis zu 10 % unter dem Marktpreis. An dieser Stelle sei angemerkt: Saudi-Arabien und Irak liefern insgesamt – mit 1,4 Mio. Fass/Tag bzw. 1,3 Mio. Fass/Tag – mehr als doppelt so viel wie der Iran nach China. Auch diese Exporte drastisch zu verringern, könnte bald das nächste Ziel der US-Regierung sein.

Zweitens geht es der US-Regierung um das Ausschalten jeglicher Regionalmacht, die nicht voll auf US-Linie ist. Hier treffen sich die Interessen der USA und Israels, allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: Den USA reicht ein Arrangement mit dem Iran (wozu es noch nicht mal eines wirklichen Regimewechsels bedarf): Gute Beziehungen zu den USA und ein Abbruch der Beziehungen zu China würden der US-Regierung sehr wohl reichen, um einen Friedensvertrag abzuschließen.

Die israelische Regierung aber ist selbst mit einem Regimewechsel nicht zufrieden, sondern will eine langfristige Schwächung des Irans (am besten über eine Zerstückelung; siehe dazu den Beitrag von Kate MacMahon in diesem Heft). Die israelische Regierung verfolgt das Ziel, den Iran als funktionierenden Staat auszuschalten, also zu einem „failed state“ zu machen (vergleichbar mit Libyen und Syrien und aktuell dem Libanon). Dies ist nicht nur den persönlichen Interessen Netanyahus geschuldet, der dies zu seiner Lebensaufgabe erklärt hat und nach fünf Wochen Krieg stolz erklärte, Israel sei „klein an Territorium, aber an Geist und Entschlossenheit“, sei das Land jetzt „zur stärksten Regionalmacht und sogar zu einer Weltmacht geworden“. Diese Politik entspricht dem im Zionismus seit Jahren vorherrschenden Bestreben, Israel als die unangefochtene Regionalmacht im Nahen und Mittleren Osten zu etablie-

ren, die alle anderen Staaten in Angst und Schrecken versetzen kann. Strategisch liegt also der israelischen Regierung sehr viel daran, den Krieg nicht so bald enden zu lassen.

Drittens wollen die USA – auch unabhängig von der Konkurrenz mit China – den internationalen Ölmarkt kontrollieren. Hier aber zeigt der Verlauf des Kriegs, dass die USA ihre bisherigen engen Verbündeten in der Golfregion eher verärgern als sie näher an sich zu binden. Diese für die USA gefährliche Entwicklung war einer der Gründe, einem Waffenstillstand zuzustimmen. Denn die gravierenden Beschädigungen der Öl- und Gasförderanlagen sowie die Zerstörung einiger Entsalzungsanlagen wird von den betroffenen Staaten nicht als Segen oder verkraftbares Opfer für ein höheres Ziel wahrgenommen. Diese Länder sind jetzt infrastrukturell um Jahre zurückgeworfen, von dem Verlust etwa der Tourismuseinnahmen noch ganz abgesehen. Sie sind deshalb heute eher als früher geneigt, Exporte nach China in einer anderen Währung als dem US-Dollar abzurechnen, in dem Fall mit dem chinesischen CIPS (Cross-Border Interbank Payment System), was die Bemühungen der BRICS-Staaten, langfristig eine Alternative zum US-beherrschten SWIFT-System aufzubauen, nur befördern kann.² Auf dieser Ebene ist der geplante Schuss gegen China eher ein Rohrkrepiere.

Das Dilemma der US-Regierung

Der Krieg verlief deswegen nicht wie von Trump und seinen Lakaien gedacht und erhofft, weil der Iran nicht nur ein beachtliches Raketenarsenal zum Einsatz bringen konnte (gestützt auf verstärkte chinesische Lieferungen als Folge des 12-Tagekriegs von 2025; auch die chinesische Satellitenaufklärung spielt wohl eine nicht unerhebliche Rolle), sondern weil er aufgrund seiner geographischen Lage asymmetrisch antworten konnte: Die Sperrung der Straße von Hormus ist solange nicht aufzubrechen, wie die iranischen Pasdaran noch über Kurzstreckenraketen und im Notfall Schnellboote mit Sprengladungen verfügen. Diese Gefahren für den Schiffsverkehr sind mit Bombardements nicht auszuschalten. Daran ändert auch die US-Seeblockade nichts.

Der drastische Einbruch der Ölexporte aus dem Golf spielte für die Verhandlungsbereitschaft der USA die entscheidende Rolle. Trump versuchte zwar seine – *wenn auch nur vorläufige!* – Niederlage zu vertuschen, aber es bleiben folgende Fakten:

1. Mit der Sperrung der Straße von Hormus kam es zu einem weltweiten Anstieg der Energiekosten (marxistisch ausgedrückt: zu einem deutlichen Anstieg des Marktproduktionspreises). Selbst wenn in den nächsten Wochen ein

Friedensabkommen zustande kommt, wird der Rohölpreis nicht auf den alten Stand zurückgehen. Der US-Regierung ist es natürlich schnuppe, dass vor allem die Menschen im Globalen Süden unter den steigenden Energiekosten schwer zu leiden haben. Im internationalen Vergleich werden drei Ländern vergleichsweise wenig betroffen sein: Die USA, weil sie selbst Öl und Gas produzieren und exportieren, China, weil das Land aus strategischen Gründen und wegen der aggressiven Politik der USA gegenüber China die weltweit größten Öl-Vorräte aufgebaut hat (man schätzt sie auf 1,3 Mrd. Fass). Außerdem verfolgt China seit Jahren eine Diversifizierung der Bezugsquellen und treibt dies vor allem in Afrika (besonders in Nigeria) voran. Russland wird gar nicht betroffen sein und im günstigen Fall von den steigenden Preisen sogar profitieren.

Dennoch wird sich diese Entwicklung auch auf den Rohölpreis in den USA auswirken. Schließlich sind auch die US-Ölkonzerne in erster Linie kapitalistische Konzerne und erst in zweiter Linie Patrioten. Sie werden nicht auf Einnahmequellen verzichten, wenn der Markt es hergibt. Diesen Fakt können Trump und seine MAGA-Bewegung nicht ändern. Deshalb hat der Preisanstieg bei den Lebenshaltungskosten schon nach wenigen Wochen Krieg auch in den USA einen Schub bekommen und wird bei anhaltendem Krieg noch zulegen und damit die Kongresswahlen im Herbst stark beeinflussen.

2. In den Golfstaaten wird der Umbruch am größten sein: Viele Anlagen sind heute schon zerstört, der Tourismus wird sich kaum erholen, das Drehkreuz für den Flugverkehr wird großen Schaden nehmen usw. Hinzu kommen die Zerstörungen lebenswichtiger Anlagen, allein die Zerstörung mehrerer Entsalzungsanlagen wird zu massiven Abwanderungen führen (nicht nur von migrantischen Arbeitskräften, sondern auch von hoch qualifizierten Fachkräften). Wie labil die Lage ist, zeigt die Tatsache, dass in den Golfstaaten drei Viertel der Lebensmittel importiert werden müssen. All diese Verluste lasten die Golfstaaten jetzt natürlich den USA an.

3. Der Ruf der USA ist zwar eh schon stark lädiert (Gazakrieg, Zollkrieg, Überfall auf Venezuela, Versuch, Grönland zu übernehmen usw.), doch mit dem konkreten Verlauf des Irankriegs hat sich die US-Regierung für künftige Verhandlungen – egal mit welchem Staat – den Boden unter den Füßen weggezogen. Wer Verhandlungen führt (wie hier mit Hilfe der Regierung im Oman) und trotz guter Erfolgsaussichten den Krieg vorbereitet und ihn ohne Not und unangekündigt lostritt, der hat einfach keinen politischen Kredit mehr.

4. Staaten, die eine Atomwaffe haben (neben den offiziellen Atommächten sind dies heute Israel, Nordkorea, Pakistan und Indien) werden anders wahrgenommen und vorsichtiger behandelt als solche, die keine Atomsprengköpfe haben. Statt aber auf eine atomare Abrüstung hinzuwirken hat der Irankrieg das genaue Gegenteil bewirkt. Der Iran hat keine Atomwaffen, deshalb konnte er ohne Rücksicht auf die unmittelbare militärische Reaktion massiv bombardiert werden. Viele Staaten (vor allem Machthaber autoritärer Staaten) werden also jetzt zusätzlich motiviert sein, sich atomar zu bewaffnen.

Nur der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass der Angriff auf den Iran und die Zerstörung von zivilen Einrichtungen sowie das Töten von Zivilist:innen ganz selbstverständlich die Lage der Menschen im Iran nur verschlimmert: Schon mit dem ersten Tag nahm die Repression sprunghaft zu; jede Woche finden mehrere Hinrichtungen statt, Kundgebungen auf der Straße kommen heute einem Selbstmord gleich (Protestierende sind heute mehr noch als in der Vergangenheit „Agenten Israels und der USA“). Die sozialen Folgen für die Zivilbevölkerung sind wegen der Versorgungsprobleme und der jetzt noch stärker galoppierenden Inflation verheerend, von den baulichen und ökologischen Schäden noch gar nicht zu reden.

Düstere Aussichten für die Weltwirtschaft

14,9 Mio. Fass Rohöl werden pro Tag durch die Straße von Hormus transportiert (durchschnittlich 138 Schiffe pro Tag). Es gibt zwei Pipelines zur Umgehung der Straße von Hormus: Die Habshan–Fujairah–Ölpipeline von Abu Dhabi bis ins Emirat Fudschaira sowie die Ost–West–Pipeline quer durch die Arabische Halbinsel bis zum Hafen Yanbu am Roten Meer, aber sie können maximal 8,5 Mio. Fass Rohöl/Tag durchleiten. Die mangelnden Verschiffungskapazitäten in Fudschaira und Yanbu noch nicht berücksichtigt.

Auf seinem Blog schreibt der *Internationale Währungsfonds*: „Auch wenn noch nicht absehbar ist, welche Folgen der Krieg für die Weltwirtschaft haben wird, so ist doch klar, dass alles darauf hinweist, dass die Preise steigen werden und sich das Wachstum verlangsamen wird.“³

Dabei ist die weitgehend eingeschränkte Ölausfuhr zwar der unmittelbar wichtigste Faktor aber nicht der einzige, der für die Weltwirtschaft von Bedeutung ist. Bei Öl, Flüssiggas und Phosphor liegen die Anteile der Exporte aus der Golfregion am Weltmarkt bei 20 Prozent, bei anderen sind sie noch viel höher: Helium 30 %, Ammoniak 30 %, Schwefel 45 % und Harnstoff 50 %. Der Harnstoff-Dünger ist für die Landwirtschaft vieler Länder von enormer Bedeutung;

Brasilien bezieht ihn zu 70 % aus der Golfregion, Indien zu 40 %. Außerdem werden viele migrantische Arbeitskräfte weniger Geld nach Hause schicken (im letzten Jahre waren es 88 Mrd. \$; in Jordanien, Ägypten und Pakistan machen diese Überweisungen bis zu 4 Prozent des BIP aus.

Insgesamt ist damit eine Stagflation (kein Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig deutlich steigenden Preisen) absolut sicher, sogar eine ausgesprochene Rezession ist möglich und wird wahrscheinlich, wenn der Krieg länger als 3 Monate andauert, vor allem wenn die Ölförderanlagen noch mehr zerstört werden als bis Anfang April bereits eingetreten. (Vier Wochen nach Kriegsbeginn waren in der Golfregion schon mehr als 30 % der Raffinerien beschädigt oder zerstört.) Dann wird der Rohölpreis auf über 150 \$ pro Fass und der Gaspreis auf 120 € pro MWh ansteigen (Letzteres also auf das Vierfache des Vorkriegspreises). Die Analysten von Goldman Sachs gehen davon aus, dass bei einer Kriegsdauer von 10 Wochen und dauerhaften Schäden der Ölförderanlagen der Rohölpreis auf 160 \$/Fass steigen wird und auf absehbare Zeit nicht mehr unter 100 \$ fallen wird.

Die OECD hat ihre Wachstumsprognosen für fast alle Länder der G 20 deutlich gesenkt, außer für ein Land, nämlich die USA, deren Wirtschaft aufgrund wachsender Öl- und Gasexporte nicht mehr um 1,7 sondern um 2 Prozent wachsen wird, wobei ein Großteil davon auf die für dieses Jahr zu erwartenden Mehreinnahmen der US-Ölkonzerne entfällt. Gleichzeitig wird sich in den USA der Preisanstieg von gegenwärtig 2,9 % auf geschätzte 4,2 % erhöhen.

Doch Wachstum alleine löst nicht die vorhandenen Probleme in den USA. Mit den Folgen des Kriegs türmen sie sich weiter auf: Die Staatsverschuldung wird mit den gewaltigen Kriegskosten (Munition etc.) deutlich zunehmen.⁴ Die New York Times berichtete, dass allein in den ersten 6 Tagen Munition im Wert von 11,3 Mrd. \$ verbalbert wurde. Ähnlich dramatisch steigt die Verschuldung im Privatsektor. Anfang März war die Ausfallquote für private Kredite (im Unterschied zu regulären Krediten der Banken) auf 9,2 % gestiegen und war damit schon höher als 2008. Goldman Sachs schätzt, dass in den nächsten zwei Jahren bis zu 70 Milliarden Dollar aus privaten Kreditfonds abfließen könnten und die am stärksten betroffenen Fondsmanger dazu zwingen werden, Kredite zu verkaufen, um Rücknahmeanträge zu bedienen. Je länger die Unruhen im Nahen Osten andauern, desto größer werden die Risiken.

Der Imperialismus wird aggressiver ...

Der neue Krieg gegen den Iran ist Ausdruck einer aggressiveren und unberechenbareren Politik des US-Imperia-

lismus und seines engsten Verbündeten Israel. Begründet werden diese Kriege jeweils mit der angeblichen Notwendigkeit, Präventivschläge zu führen, um eine größere Bedrohung auszuschalten. Dies war schon die Rhetorik im Sechs-Tagekrieg Israels 1967 und war es auch im Krieg gegen den Iran im Juni 2025 wie auch in fast allen andern Kriegen der USA nicht zuletzt 2003 im Krieg gegen den Irak.

Verstärkt wird die Gefahr eines neuen Weltkriegs heute durch zwei Faktoren. Erstens durch die aggressive Zoll- und Handelspolitik der USA und zweitens durch die autoritäre Tendenz der MAGA-Bewegung und ihres derzeitigen Anführers Donald Trump.

... aber seine Macht ist nicht grenzenlos

So erschreckend die autoritären Tendenzen in vielen Ländern sind: Diese Entwicklung ist nicht unaufhaltsam. Dies zeigt sich aktuell in den USA. Beim Vietnamkrieg dauerte es Jahre und es mussten erst Tausende Wehrpflichtige sterben, bevor die Bewegung „Brings the boys home“ Fahrt aufnahm. Heute, mit einer reinen Berufsarmee und bislang vergleichsweise nur wenig gefallenen amerikanischen Soldaten ist die Ablehnung des Kriegs schon früh recht massiv. Ironischerweise kann sich die Antikriegsbewegung in den USA sogar auf Trumps Wahlversprechen (er werde keine Kriege mehr führen) stützen. Nach fünf Wochen Krieg erklärten schon knapp 80 Prozent der amerikanischen Wähler:innen, dass sie den Krieg ablehnen, für die Republikaner eine denkbar schlechte Tatsache ein gutes halbes Jahr vor den nächsten Kongresswahlen.

Wichtiger noch als Stimmungen und mögliche Wahlverluste der Republikaner ist eine andere Entwicklung, die für den weiteren Gang der Dinge von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist: Im Verlauf des letzten Jahres entstand in vielen Städten eine Bewegung von unten vor allem gegen die Einwanderungsbehörde und das Reinreagieren in die Belange der Einzelstaaten und der Städte. Die No Kings-Bewegung brachte bei ihrer dritten Demo am 28. März etwa 8 Millionen Menschen auf die Straße.⁵ Die Organisatoren der Kundgebungen in manchen Großstädten sind zwar mit den Demokraten verbündet und wollten die Frage des aktuellen Kriegs gegen den Iran außen vor halten. Aber häufig gingen die Aktiven weit darüber hinaus. Oft dominierte die Parole „No Kings, No ICE, No War“.

Angefacht und wesentlich ermutigt wurde diese Bewegung durch den Generalstreik in Minneapolis nach der Ermordung von zwei US-Bürger:innen durch ICE. Diese Stadt hat eine stolze Tradition der Arbeiterkämpfe, einge-

leitet 1934 vom Streik der Lkw-Fahrer, der Teamsters Local 574 (angeführt von Genoss:innen der SWP, seinerzeit die Sektion der IV. Internationale in den USA). Damals schon führte eine lokale Organisationskampagne zu einem stadtweiten Generalstreik.

Inzwischen gibt es einen Aufruf diverser kleinerer Gewerkschaften und Teilen der sozialen Bewegung zu einem landesweiten Generalstreik am 1. Mai. Da die großen Gewerkschaftsverbände heute organisatorisch und politisch sehr schwach sind und den Streikaufruf nicht übernommen haben, ist nicht mit einem großen Zuspruch zu rechnen, aber allein die Tatsache, dass es einen landesweiten Aufruf zu „no school, no shopping, no work“ gibt, muss als ein bedeutsames Zeichen für wachsenden Widerstand verstanden werden.

Nicht unerheblich ist auch folgende Entwicklung: Eine von Gallup durchgeführte Meinungsumfrage ergab: 2023 hatten 47 % der Befragten Sympathien für Israel, im März 2026 waren es nur noch 32 %.

Erste Proteste gegen Krieg in Israel

Die Zustimmung zum Krieg gegen den Iran ist in Israel sehr hoch, doch nach vier Wochen Krieg gab es immerhin die ersten Anti-Kriegs-Proteste. Am 29. März waren es in Tel Aviv und anderen Städten insgesamt einige Hundert Menschen und am 11. April waren es 2000 (so der öffentlich-rechtliche Sender Kann), was es beim Gazakrieg zu keinem Zeitpunkt gab! Dass jetzt demonstriert wird, ist kein Wunder, denn jetzt ist die eigene Betroffenheit durch die iranischen Raketen eine ganz andere als beim Krieg im Gazastreifen. Die Demonstrierenden forderten in Sprechchören ein Ende des Krieges gegen Iran. Auf Plakaten waren Aufschriften zu sehen wie „Hände weg von Iran, von Gaza, Libanon und Syrien“ und „Nicht bombardieren – reden! Beendet den endlosen Krieg!“ Andere hielten Schilder hoch mit: „Ich komme mir vor wie in Orwells ‚1984‘“.

Doch wir müssen auch realistisch bleiben: Gideon Levy macht uns in einem Beitrag für LE MONDE diplomatique in einem sehr lesenswerten Artikel klar, wie stark die israelische Gesellschaft inzwischen von kriegerischen Bestrebungen geprägt ist.⁶

Und die Rolle Deutschlands?

Die deutsche Regierung ist zwar mit der Art von Trumps Kriegsführung nicht glücklich, weigert sich aber, die USA zu kritisieren. Merz ist noch nicht mal bereit, von einem Angriffskrieg zu sprechen und erklärt stattdessen: „Der Iran muss seine willkürlichen Militärschläge unterlassen“,

ganz im Stil seiner Erklärung zu den israelischen Angriffen auf den Iran im Juni 2025 als er sich darüber freute, dass Israel „für uns die Drecksarbeit“ mache. Diese Haltung ist Ausdruck der fortdauernden Abhängigkeit der europäischen NATO-Partner von den USA, wovon man sich zwar abnabeln will, doch dieser Prozess wird viele Jahre in Anspruch nehmen. So traut sich die deutsche Regierung auch nicht, die Nutzung der Airbase Ramstein (was für die Kriegsführung gegen den Iran von zentraler Bedeutung ist) zu untersagen.

Die Forderung nach Schließung der Airbase Ramstein sowie der anderen 40 US-Stützpunkte in Deutschland bleibt ein vorrangiges Anliegen der Antikriegsbewegung in Deutschland. In Büchen lagern US-Atomsprenkkräfte und dort sind auch Bundeswehrflugzeuge für die „atomare Teilhabe“ stationiert. In Grafenwöhr sollen dieses Jahr die neuen als Erstschlagwaffen konzipierten Mittelstreckenraketen stationiert werden. In Wiesbaden ist die Multi-Domain Task Force (MDTF) angesiedelt, von wo aus die in Grafenwöhr stationierten Raketen gesteuert werden sollen.⁷ Deshalb hier der Hinweis auf die nächste bundesweite Demonstration gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen, und zwar am 30. Mai parallel in Wiesbaden und in Grafenwöhr (mehr Infos unter <https://wiesbadenerbuendnis.de/demonstrationen-gegen-die-raketenstationierung-in-wiesbaden-und-grafenwoehr-am-30-mai/>).

13.04.2026

Jakob Schäfer ist Mitglied der Redaktion der Zeitschrift *die internationale*, langjähriger Gewerkschaftsaktivist und aktiv in der VKG.

¹ <https://www.kettner-edelmetalle.de/news/china-und-iran-trotzen-us-sanktionen-neue-eisenbahnverbindung-revolutioniert-den-handel-27-05-2025>

² Mehr zur Bedeutung von SWIFT: <https://www.isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5360-das-alternative-zahlungssystem-chinas-gegen-swift>

³ <https://www.imf.org/en/blogs/articles/2026/03/30/how-the-war-in-the-middle-east-is-affecting-energy-trade-and-finance> eigene Übersetzung

⁴ Zu den grundsätzlichen Problemen der US-Staatsverschuldung siehe meinen Artikel *Krise und Empire*, <https://inprekorr.de/644-krise.htm>

⁵ <https://www.nokings.org>

⁶ <https://www.monde-diplomatique.de/!6167229>

⁷ Mehr Details dazu unter: Jakob Schäfer, *Neue Mittelstreckenraketen . Ein Teil der Zeitenwende*, <https://www.sozone.de/2025/04/neue-mittelstreckenraketen/>

AUF DEM WEG ZUR ANNEXION DES WESTJORDANLANDES

Sechs aktuelle grundlegende Kabinettsbeschlüsse könnten die Besetzung über den Kippunkt hin zu einer dauerhaften israelischen Herrschaft verschieben, sagt Yesh-Din-Direktorin **Ziv Stahl** in dem folgenden Interview mit +972 *Magazin*. Das Gespräch führte **Dikla Taylor-Sheinman**, Redakteurin von +972.

Können Sie uns die neuen Kabinettsbeschlüsse und ihre Bedeutung erläutern?

Ich möchte zunächst über den Kontext sprechen. Wir sprechen von einer Regierung, die vom ersten Tag an erklärt hat, dass eines ihrer Hauptziele darin besteht, die israelische Souveränität auf das Westjordanland auszudehnen und die Siedlungen auszubauen. Ich denke, dass viele Israelis und die Menschen im Allgemeinen die Tatsache übersehen, dass dies Teil der juristischen Überarbeitung ist: Wenn die Regierung erst einmal alle Wächter – Kritiker, Rechtsberater usw. – ausgeschaltet hat, ist es viel einfacher, das Westjordanland zu annektieren.

Es wäre ein Fehler, diese [jüngsten Entscheidungen] einzeln zu betrachten, denn wichtig ist die kritische Masse an Schritten, die unternommen werden, und die Änderung des rechtlichen Rahmens, wie Israel das Westjordanland kontrolliert. Die beiden kritischsten dieser sechs Entscheidungen des Sicherheitskabinetts sind jedoch die Offenlegung des Grundbuchs in den besetzten Gebieten und die Aufhebung des jordanischen Gesetzes, das den Verkauf von Grundstücken an Israelis oder Ausländer verbietet. Diese beiden Schritte sollen es den Siedlern und dem Staat erleichtern, Land zu kaufen, und es den Palästinensern erschweren, die Rechte an ihrem Land zu bewah-

ren oder formale Rechte an Land zu erwerben. Ich denke, diese beiden Maßnahmen gehören zusammen.

Da gibt es die Ausweitung der israelischen Gesetzgebung auf die Gebiete A und B. Wir alle wissen, dass es viele Verstöße gegen das Oslo-Abkommen durch Israel gegeben hat – dass Israel nach Belieben in das Gebiet A eindringt und dort militärische Operationen durchführt. Dennoch geht es im Grunde darum, dass Israel sich selbst Hoheit verschafft, die es, zumindest offiziell, in diesen Bereichen nicht hat.

Rechtlich gesehen weiß ich nicht, ob wir das noch als Besetzung bezeichnen können. Ich denke, wir bewegen uns auf die Realität einer Annexion zu: Es ist schwer zu sagen, wo genau der entscheidende Moment war, aber die Situation vor Ort im Westjordanland hat sich in den drei Jahren dieser Regierung völlig verändert.

Trump sagte, es werde keine israelische Hoheit im Westjordanland geben. Aber da die israelische Regierung weiß, dass er nicht wirklich ein Freund von Details ist, ist sie klug genug, nicht offen zu erklären, dass es sich um eine Annexion handelt. Smotrich sagte jedoch nach der Bekanntgabe der Kabinettsentscheidung, er werde „weiterhin die Idee eines palästinensischen Staates vernichten“.

Die schleichende Annexion ist schon seit Jahrzehnten im Gange, aber unter dieser Regierung hat sie sich wirklich beschleunigt. Ich denke, wir haben eine Art kritische Masse erreicht, bei der wir ganz klar sagen können, dass es sich um eine Annexion handelt. Sie ist nicht vollständig. Und ich bin mir nicht sicher, ob sie unumkehrbar ist – nur wenige Dinge sind es – aber je tiefer sie geht, desto schwieriger wird es, sie rückgängig zu machen.

Im Jahr 2024 erklärte der Internationale Gerichtshof im Wesentlichen, dass die Unterscheidung zwischen faktischer und rechtlicher Annexion ein Ablenkungsmanöver ist – was zählt, ist die Absicht, Hoheit auszuüben. Spielt die Unterscheidung, ob Israel das Westjordanland rechtlich (de jure) oder nur de facto annektiert hat, Ihrer Meinung nach keine Rolle mehr?

Ich habe aufgehört, zwischen de jure und de facto Annexion zu unterscheiden, weil ich denke, dass es sich um eine einzige Sache handelt – Annexion. Was wir vor Ort sehen, ist ein verbundener Prozess. Die rechtlichen Änderungen und die Fakten vor Ort führen zu demselben Ergebnis.

Und für die Menschen, die annektiert werden, ist es nicht so wichtig, ob dies durch rechtliche und strukturelle Veränderungen geschieht [wie in den jüngsten Entscheidungen] oder dadurch, dass [Israel] viele Siedlungen und Außenposten baut und [Siedler] sie jeden Tag schikanieren. In der Realität erleben wir ein noch repressiveres System, eine Einschränkung der Rechte und zunehmende Verstöße gegen das Völkerrecht.

In gewisser Weise ist unsere Arbeit bei Yesh Din sogar einfacher geworden. Wenn wir in der Vergangenheit versucht haben, aufzuzeigen, dass Israel Schritte in Richtung Annexion unternimmt, klang das ein wenig wie eine Theorie – keine Verschwörung, aber doch etwas, das wir erklären mussten. Nun sagt die Regierung in ihren Koalitionsvereinbarungen, dass dies ihre Absicht ist, und sie hat es seitdem immer wieder wiederholt.

Yesh Din wies darauf hin, dass Maßnahmen wie die Offenlegung des Grundbuchs harmlos, wenn nicht sogar vorteilhaft erscheinen können, da sie die Transparenz fördern. Können Sie erklären, warum die Regierung diesen Schritt unternimmt und ihn mit diesem Narrativ rechtfertigt?

DIKLA TAYLOR-SHEINMANN ZU DEN HINTERGRÜNDE

Seit der Bildung der sechsten Netanjahu-Regierung im Jahr 2022 hat Israel seinen Griff auf das Westjordanland immer fester gezogen, weitgehend unbeachtet von den internationalen Medien. Doch am 8. Februar löste eine Lawine von Kabinettsbeschlüssen eine ungewöhnlich direkte Berichterstattung in Medien aus, die im Allgemeinen nicht dafür bekannt sind, dass sie die tägliche Realität der Besatzung aufmerksam verfolgen, darunter die BBC, die New York Times und das Wall Street Journal.

Das in der vergangenen Woche verabschiedete Paket umfasst sechs Maßnahmen, vor denen die israelische Anti-Besatzungsorganisation Yesh Din gewarnt hat und die „den rechtlichen Rahmen im Westjordanland grundlegend verändern“ werden: von der Offenlegung der vertraulichen Grundbucheinträge und der Öffnung des Grundstücksverkaufs an Israelis und Ausländer:innen bis hin zur Ausweitung der israelischen „Überwachungs- und Durchsetzungsmaßnahmen“ auf das Gebiet A – das nominell unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitskontrolle steht – sowie auf das Gebiet B.

Bevor die Aufmerksamkeit wieder abschweifen konnte, unternahm die Regierung am Sonntag einen weiteren dramatischen

Schritt, indem sie einen Vorschlag zur Wiederaufnahme der Landregistrierungsverfahren im Westjordanland zum ersten Mal seit 1967 genehmigte, der es dem Staat ermöglichen wird, große Teile des Gebiets als „Staatsland“ zu registrieren. Einen Tag später beschloss sie außerdem, die Stadtgrenzen Jerusalems durch die Errichtung einer neuen Siedlung zu erweitern. Finanzminister Bezalel Smotrich reagierte auf die Entscheidung zum Grundbuch mit den Worten: „Zum ersten Mal seit dem Sechs-Tage-Krieg stellen wir Ordnung und Kontrolle in der Verwaltung von Grund und Boden in Judäa und Samaria wieder her.“

Obwohl US-Präsident Donald Trump am vergangenen Montag seine Ablehnung einer formellen Annexion bekräftigte, haben weder er noch andere US-Vertreter öffentlich Druck auf Netanjahu wegen der jüngsten Entscheidungen ausgeübt. Die EU und die arabischen Länder reagierten zwar rasch mit den bekannten Äußerungen der Besorgnis, doch fehlte ihnen eine klare Antwort auf die implizite Frage, die durch Israels provokative Schritte aufgeworfen wurde: Werden sie etwas unternehmen, um dies zu verhindern?

Die Regierung spricht im Zusammenhang mit der Entscheidung, das Grundbuch des Westjordanlandes offenzulegen, von „Transparenz“ und davon, alles öffentlich zu machen. Und was die Aufhebung des jordanischen Gesetzes betrifft [das den Verkauf von Land im Westjordanland an andere außer an palästinensische Einwohner verbot], so behaupten sie, dies sei im Interesse der „Gleichheit“. Aber das ist lächerlich, denn im Zusammenhang mit der Besetzung wissen wir, wem diese Maßnahmen dienen werden.

Es ist ja nicht so, dass die Siedler nicht bereits gute Beziehungen zur Zivilverwaltung hätten. Trotzdem hat die Vertraulichkeit des Grundbuchs für sie alles ein bisschen schwieriger gemacht. Wenn es erst einmal offengelegt ist, kann es für die Palästinenser wirklich problematisch werden. Die Veröffentlichung dieser Informationen kann Palästinenser:innen der Verletzung ihrer Privatsphäre, Schikanen oder Einschüchterungen aussetzen. Persönliche Eigentumsdaten könnten verwendet werden, um Eigentümer, deren Namen im Register stehen, zu erpressen oder anderweitig zu bedrohen.

Es ist auch eine große Chance für Betrügereien beim Landerwerb im Westjordanland, wie wir es schon einmal erlebt haben. So gab es beispielsweise Fälschungen von Landkäufen in Amona, aus denen hervorging, dass Siedler angeblich Land von Palästinensern gekauft hatten, aber es stellte sich heraus, dass die Palästinenser entweder tot oder nicht in einer Position waren zu verkaufen.

Die Regierung hat soeben einen Vorschlag gebilligt, große Gebiete des Westjordanlandes zum ersten Mal seit 1967 als „Staatseigentum“ zu registrieren. Wie beurteilen Sie diesen Schritt im Zusammenhang mit den sechs Maßnahmen, die letzte Woche angekündigt wurden?

Wie viele Dinge im Zusammenhang mit dem Westjordanland und der israelischen Besetzung, insbesondere Landfragen mag dies bürokratisch, kompliziert und sogar langweilig klingen. Aber es verändert die Spielregeln grundlegend.

Vor fast einem Jahr beschloss das Kabinett, die Landregistrierung im Westjordanland zu reformieren, d. h. das System, mit dem Land offiziell als Privatbesitz oder als Staatsland registriert werden kann. Vor 1967 führten die Jordanier im Westjordanland ein Landregistrierungsverfahren durch, das es Menschen, die seit vielen Jahren Land bewirtschaftet hatten, ermöglichte, es auf ihren Namen registrieren zu lassen.

Nach dem Beginn der Besetzung hat Israel diesen Prozess eingefroren, und das zu Recht. Ein zentraler Grund

ist, dass die Landregistrierung dauerhaft ist – sie führt zu irreversiblen, langfristigen Veränderungen, die nach internationalem Recht in einer Besetzungssituation, die eigentlich nur vorübergehend sein soll, nicht zulässig sind.

Es gab auch noch andere Gründe: Viele palästinensische Landbesitzer waren abwesend und daher nicht in der Lage, ihr Land registrieren zu lassen, und die vorhandenen Aufzeichnungen der Zivilverwaltung sind sehr lückenhaft und unvollständig. Das kann zu sehr ungenauen Registern und zur Verweigerung legitimer Eigentumsrechte führen. Und wir sprechen hier von einer riesigen Fläche – etwa 60 Prozent des Gebiets C sind nicht registriert.

Seit Jahren setzen sich Siedlerorganisationen für die Aufhebung der Einfrierung und die Wiederaufnahme der Landregistrierung ein. Das allein ist schon bezeichnend: Wenn die Siedlerbewegung sich für etwas einsetzt, kann man davon ausgehen, dass es ihnen nützt. Schon unter den Vorgängerregierungen gab es große Fortschritte bei der Umkehrung des Verbots, aber dieser jüngste Kabinettsbeschluss machte unmissverständlich klar, dass wir in diese Richtung gehen, und die Umsetzung kann nun zügig voranschreiten.

Wenn die Registrierung jetzt wiederaufgenommen wird, wird dies unter israelischer Kontrolle erfolgen. Die Palästinenser:innen werden in den Entscheidungsgremien nicht vertreten sein, und nach allem, was wir über die israelische Landpolitik wissen, wird der Prozess systematisch die Siedler gegenüber den Palästinenser:innen bevorzugen. Betrachtet man die Landzuteilung in der Vergangenheit, so ist weniger als 1 Prozent des von Israel zugeteilten Landes an Palästinenser:innen gegangen, während riesige Flächen für Siedlungen bereitgestellt wurden. Was Israel „Staatsland“ nennt, wird in der Praxis als Siedlungsland behandelt. Es gibt also keinen Grund zu der Annahme, dass die Registrierung privater Grundstücke anders gehandhabt werden wird.

Ynet berichtete, dass der israelische Sicherheitsapparat fast alle Maßnahmen des Kabinetts für das Westjordanland unterstützte, mit der einzigen Ausnahme einer Empfehlung, die Übergabe der Bau- und Planungsbehörden in Hebron /Grab der Patriarchen bis nach dem Ramadan zu verschieben – keine grundsätzliche Ablehnung.

Haben Sie irgendeinen nennenswerten Widerstand von Israels politischer Ebene, den juristischen Institutionen, dem Sicherheitsapparat oder dem Generalstaatsanwalt gesehen?

Ich glaube, in der Vergangenheit gab es bei diesen Fragen viel mehr Widerstand seitens der Armee und der Militärführung. Aber das ist nicht mehr der Fall.

Heute ist der militärische Befehlshaber im Westjordanland, [Generalmajor Avi Bluth, Leiter des Zentralkommandos] meiner Meinung nach sehr für eine Annexion. Zumindest tut er nichts, um sie zu stoppen. Auch wenn es Offiziere gibt, die der Meinung sind, dass einige dieser Schritte „Ärger machen“ könnten, sind dies nicht die vorherrschenden Stimmen.

Der breitere Kontext ist wichtig. Wir haben jetzt Smotrich im Verteidigungsministerium, und [Verteidigungsminister Israel] Katz führt diesen Vorstoß an, zusammen mit Gesetzgebern wie [dem Minister für Siedlungspolitik und nationale Aufgaben Orit] Stroock. Sie wissen, dass die Zeitspanne, die ihnen zur Verfügung steht, immer kürzer wird. Sie wissen nicht, was nach den Wahlen passieren wird, also müssen sie schnell handeln.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ministern und politischen Persönlichkeiten in Israel haben diese Leute tatsächlich eine Ideologie. Das ist nicht nur Populismus. Die Kontrolle über das Westjordanland – und den Gazastreifen – ist der Kern ihrer Weltanschauung. Sie versuchen, so viele unumkehrbare Schritte wie möglich zu setzen. Smotrich nennt es „die DNA des Systems verändern“, und er hat Recht.

Man kann dies mit Smotrichs „Decisive Plan“ aus dem Jahr 2017 in Verbindung bringen, und mit der Karte, die er vor ein paar Monaten vorstellte. Demnach würde Israel 82 Prozent des Westjordanlandes annectieren und die palästinensischen Bevölkerungszentren als unzusammenhängende Inseln ohne Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen zurücklassen, auf die viele Familien für ihren Lebensunterhalt angewiesen sind.

Wie wird sich das Ihrer Meinung nach vor dem Obersten Gerichtshof entwickeln? Glauben Sie, dass die jüngsten Kabinettsbeschlüsse ein Versuch sind, die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2020 zu umgehen, der das Gesetz zur Legalisierung von Siedlungen aus dem Jahr 2017 für ungültig erklärt hatte, das es Israel erlaubte, privates palästinensisches Land im Westjordanland für Siedlungen zu enteignen?

Einige dieser Entscheidungen – und diejenige über das Grundbuch – zielen im Wesentlichen darauf ab, die Entscheidung des Gerichts über die Aufhebung des Legalisierungsgesetzes zu umgehen. Andere sind eher weiterentwickelte Versionen des Gesetzes.

Was die Gerichte betrifft, so weiß ich es nicht. Vor einigen Monaten reichte Yesh Din – zusammen mit anderen israelischen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie

ACRI, Bimkom und HaMoked – eine Petition ein, in der die Reform des Grundbuchs aus den bereits erwähnten Gründen angefochten wurde. Wir haben gesagt, dass dies eine dramatische Annexionsmaßnahme ist.

Vor zwei Wochen lehnte das Gericht die Petition mit der Begründung ab, sie sei verfrüht. Im Wesentlichen heißt es in dem Urteil, dass ein Kabinettsbeschluss allein noch kein praktischer Schritt sei und dass bisher keine individuellen Rechte verletzt worden sind. Mit anderen Worten sagten sie uns: „Kommt wieder, wenn die Politik umgesetzt ist und die Menschen bereits unter ihr leiden.“

Damit Sie den frustrierenden Zusammenhang verstehen, haben wir 2024 eine weitere Petition eingereicht, die die Übertragung von Befugnissen vom Militär auf zivile Beamte unter Smotrich anfechtet. Auch diese Petition wurde abgelehnt. Ein Richter sagte, dass nach zwei oder drei Jahren seit der Machtübergabe „die Pferde schon aus dem Stall sind“. Einmal wird uns gesagt, es sei zu früh; das andere Mal wird uns gesagt, es sei zu spät. Wie wir aus dem jüngsten Urteil gelernt haben, können wir nicht unmittelbar nach einer Kabinettsentscheidung vor Gericht gehen. Im Grunde genommen müssen wir die Umsetzung abwarten, z. B. die Befehle des Militärkommandanten oder den Zeitpunkt, an dem sie anfangen, das Grundbuch zu verändern. Jeder Schritt muss einzeln angefochten werden.

Betrachtet man die jahrzehntelangen Urteile seit 1967, so haben die Gerichte im Allgemeinen fast jede Politik, die die israelische Regierung im Westjordanland umsetzen wollte, gebilligt – oder es vermieden, dagegen zu entscheiden. Ich habe also keine hohen Erwartungen.

Dennoch können die Gerichte ein nützliches Instrument sein, um einige Schritte zu verzögern und vielleicht einige Maßnahmen weniger schädlich zu machen. Und in Einzelfällen kann man manchmal gewinnen und die Rechte von jemandem schützen, was wichtig ist. Aber man kann nicht jeden Palästinenser vor Gericht vertreten. Insgesamt bin ich also nicht sehr optimistisch.

Wir haben niemanden in der Regierung, der sich diesen Maßnahmen widersetzen würde. Einige Mitglieder der Opposition verstehen, was passiert, aber sie sind machtlos, sich dagegen zu wehren. Dennoch können einige Schritte rückgängig gemacht werden – wenn die nächste Regierung beschließt, sie rückgängig zu machen.

Das Grundbuch beispielsweise ist dauerhaft, aber sie werden nicht in der Lage sein, alle nicht registrierten Grundstücke vor den Wahlen zu registrieren. Sie müssen die Gremien und Institutionen einrichten. Sie müssen das

Verfahren bekannt machen, den Menschen die Möglichkeit geben, Ansprüche anzumelden, Luftaufnahmen und Dokumente prüfen und feststellen, ob und von wem das Land bebaut wurde. Dieser Prozess ist nicht von heute auf morgen abgeschlossen, und theoretisch könnte die nächste Regierung ihn wieder einfrieren.

Viele der Schritte, die sie unternehmen, sind rückgängig zu machen, aber man bräuchte eine Koalition, die bereit ist, die Annexionsmaßnahmen zurückzunehmen und eine politische Lösung anzustreben – die Abwicklung der Besatzung und eine Zukunft, die sicher ist und die Menschenrechte für alle respektiert.

Auch die Offenlegung des Grundbuchs und die Erlaubnis für Palästinenser, Land direkt an Israelis zu verkaufen, ist mit dieser Idee der privatisierten Annexion verbunden. Wir wissen, dass die meisten Siedler nicht ausdrücklich ideologisch sind: Viele von ihnen sind nicht-religiöse Israelis aus der Mittelschicht, die eine billigere Wohnung, einen Garten, eine Aussicht, billigere Lebensmittel wollen ... Bildung ist billiger. Es gibt Steuervorteile. Es gibt viele Gründe.

Richtig – es kann ein sehr angenehmes Leben sein. Wenn Israel also „die Türen zum jüdischen und samaritanischen Immobilienmarkt geöffnet hat“, wie der rechtsgerichtete israelische Journalist Amit Segal schrieb, wie wird sich das Ihrer Meinung nach auf das Siedlungsprojekt auswirken, einschließlich der Beteiligung „gewöhnlicher Israelis“, die nicht messianisch oder ultranationalistisch sind? Was erwarten Sie als Nächstes, wenn dieser privatisierte Bodenmarkt expandiert?

Smotrich spricht von einer Verdoppelung der Siedlerbevölkerung, von etwa einer halben Million auf eine Million in fünf Jahren. Und viele der Pläne, die diese Regierung vorantreibt, zielen darauf ab, Menschen ins Westjordanland zu locken – Verbesserung der Straßen, Erleichterung des Pendelns, Verbesserung des Mobilfunkempfangs und andere Reformen, die die Lebensqualität erhöhen sollen.

Ich glaube nicht, dass wir vor Ort diese Art von Wachstum erleben werden. Die Siedler nehmen im öffentlichen Diskurs Israels einen breiten Raum ein, und sie haben sich dem Konsens in der Regierung und der Knesset angenähert. Aber das spiegelt nicht unbedingt die Einstellung der Öffentlichkeit wider, die meiner Meinung nach meist gleichgültig ist. Die Hauptmigration, die wir beobachten, sind Haredi-Gemeinschaften, die wegen billigen Wohnraums umziehen, was, wie Sie sagten, finanzielle Gründe hat und keine ideologischen.

Was wir beobachten, ist eine zunehmende Gewalt seitens der Siedler, die von Vertretern der Mitte und sogar der rechten Mitte der israelischen Gesellschaft scharf kritisiert wird, und eine verstärkte Landenteignung durch landwirtschaftliche Außenposten. Für diese Form der Besiedlung braucht man nicht viele Menschen – eine oder zwei Familien, vielleicht ein paar Freiwillige, reichen aus, um große Gebiete mit Gewalt zu übernehmen.

Könnten diese Maßnahmen also noch Folgen haben, indem sie den Landerwerb und die Erschließung erleichtern?

Ja. Ich bin mir nur nicht sicher, ob sich dadurch die Zahl der Israelis, die dort leben wollen, signifikant erhöhen wird. Siedler können mehr Land privat besitzen, wenn das Grundbuch geöffnet wird. Und der Landerwerb durch Käufe wird zunehmen. Aber das bedeutet nicht unbedingt, dass dort mehr Israelis leben werden.

Apropos landwirtschaftliche Außenposten: Wie sind die jüngsten Kabinettsbeschlüsse im Zusammenhang mit der zunehmenden Gewalt der Siedler zu verstehen? Handelt es sich um getrennte Phänomene, oder ermöglicht das eine das andere?

Ich glaube, sie arbeiten zusammen – wie zwei Hände. Die Regierung treibt strukturelle und rechtliche Veränderungen voran und beseitigt Hindernisse für die Übernahme von Land. Und dann ist da noch das Geschehen vor Ort: die Übernahme von Land mit Gewalt. Und es gibt keine wirkliche Strafverfolgung gegen Siedlergewalt. 94 Prozent der Fälle werden ohne Anklage abgeschlossen.

Hinzu kommt die materielle Unterstützung durch die Regierung. [Siedler] erhalten Ausrüstung; Nachtsichtgeräte, Geländewagen und so genannte „Verteidigungspakete“, darunter Waffen, die von [Itamar] Ben Gvirs Ministerium für nationale Sicherheit verteilt werden. Wir sehen, wie das Militär Siedlern Schutz gewährt, sie begleitet, während sie Palästinenser angreifen, und nichts dagegen unternimmt. Und das im besten Fall.

Sie haben vorhin auf Oslo angespielt und darauf, dass viele dieser Beschlüsse wichtige Teile des Abkommens – einschließlich des Hebron-Protokolls – untergraben oder aufheben. Wo steht Oslo jetzt?

Ich bin kein Experte für Oslo, aber ich werde ein paar Dinge sagen. Erstens war die Aufteilung [des Westjordanlandes] in die Gebiete A, B und C ein Interimsabkommen. Es war nicht für eine Lebensdauer von 30 Jahren ausgelegt.

Und für viele Israelis – vor allem in der Regierung, aber auch darüber hinaus – wird das Gebiet C nun als Teil Israels oder als zukünftiges „Land Israels“ betrachtet. Nach dem Oslo-Abkommen sollte das Gebiet C jedoch bis zu einem endgültigen Abkommen nur vorübergehend unter israelischer Kontrolle bleiben und dann Teil eines palästinensischen Staates werden.

In diesem Sinne ist das, was wir gesehen haben, ein langer Weg zurück gegenüber dem, was in Oslo vereinbart wurde. Das ist nicht neu, aber jeder Schritt macht es schwieriger, zu einem sinnvollen Rahmen zurückzukehren, in dem Oslo umgesetzt werden könnte.

Rechtlich gesehen ist Oslo immer noch gültig. Es gibt eine Sicherheitskoordinierung zwischen der palästinensischen Autonomiebehörde und dem israelischen Militär, aber auch in anderen Bereichen. Aber das ist im Grunde alles. Politisch ist Smotrich sehr deutlich: Er will nicht nur Oslo zunichtemachen, sondern auch die Vorstellung, dass es jemals einen palästinensischen Staat geben könnte.

Erwarten Sie eine förmliche Erklärung der Annexion, wenn man bedenkt, wie offen die Regierung ihre Absichten äußert?

Nein. Sie würden es gerne tun, aber Trump hat sich sehr klar ausgedrückt. Solange er seine Meinung nicht ändert, wird es wohl keine offizielle Erklärung geben. Aber sie brauchen auch keine. Sie erreichen dies durch Tatsachen vor Ort.

Vielleicht werden sie in Zukunft offiziell das israelische Recht anwenden. Im Moment wahren sie noch den Anschein. Nehmen Sie die Entscheidungen des Kabinetts: Sie haben die Umsetzung nicht spezifiziert, aber ich vermute – und ich denke, das ist ziemlich sicher – dass dies durch militärische Befehle geschieht, wodurch der Anschein einer militärischen Besatzung gewahrt bleibt. Würde das Gebiet formell annektiert, gäbe es keinen Grund für ein Militärgesetz.

Wenn also das Militär die Entscheidung trifft, lässt sich dies plausibel bestreiten?

Genau. Wenn man sich die Regeln zur Besatzung im Völkerrecht anschaut, so wurden sie auf der Grundlage der Idee der Treuhänderschaft entwickelt. Der Besatzer soll das Gebiet vorübergehend verwalten, bis es durch eine Friedensvereinbarung zurückgegeben werden kann. Der zeitweilige Souverän soll das Wohl des Landes und seiner Bevölkerung im Auge behalten und langfristige Veränderungen vermeiden.

Alles, was Israel tut, verstößt dagegen, vor allem, wenn die Regierung Entscheidungen trifft und dann dem militärischen Befehlshaber befiehlt, Regeln so zu erlassen, dass sie israelischen Zivilisten und nicht den Palästinensern dienen.

Am Dienstag sagte Smotrich, dass die nächste israelische Regierung die „Migration von Palästinensern aus dem Westjordanland fördern“ sollte. Wie fügt sich diese Aussage in die breitere Agenda der rechten Siedler ein? Und sehen Sie ein sinnvolles Eingreifen von Trump, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Abraham-Abkommen?

Es ist sehr schwer vorherzusagen, was Trump tun wird. Ich denke, dass das Abraham-Abkommen von Bedeutung ist, aber auch die Zukunft des Gazastreifens. Diese Themen sind jetzt miteinander verbunden. Wenn Trump möchte, dass die arabischen Länder, die gegen eine Annexion sind, die Normalisierung und den Wiederaufbau des Gazastreifens vorantreiben, könnte er aktiver werden.

Aber da diese [jüngsten] Regierungsentscheidungen zu bürokratisch sind, bezweifle ich, dass Trump sie als Annexion ansieht. Solange es keine förmliche Erklärung – etwas sehr Explizites – gibt, sehe ich ihn nicht handeln.

Was Smotrich betrifft, so ist er ein Anhänger jüdischer Vorherrschaft – ein gefährlicher Mann, der entschlossen ist, Israel in einen voll ausgebildeten Apartheidstaat zu verwandeln, ohne Rücksicht auf die Folgen für Israelis, Palästinenser oder die gesamte Region. Aber es hängt viel von den [israelischen] Wahlen ab. Smotrich, Ben-Gvir und Strock bekommen im Moment alles, was sie wollen, und wenn sich das ändert, wäre das schon eine Verbesserung.

Ich hoffe, dass wir wenigstens eine Regierung bekommen, die weniger aggressiv ist und in der die Siedlerlobby weniger Einfluss hat. Wir hatten nie eine Regierung, die wirklich gegen die Aneignung palästinensischen Landes war oder die Rechte der Palästinenser in den Vordergrund stellte. Aber wir mussten erfahren, dass es Schlimmes gibt – und noch viel Schlimmeres.

18. Februar 2026

Quelle: <https://www.972mag.com/israel-west-bank-annexation-threshold/>

Übersetzung: Björn Mertens



FOLGEN DES IRANKRIEGS UND DIE DEUTSCHE ENERGIEPOLITIK

Der von den USA und Israel begonnene Krieg gegen den Iran hat zu massiven Zerstörungen der Öl- und Gasindustrie am Persischen Golf geführt.

■ Klaus Meier

Die Rohstoff- und Produktpreise werden durch diesen Krieg längerfristig in die Höhe getrieben. Die so ausgelöste verstärkte Teuerung der Lebenshaltungskosten treffen besonders die ärmeren Schichten. Das könnte in Europa zu politischen Erschütterungen führen, wie wir sie bereits nach der Corona-Krise erlebt haben. Gleichzeitig zeigt sich erneut, wie krisenanfällig eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Öl und Gas ist. Anstatt jedoch die Wind- und Solarindustrie schnell auszubauen, lanciert die Merz-Klingbeil-Regierung mit ihrer Wirtschaftsministerin Reiche einen Generalangriff auf die erneuerbaren Energien.

Langfristig wirkende Zerstörungen von Produktionsanlagen

In Europa führen die Kriegsfolgen vor allem zu einer Verknappung fossiler Rohstoffe aus der Golfregion. Die Folge sind extreme Preissprünge an den Rohstoffmärkten. Allein die Sperrung der Straße von Hormus, durch die rund ein Fünftel der weltweiten Erdgas- und Öllieferungen gehen, hätte bereits schwere Folgen. Laut der Einschätzung von Experten des auf Energiethemen spezialisierten Analysehauses Icis würde eine dreimonatige Sperrung der Straße von Hormus zu einem Gaspreis von 80 bis 90 Euro pro Megawattstunde (MWh) in Europa führen. Sollte die Sperrung sechs Monate andauern,

wird bereits mit einem Preisanstieg auf 120 Euro pro MWh gerechnet, bei einer zwölfmonatigen Sperrung läge der Preis bei 150 Euro pro MWh¹. Dazu muss man wissen, dass die vergleichbaren Gaspreise an der niederländischen Börse TTF vor Kriegsbeginn lediglich bei 32 Euro pro MWh lagen. Es geht aber mittlerweile nicht mehr nur um eine befristete Sperrung der Straße von Hormus, sondern um die Zerstörung großer Produktionseinheiten.

Dadurch drohen Folgen, die einer langfristigen Sperrung der Straße von Hormus gleichkommen. Die Eskalation der Zerstörungen begann in der dritten Kriegswoche, als israelische Bomber mit der Zerstörung der vom Iran genutzten South-Pars-Felder im Persischen Golf begannen. Dazu muss man wissen, dass das gemeinsam vom Iran und Katar genutzte Pars-Erdgasfeld das größte Gasfeld der Welt ist. Es deckt rund 70 Prozent der iranischen Gasversorgung ab. Nach den israelischen Angriffen auf die Gasförderanlagen sprach Teheran von einer „neuen Eskalationsstufe“ und beschloss seinerseits die weltweit größte Erdgasverflüssigungsanlage in Katar². Laut Qatar Energy wird allein die Reparatur der beschädigten Anlagen in Katar drei bis fünf Jahre dauern. Betroffen sind zwei Produktionsstränge, die 17 Prozent der katarischen LNG-Exportkapazität ausmachen. Anders als beim Erdöl gibt es keine weltweiten LNG-Reserven, mit

denen sich die nun unvermeidlichen Angebotsengpässe abfedern ließen.

Eine neue inflationäre Welle steht bevor

Als Reaktion auf die Zerstörung dieser Produktionsanlagen legten die Ölpreise stark zu. So verteuerte sich die Nordsee-Ölsorte Brent um bis zu sechs Prozent auf über 109 Dollar pro Barrel. Selbst in den USA stieg der Preis für Diesel an den Tankstellen auf über 5 Dollar je Gallone. Insgesamt verteuerte der Krieg gegen den Iran ein Dutzend Rohstoffe und Grundprodukte, die für die globale Industrie von Bedeutung sind. Dazu gehören zahlreiche ölbasierte Chemiegrundstoffe wie Naphta, Polypropylen, Polyethylen und Polyesterfasern. Die erwarteten Preisanstiege bei diesen Stoffen liegen zwischen 20 bis 47 Prozent³. In der Folge werden auch die Preise für Medikamente, Einwegspritzen, Verpackungen von Lebensmitteln und Kunstfasern für Bekleidungen merklich ansteigen. Dazu kommt, dass die Golfregion zu den wichtigsten Produzenten für künstlichen Stickstoffdünger zählt. Durch die Straße von Hormus wird ein Drittel der weltweiten Düngemittelproduktion transportiert. Steigen die Preise für Düngemittel, werden auch Lebensmittel langfristig teurer.

Hinzu kommen zahlreiche energieintensive Verarbeitungsschritte wie Pasteurisieren, Trocknen, Backen, die Getränkeherstellung sowie das Einfrieren und der Transport der Lebensmittel. Die steigenden Energiekosten treiben somit auch die Lebensmittelpreise in die Höhe. Hinzu kommen wachsende Kosten für Verpackungen. Der Preisanstieg dürfte ab dem Sommer in den Lebensmittel-läden spürbar werden. In Deutschland sind besonders die ärmeren Schichten mit geringen Einkommen betroffen: Dazu zählen Alleinerziehende, Niedriglöhner:innen, Arbeitslose und arme Rentner:innen. Laut einer aktuellen YouGov-Umfrage müssen mittlerweile rund 14 Prozent der deutschen Bevölkerung beim Lebensmitteleinkauf sparen.⁴ Der Linken-Chef Jan van Aken erklärte dazu, dass milliardenschwere Konzerne den Krieg als Chance sehen, „um uns erneut tief in die Tasche zu greifen.“ Seine Forderung: „Niemand sollte im Supermarkt rechnen müssen, ob es noch für frisches Obst oder eine warme Mahlzeit reicht.“ Er forderte, dass die Mehrwertsteuer für alle Lebensmittel von jetzt 19 Prozent auf sieben Prozent abgesenkt werden sollte. Für Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse und Brot sollte der Mehrwertsteuersatz von heute sieben auf null Prozent gesenkt werden.

Ein paar Kommentare von linken Parlamentariern werden aber nicht reichen. Der Protest gegen Krise und

Inflation muss auf die Straße getragen werden. Auch auf Betriebsversammlungen sollte auf die steigende Inflation hingewiesen werden. Zu den Forderungen gehören ein Lohnausgleich, eine deutliche Senkung der Kosten für das Deutschlandticket, die schnelle Auszahlung des von der Regierung einbehaltenen Klimageldes sowie die Ablehnung des betriebenen Sozialabbaus. Dazu gehören natürlich auch klare Positionen gegen die deutsche Aufrüstung und für ein Ende der Bombardements des Irans und des Libanons.

Erneuerbare Energie und Wärmepumpen statt Öl- und Gasimporte

Der Krieg im Golf hat uns noch einmal die Abhängigkeit von den fossilen Energien gezeigt. An den Zapfsäulen und bei den Heizkosten gab es Preissprünge. Angesichts der angespannten Weltlage werden auch nach dem Kriegsende immer wieder extreme Kosten für fossile Energien entstehen. Selbst der Chef der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, erklärte, dass Deutschland nur durch die Elektrifizierung der Wirtschaft unabhängig werden könne. Wo sogar Länder ohne eigene Rohstoffvorkommen längst auf Strom setzen, falle Europa und besonders Deutschland zurück. Das sei ein Fehler.

Tatsächlich haben Industrieländer wie China, Japan oder Schweden, die ebenfalls auf Öl- und Gasimporte angewiesen sind, mittlerweile 30 bis 33 Prozent ihres Energieverbrauchs auf Strom umgestellt. Deutschland liegt dagegen unter 20 Prozent und bezahlt dadurch jährlich 80 Milliarden Euro für den Import fossiler Energien. Ein großer Teil davon verpufft einfach, ohne Nutzen zu bringen. Denn die mit Kohle, Öl und Erdgas betriebenen Prozesse sind schlicht ineffizient. Ein wesentlicher Teil der ihnen zugeführten Energie geht als ungenutzte Abwärme verloren. Elektromotoren, Wärmepumpen und strombasierte Verfahren in der Industrie arbeiten dagegen mit deutlich höheren Wirkungsgraden und nutzen die eingesetzte Energie wesentlich besser aus. Deutschland bleibt dagegen mit seinen Gasheizungen, Verbrennerfahrzeugen und seiner fossilen industriellen Wärmeerzeugung in der Falle von Öl und Gas stecken: Klimaschädlich, teuer und immer wieder anfällig für geopolitische Schocks.

Die Gaslobby setzt weiter auf das fossile Geschäftsmodell

In der Bevölkerung steigt die Sensibilität für diese Situation. Die deutlich angestiegenen Preise für Öl und Gas haben bereits dazu geführt, dass die Nachfrage nach Wär-

mepumpen, Solaranlagen und Elektroautos sprunghaft gestiegen ist.

Die Merz-Klingbeil-Regierung will aber trotz des neuen Gaspreisschocks das noch aus der Zeit der Ampelregierung stammende Heizungsgesetz kaputt machen und damit die Abhängigkeit von Öl und Gas verlängern. Vor allem der Kern des Gesetzes, nach dem neue Heizungen zu 65 Prozent mit erneuerbarer Energie betrieben werden müssen, soll gestrichen werden. Ein Großteil der Heizungsindustrie und der Handwerker sind damit nicht einverstanden, denn sie setzen mittlerweile auf Wärmepumpen und wollen Konstanz und keinen ständigen technologischen Richtungswechsel. Und im Ausland schüttelt man den Kopf über die deutsche Politik. Aber in Deutschland hat die traditionell gut vernetzte Gaslobby viel Einfluss. Sie wünscht keine Umstellung auf klimaverträgliche Wärmepumpen, denn sie fürchtet ein Wegbrechen ihres auf Gas basierenden Geschäftsmodells.

EON und die Verschleppung des Ausbaus der Verteilnetze

Zu den ganz Großen der Branche gehört der EON-Konzern. Das Unternehmen beliefert Millionen von Privat- und Geschäftskunden mit Strom und Gas. Im Jahr 2024 lag der Unternehmensumsatz bei 94 Milliarden Euro. EON allein kontrolliert Gasnetze mit einer Länge von 100 000 Kilometern, besteht aus einem Mosaik von Subunternehmen und ist an zahlreichen kommunalen Versorgern beteiligt. Seit letztem Jahr ist die frühere Chefin der EON-Tochter Westenergie, Katherina Reiche, die neue deutsche Wirtschaftsministerin. Damit ist der Draht zwischen Industrieinteressen und der deutschen Regierung sehr kurz geworden. Der EON-Chef Leonhard Birnbaum warnt seit langem vor Stromnetz-Überkapazitäten durch einen angeblich unkontrollierten Zubau von Solarparks, Windkraftwerken und Großbatterien. „Das ist sprichwörtlich verbranntes Geld“ behauptet er. Birnbaum fordert, dass Batteriespeicher, Solarfelder und Windparks nur noch auf die Netzinfrastuktur abgestimmt gebaut werden sollen. Alles andere sei volkswirtschaftlicher Unsinn.⁵

EON ist mit Tochtergesellschaften wie Westnetz an den deutschen Verteilnetzen beteiligt. Birnbaum stört die hohen Kosten durch den Zubau der Erneuerbaren Energien. Bei der Vorstellung der Zahlen zum Geschäftsjahr 2024 erklärte er, dass EON bereit sei, weiter in die Netze zu investieren. Aber: „Wir brauchen eine bessere Eigenkapitalverzinsung. Das ist ganz klar“, betonte Birnbaum.

„Bei dem momentanen Regulierungsregime haben wir keine ausreichende Verzinsung.“ In das gleiche Horn stieß der Chef des Übertragungsnetzbetreibers Amprion: „Wir brauchen eine regulatorische Eigenkapitalverzinsung von über 7,5 Prozent nach Steuern, was etwas mehr als neun Prozent vor Steuern entspricht.“

Hier dürfte der Unwille liegen, neue Solarfelder, Batteriespeicher und Windparks ans Netz anzuschließen. In der Praxis wird der Anschluss verzögert. Große Batteriespeicher müssen inzwischen bis zu fünf Jahre auf einen Netzanschluss warten. Durch die Sabotage des Speicherausbaus werden tageszeitliche Überschüsse bei Wind- und Solarenergie abgeregelt und bleiben ungenutzt. Die Scientists for Future schildern Beispiele: Unternehmen, die von Erdgas auf Strom umstellen wollen, bekommen keinen 20-MW-Stromanschluss. Genau dasselbe Problem hat ein Logistikunternehmen, das bei der Güterverteilung auf E-Lkws umstellen will.⁶ So wird der Umbau auf erneuerbare Energien auf allen Ebenen verschleppt und verzögert. Die Kontrolle der Strominfrastruktur durch kapitalistische Konzerne erweist sich als Hindernis.

Katherina Reiche: Ausbremsen der Erneuerbaren Energien

Katherina Reiche vertritt zum Ausbau der Erneuerbaren Energien die gleichen Positionen wie ihr früherer Vorstandsvorsitzender Birnbaum, was wenig verwunderlich sein dürfte. Deutschland habe ein „völlig überzogenes Erneuerbaren-Ziel“ behauptet sie frech. Das Pariser Klimaabkommen fordere schließlich nur Klimaneutralität ab 2050. Die Wirtschaftsministerin arbeitet derzeit an mehreren Maßnahmen, um die erneuerbaren Energien auszubremsen. Ihre Begründung: Die Wind- und Solarindustrie seien mittlerweile „erwachsen“ geworden. Das ist dasselbe Argument, das Katherina Reiche bereits vor 14 Jahren nutzte. Von 2009 bis 2013 war sie unter dem damaligen Umweltminister Altmaier Parlamentarische Staatssekretärin und zuständig für erneuerbare Energien. Bereits damals betrieb sie zusammen mit ihrem CDU-Chef eine massive Absenkung der Solarförderung. In der Folge kam es zur Zerstörung und Erosion der sich im Aufbau befindlichen deutschen Solarindustrie. Über 100 000 Arbeitsplätze gingen verloren. In diese wirtschaftliche und technologische Lücke konnte China stoßen und so zum weltgrößten Anbieter für Solartechnik werden. Jetzt nutzt Reiche dasselbe „Erwachsenen“-Argument, um die erneuerbaren Energien wieder zu attackieren. Diesmal als deutsche Wirtschaftsministerin. Momentan verfolgt

sie zwei Projekte, mit denen die erneuerbaren Energien ausgehebelt werden sollen.

Mit einem ersten Gesetzesentwurf soll die garantierte Einspeisevergütung für private Dachsolaranlagen aufgehoben werden. Betreiber neuer Anlagen müssten dann ihren Strom selbst vermarkten. Die Förderung für die Netzeinspeisung ist nicht sehr hoch und der größte Teil der gewonnenen Energie wird für den Eigenbedarf genutzt. Trotzdem rechnen sich die Module häufig erst, wenn ein Teil des Stroms zu garantierten Tarifen ins Stromnetz eingespeist werden kann. Damit hätte Reiche einen Hebel in der Hand, um den weiteren Ausbau der solaren Dachanlagen zu stoppen.

Das zweite Projekt der Wirtschaftsministerin ist der sogenannte Redispatch-Vorbehalt. Er betrifft große Wind- und Solaranlagen. Bisher werden die Anlagen immer dann abgeregelt, wenn der Strom das Netz überlasten würde. Für die Betreiber gibt es bisher aber immerhin eine Entschädigung. Die soll in einem Netzgebiet zukünftig für zehn Jahre wegfallen, allein wenn im Vorjahr mehr als drei Prozent abgeregelt wurden. Ein Netzanschlussanspruch besteht dann nur noch bei Verzicht auf den finanziellen Ausgleich. Laut einer Studie des Beratungsunternehmens energvis wären davon 90 Landkreise betroffen, besonders in Norddeutschland, Sachsen-Anhalt und Bayern. Praktisch würde das dazu führen, dass sich der Neubau von Anlagen für Betreiber nicht mehr lohnt. Betroffen wären davon auch Windenergieprojekte, die bereits jetzt genehmigt sind oder sich im Genehmigungsverfahren befinden. Sie haben einen Umfang von 23 000 Megawatt bzw. 40 Milliarden Euro. Betroffen wären auch die Stromverbraucher:innen. Wenn der Ausbau der Erneuerbaren stockt, bleibt Deutschland länger abhängig von importiertem Erdgas und der gasgetriebenen Preisbildung am Strommarkt. Und das in einer Zeit, in der die fossilen Energien preislich auf extreme Höhen schnellen und Wind und Sonne in Kombination mit neuen Speichersystemen eine verlässliche und preisgünstige Alternative bieten könnten.

Klaus Meier ist ausgebildeter Ingenieur und aktiv im Netzwerk Ökosozialismus.

1 Angaben nach: „Rohstoffkrise eskaliert“, Handelsblatt 20./21./22.03.2026

2 „South-Pars-Gasfeld Israel greift erstmals Gasindustrie im Iran an – Ölpreise steigen deutlich“, Deutschlandfunk 18.03.2026

3 Angaben nach: „Irakrieg treibt Rohstoff- und Produkt-Preise“, Handelsblatt 23.03.2026

4 „Bei Lebensmitteln droht Teuerungswelle“, Handelsblatt, 19.03.2026

5 „E.On-Chef warnt vor unkontrolliertem Zubau bei erneuerbaren Energien“ Wirtschaftswoche 18.11.2025

6 „Ungenügender Ausbau der Stromnetze bremst Energiewende“ scientists4future 30.09.2025



VERTEIDIGUNG VON KUBA GEGEN BLOCKADE UND VERARMUNG

Mit seiner Energie- und Lebensmittelblockade vertieft Washington eine humanitäre Krise und bedroht die Souveränität von ganz Lateinamerika

■ **Ana Cristina Carvalhaes, Israel Dutra, João Machado,
Manuel Rodríguez Banchs**

Der Neofaschist im Weißen Haus versucht, die Karibikinsel und ihre Regierung in die Knie zu zwingen, sie ein für alle Mal wirtschaftlich zu strangulieren und ihre Bevölkerung unter dem finsternen Joch totaler Armut verkommen zu lassen. Aber dies ist nicht nur ein Krieg gegen Kuba und seine revolutionäre Tradition. Es ist die Fortsetzung des Krieges gegen die Souveränität aller lateinamerikanischen Länder und der lateinamerikanischen Bevölkerung innerhalb der Vereinigten Staaten. Die sozialdemokratischen Regierungen, insbesondere [die Präsident:innen] Sheinbaum, Lula, Petro, Orsi¹, sollten sich in allen internationalen Foren und Gremien entscheiden gegen dieses Verbrechen aussprechen.

Nach der faktischen „Übernahme“ Venezuelas durch die Vereinigten Staaten mit der Entführung von Nicolás Maduro und Cilia Flores am 3. Januar ist die Karibikinsel, die seit dem 19. Jahrhundert Bühne des Widerstands gegen zwei Imperien gewesen ist, das Hauptziel der rechtsextremen Strategen um Trump. Zwischen 1959 und 1961 ist Kuba Schauplatz der einzigen siegreichen antikapitalistischen Revolution in Amerika gewesen, die von der Bewegung des 26. Juli (Fidel Castros Bewegung) und den arbeitenden Massen auf den Zuckerrohrfelder und in den Fabriken angeführt wurde.

Von Washington und von Caracas aus, das – mit Waffengewalt und Sanktionen – zu einer Art Hauptstadt eines Vizekönigreichs im 21. Jahrhundert umgewandelt wurde, haben die Yankee-Falken Kuba den Krieg erklärt, einem kleinen Land, das aufgrund seiner geographischen Lage und der Geopolitik isoliert ist und dessen Entwicklung durch jahrzehntelange US-Blockade und Energie- und Nahrungsmittelabhängigkeit vom Ausland eingeschränkt wurde.

Der gegenwärtig laufende Angriff begann mit der Unterbindung der Lieferung von venezolanischem Öl, das seit der ersten Regierung von Hugo Chávez (1998) das Funktionieren der kubanischen Wirtschaft garantiert hatte. Die diesbezüglichen Anordnung wurde von Delcy Rodríguez umgehend umgesetzt. Kuba benötigt 100 000 Barrel Öl pro Tag und produziert 40 000. Aktuell besteht der Angriff in einem immensen Druck auf Mexiko – Kubas letzten und historischen Öllieferanten –, keinen einzigen Tropfen mehr zu liefern, worauf sich Claudia Sheinbaum souverän nicht einließ. Im Februar hat sie, bedrängt von Trump und Rubio, das Öl, das sie schickte, durch humanitäre Hilfe ersetzt, im Wesentlichen Lebensmittel. Es ist eine Tragödie, dass sie dies tat, auch wenn man die extrem starke militärische Erpressung durch die in der Karibik

stationierten US-Streitkräfte und die Drohungen einer Invasion auf mexikanischen Boden sowie die Drohungen mit neuen Zöllen für das Land, das Öl nach Kuba liefert, nachempfinden kann.

Gleichzeitig hat Trump den kubanischen Staatschef Miguel Díaz-Canel mit einem für einen Völkermorden Showman typischen Feuerwerk von Provokationen in den Medien am Telefon aufgefordert, über nichts Geringeres als das Ende der Souveränität des Landes zu „verhandeln“. Er sagt, Kuba werde kapitulieren, weil er die Kubaner:innen hungern lässt, so wie er mit Unterstützung Israels und dessen Bombardements die Bewohner:innen Gazas hungern ließ. (Derzeit lässt sich das zwar nicht mit dem gleichen Maßstab messen, aber die unmenschliche Methode ist dieselbe.) Alles deutet daraufhin, dass die US-Regierung eines von beidem erwartet: entweder die Kapitulation von Havanna oder eine interne Volksrebellion.

Díaz-Canel hat am 6. Februar auf einer internationalen Pressekonferenz das Leiden seines Volkes beschrieben und das Geschehen als Versuch eines Völkermords verurteilt. Leider haben China und Russland, die von vielen als „alternative Mächte“ zum US-Imperialismus angesehen werden, zwar protokollarische Erklärungen abgegeben, in denen sie Washington kritisieren, aber bisher auch nicht einen einzigen Liter Benzin beigesteuert, um das Schlimmste in Kuba zu verhindern. Die Einstellung der Öllieferungen an Kuba durch Delcy Rodríguez sollte auch diejenigen zum Nachdenken bringen, die weiterhin das „Mantra“ wiederholen, dass die venezolanische Regierung noch etwas mit der „Revolution“ zu tun habe, obwohl sie in Wirklichkeit zur Verwalterin des Protektorats geworden ist. Was Lula und die PT betrifft, so ist es bedauerlich, dass sie die sehr vermögende Firma Petrobras nicht anweisen, die Energieblockade gegen Kuba zu durchbrechen, wie es die „Federação Nacional dos Petroleiros“ (FNP, Nationale Föderation der Erdölarbeiter) zu Recht fordert.

Faschistischer Revanchismus

Warum ist ein geschwächter David wie das kleine, tapfere Kuba Objekt von so viel Hass seitens des neofaschistischen Goliath? Im Gegensatz zu Venezuela, wo das unmittelbare Ziel darin bestand, sich Öl zu sichern – bis zu dem Punkt, dass der Imperialismus seine langjährige Freundin María Corina Machado fallen ließ und einen Madurismus ohne Maduro an der Macht beließ –, ist die Erklärung im Fall von Kuba rein neofaschistische Geopolitik mit einer Über-

dosis ideologischer und klassenbezogener Rache. Trump und sein Außenminister Marco Rubio, ein Nachkomme von „gusanos“ (kubanischer Konterrevolutionär:innen), müssen das Land besiegen, das es in der Vergangenheit gewagt hat, 150 km von Miami entfernt einen antikapitalistischen Weg einzuschlagen; sie müssen die Nation besiegen, die für Generationen von Kämpfer:innen ein Symbol und eine Inspiration für nationale Souveränität und in den ersten Jahrzehnten nach 1961 für gesellschaftliche Transformation gewesen ist.

Kuba ist das einzige Land in Lateinamerika gewesen, in dem die Bourgeoisie enteignet wurde, und zwar nach Fidels Proklamation des sozialistischen Charakters der Revolution im Jahr 1961. Es sei daran erinnert, dass in den ersten Jahren der sandinistischen Revolution in Nicaragua, zu bestimmten Zeitpunkten während der Regierungen von Hugo Chávez (insbesondere nach der Niederschlagung des pro-US-Putsches 2002) und während der ersten Regierung von Rafael Correa in Ecuador die einheimischen und internationalen Kapitalisten von der Macht verdrängt und vorübergehend Regierungen ohne die Bourgeoisie gebildet worden sind. In einer anderen Phase des Imperialismus waren sie auch Ziel des imperialistischen Hasses – insbesondere Nicaragua mit den von den USA finanzierten „Contras“. Aber der Radikalismus der kubanischen Revolution ist nie vollständig wiederholt worden.

Die gegenwärtige Lage auf Kuba muss als beispiellose humanitäre Krise und als Drohung einer neuen Militäroperation des Trump-Imperialismus gegen eine weitere souveräne lateinamerikanische Nation betrachtet werden. Diese beiden Elemente sind mehr als ausreichend, um eine starke und einheitliche nationale und internationale Kampagne zur Verteidigung Kubas zu rechtfertigen. Zu einer Zeit, in der die US-Regierung mit wachsender innerer Opposition, Mobilisierungen gegen ICE und einem Gefühl der Solidarität mit Migrant:innen, insbesondere Latinos und Latinas, konfrontiert ist, muss verhindert werden, dass Trump wie in Venezuela erneut gewinnt.

Unabhängig von der Bilanz der kubanischen Revolution stehen die Souveränität und Unabhängigkeit eines historisch unterdrückten lateinamerikanischen Landes auf dem Spiel. Die Wiederaufnahme der Öllieferungen nach Kuba und die Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten auf die Insel müssen dringend eingefordert werden. Alle, die die Idee der Souveränität, das Prinzip der Nichteinmischung und das Recht der Völker unterstützen, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, sollten aufge-

fordert werden, sich zu äußern, Stellung zu beziehen und gegen die Blockade zu mobilisieren!

- Trump und Rubio, Hände weg von Kuba!
- Für eine sofortige Beendigung der Energie- und Lebensmittelblockade gegen die Insel! Sheinbaum, Lula, Petro, Orsi: mobilisiert mit Nachdruck. Die mexikanische Regierung sollte Lieferungen von Erdöl wieder aufnehmen! Arbeiten wir alle für eine Front der Regierungen, die sich gegen die Blockade und Belagerung Kubas aussprechen.
- Für eine kontinentweite humanitäre Solidaritätskampagne mit dem kubanischen Volk.

Die Autor:innen sind Mitglieder des Büros und des Internationalen Komitees der Vierten Internationale aus Brasilien und Puerto Rico.

Quelle: Dieser Artikel ist am 13. Februar auf der brasilianischen Webseite Movimento² und am 15. Februar 2026 auf der Webseite von Inprecor³ veröffentlicht worden.
Übersetzung aus dem Englischen und Kastilischen: Wilfried

1 Claudia Sheinbaum ist seit Oktober 2024 Präsidentin der Vereinigten Mexikanischen Staaten; Luiz Inácio da Silva, meistens „Lula“ genannt, ist seit Januar 2023 Präsident der Föderativen Republik Brasilien; Gustavo Petro ist seit August 2022 der Republik Kolumbien; Yamandú Orsi ist seit März 2025 Präsident der República Oriental del Uruguay (Anm. d. Übers.).

2 <https://movimentorevista.com.br/2026/02/em-defesa-de-cuba-contra-o-cerco-e-a-fome-neocoloniais-impostos-por-trump/>

3 <https://inprecor.fr/en-defense-de-cuba-contre-les-mesures-neocoloniales-dembargo-et-de-famine-imposees-par-trump>



Faschismusanalysen bei ISP



Enzo Traverso

Die neuen Gesichter des Faschismus

Postfaschismus, Identitätspolitik, Antisemitismus und Islamophobie
136 Seiten , 14,80 Euro
2019
ISBN 978-3-89 900-153-2



Enzo Traverso

Nach Auschwitz

Die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermords
220 Seiten , 15,00 Euro
2000
ISBN 978-3-929008-22-7



Wolfgang Alles

Für Einheitsfront gegen Faschismus

Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930
Wissenschaft & Forschung 1
erweiterte und aktualisierte Neuauflage
305 Seiten , 29,80 Euro
2022
ISBN 978-3-89 900-001-6

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

NEIN ZUM DRUCK DER YANKEES AUF KUBA!

Die kubanische Arbeiter:innenklasse kann zur Abwehr des Drucks aus den USA nicht auf bürgerliche Regierungen setzen

■ **Comunistas Cuba**

Die jüngsten Erklärungen der US-Regierung, in denen Kuba als Bedrohung dargestellt wird, sind eigentlich nichts Neues. Seit Jahrzehnten steht Kuba auf einer scheinheiligen Liste von Ländern, die als „State Sponsors of Terrorism“ bezeichnet werden; sie ist von aufeinanderfolgenden US-Regierungen erstellt worden. Havanna ist damit als Bedrohung für die USA eingestuft worden. Es ist jedoch der Kontext, der diese Ankündigung von Trump in einem anderen Licht erscheinen lässt, d. h. Washingtons neue Maßnahme muss in den Kontext der unverhohlenen Straffreiheit nach der Entführung von Nicolás Maduro gestellt werden.

Zwar hat die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum angekündigt, die humanitäre Hilfe für Kuba werde fortgesetzt, aber zugleich kündigte sie an, dass [der staatliche Mineralölkonzern] Pemex keine Öllieferungen mehr nach Havanna schicken wird. Das heißt, die „humanitäre Hilfe“ soll ohne Erdöl erfolgen, obwohl dies das Hauptproblem ist, mit dem die Insel derzeit zu kämpfen hat: Nach der Entführung von Maduro und der Zustimmung von Delcy Rodríguez zu Trumps Forderungen hat Kuba kein venezolanisches Öl mehr erhalten. Es sei darauf hingewiesen, dass fast 50 % des Erdöls, das von Kuba benötigt wurde, aus Venezuela stammte. Nicht umsonst droht Trump, dass alle, die Öl nach Kuba liefern, von den Vereinigten Staaten sanktioniert werden.

Am Samstag, den 31. Januar, hat die argentinische Regierung ihre Bürger:innen aufgefordert, alle Reisen nach Kuba auszusetzen oder zu verschieben, angeblich wegen der kritischen Lage auf der Insel, und sie hat hinzugefügt, die Lage könnte sich noch verschlimmern. Bekanntlich gehört Argentinien zu den wichtigsten Ländern, aus denen

Tourist:innen nach Kuba kommen. Folglich zielt dieser Aufruf der Regierung Milei darauf ab, den Tourismus auf Kuba und damit die Wirtschaft zu schädigen. Milei ist Trumps Marionette in Lateinamerika: ein Automat, der an US-amerikanischen Drähten hängt.

Falsche Verbündete

Wer naiverweise glaubt, Russland werde Kuba bedingungslos unterstützen, muss nur nach Syrien und Venezuela schauen. Wenn Baschar al-Assad gestürzt wurde, dann deshalb, weil Russland ihm die militärische Unterstützung entzogen und ihm die Möglichkeit gegeben hat, in Moskau Zuflucht zu suchen. Tatsächlich hat Putin letzte Woche den derzeitigen syrischen Präsidenten empfangen und damit deutlich gemacht, dass al-Assad ein Hindernis aus der Vergangenheit ist, das nun beseitigt worden ist. Es ist auch allgemein bekannt, dass Russland Maduro im Rahmen der Vorverhandlungen Asyl angeboten hat. Das heißt, Russland lässt traditionelle Verbündete fallen, weil es die Ukraine nicht besiegen kann und weil die Vereinigten Staaten sich als Brücke anbieten, um den Sturz Kiews oder zumindest die Abtretung der bereits eroberten Gebiete zu erreichen. Putin fällt es sehr schwer, den Krieg mit der Ukraine durchzuhalten, und er würde nicht zögern, auch Kuba im Stich zu lassen, wenn Trump dies im Austausch für die Ukraine von ihm verlangen würde. Tatsächlich ist die Hilfe, die Russland Kuba leistet, bemerkenswert gering.

China hat Kuba einen neuen Kredit in Höhe von 80 Millionen Dollar gewährt, was die Schulden gegenüber Peking noch verschlimmert und zudem ein Betrag ist, der bald im Nichts verschwinden wird. Denn weder Russland noch China sind sozialistische Länder. Es gibt keinen Grund, warum Russland und China wegen Kuba ernsthafte Differenzen mit Trump haben sollten. China hat ein kompliziertes Verhältnis zu Havanna, da dieses Land mit seinen Zahlungen extrem im Rückstand ist. Chinesische Banken haben auf Kuba keine Filialen. Daran haben sie kein Interesse, denn dies würde zu Problemen mit den USA führen. Die einzige ausländische Bank, die derzeit

ein Büro auf Kuba hat, ist eine russische Bank; das bietet jedoch kaum Sicherheit, da Moskau zwei Militärstützpunkte in Syrien hatte und al-Assad im Stich gelassen hat. Als Trump Maduro entführte, tat er dies in dem Wissen, dass Russland und China sich darauf beschränken würden, dieses Vorgehen in Kommunikés ihrer Außenministerien zu verurteilen. Das heißt: Sie tun nichts.

Es stimmt aber auch, dass sich die Lage auf Kuba nicht noch weiter verschlechtert hat. Sie ist kritisch, das ist unbestreitbar – Versorgungsengpässe, Stromausfälle, Verteuerung von Lebensmitteln –, aber es ist nicht noch schlimmer geworden. Der schlimmste Moment ist offensichtlich noch nicht gekommen, aber das muss man berücksichtigen, wenn man die Lage in Kuba bewertet.

Es ist nicht ausschlaggebend, wenn man nicht mit der kubanischen Regierung übereinstimmt. Wir von Comunistas Cuba nehmen kein Blatt vor den Mund: Wir lehnen den Prozess der kapitalistischen Restauration ab, der von der Bürokratie der Führung der Partido Comunista de Cuba (PCC) und dem Generalstab angeführt wird, wobei die Wirtschaftskrise in Kuba hauptsächlich auf Entscheidungen der Regierung zurückzuführen ist; was jedoch auf keinen Fall unterlassen werden darf, ist die Verurteilung der Einmischung der USA in Kuba. Die kubanische Regierung muss durch eine Revolution der Arbeiterinnen und Arbeiter ersetzt werden, aber niemals durch ein Pro-Yankee-Regime.

Wer aus irgendeinem Grund oder unter irgendeiner Ausrede Maßnahmen der Vereinigten Staaten oder einer anderen ausländischen Macht gegen Kuba unterstützt, verrät unweigerlich die kubanische Arbeiterklasse. An diesem Punkt gibt es keine Ahnungslosigkeit mehr. Der US-Imperialismus ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse weltweit, das ist keine bloße Parole. Das Regime in Washington stellt eine Bedrohung für die Existenz der Menschheit dar. Und es ist nicht nur Trump: Der US-amerikanische Staat insgesamt ist imperialistisch.

Für die Solidarität der Arbeitenden

Kuba braucht keine „Begleitung“ durch irgendeine bürgerliche Regierung. Solidarität mit der arbeitenden Klasse kann nur aus dem proletarischen Internationalismus kommen. Zu glauben, dass bürgerliche Regierungen, die ihre eigene Arbeiterklasse unterdrücken, der kubanischen Arbeiterklasse helfen könnten, ist entweder naiv oder opportunistisch oder bedeutet, ausländische Interventionen unter welchem Banner auch immer zu unterstützen. Unser Standpunkt ist nicht der Nationalismus – denn das würde

bedeuten, dass wir keine Marxist:innen mehr sind – sondern der Internationalismus. Die einzigen, die sich ehrlich um die Situation der kubanischen Gefangenen gekümmert haben, die wegen ihrer Proteste inhaftiert wurden, sind marxistische Organisationen. Keine von ihnen hat daraus irgendeinen materiellen Nutzen gezogen. Ganz im Gegenteil. Sie sind vom ersten Tag der Proteste an aktiv gewesen: Eric Toussaint und Alex Callinicos haben auf die sofortige Freilassung der Gefangenen vom 11. Juli [2021] gedrängt, es gab die Demonstration von Política Obrera [Argentinien] vor der kubanischen Botschaft im Januar 2022, das Treffen von Abgeordneten und Leitungsmitgliedern der FITU [Frente de Izquierda y de Trabajadores – Unidad, Argentinien] mit kubanischen Diplomaten im April 2024, um die Freilassung der Gefangenen zu fordern, oder die verschiedenen und anhaltenden Aktionen der Nuevo MAS [Argentinien] an Universitäten und Demonstrationen, bei denen die Freilassung der wegen Protesten Inhaftierten gefordert wurde; das sind nur die vielleicht bedeutendsten Beispiele dafür, was wahrer Internationalismus ist und wie man der Arbeiterklasse hilft. Ausländische Regierungen würden Kuba nur im Namen ihrer Bourgeoisie, der transnationalen Konzerne und wie Milei sogar als Marionette made in USA „helfen“. Und wenn sie unter erheblichen Druck geraten, würden sie Kuba im Stich lassen, wie Mexiko und Venezuela es gerade getan haben.

Solidarität mit Kuba muss aus dem Antiimperialismus und Internationalismus heraus erfolgen und in Solidarität mit der Arbeiterklasse bestehen!

31. Januar 2026

Diese Stellungnahme ist am 6. Februar auf der Webseite der Zeitschrift *Viento Sur* (Madrid) unter der Überschrift „¡No a la injerencia yanqui contra Cuba!“ veröffentlicht worden, <https://vientosur.info/no-a-la-injerencia-yanqui-contra-cuba/>.

Übersetzung aus dem Kastilischen: Friedrich Dorn.



SÄUBERUNGEN INNERHALB DER MILITÄRHIERARCHIE UND KRISE DES REGIMES

Am 24. Januar 2026 wurde die Entlassung von General Zhang Youxia offiziell bekannt gegeben. Das ist der vorläufig letzte Schritt in einer Reihe von Säuberungsaktionen innerhalb des Generalstabs der chinesischen Armee. Dabei galt Zhang aufgrund seiner vermeintlichen Nähe zu Xi Jinping als „unantastbar“.

■ **Pierre Rousset**

■ Von der Zentralen Militärkommission (ZMK) ist nun nicht mehr viel übriggeblieben, nachdem sie fünf von sieben Mitgliedern verloren hat. Xi räumt als Vorsitzender der ZMK radikal auf – ohne Rücksicht auf persönliche Loyalitäten. Das einzige noch verbliebene Mitglied der ZKM ist mittlerweile Zhang Shengming¹, Sekretär der Disziplinarkommission der Armee und stellvertretender Sekretär der Zentralen Disziplinarkommission der Partei und als solcher zuständig für die Erledigung schmutziger Arbeiten.

Aufgrund der völligen Undurchsichtigkeit des Regimes ist es vom Zufall abhängig und daher nahezu unmöglich, herauszufinden, warum bestimmte Personen von den Säuberungen des Parteiapparats, der Armee, der Verwaltung, der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft betroffen sind. Fallweise scheint der Grund auf der Hand zu liegen: Entweder ist das Opfer zu mächtig geworden, etwa an der Spitze eines Konzerns oder einer Gemeinde, oder es hat sich zu kritisch geäußert, sodass ein Exempel statuiert werden musste. Sollte das nicht zutreffen, kann man nur rätseln, warum eine Persönlichkeit nicht mehr in der Öffentlichkeit auftritt, so als wäre sie in ein schwarzes Loch gefallen, oder warum einer anderen Führungsfigur

Korruption oder sogar Verrat vorgeworfen wird. Das gilt derzeit für die fünf gestürzten Mitglieder der Zentralen Militärkommission.

Korruptionsvorwürfe werden von Xi Jinping routinemäßig erhoben, um die Verurteilung tatsächlicher oder vermeintlicher Gegner² zu rechtfertigen und andere Problemfelder zu vertuschen. Korruption ist zweifellos ein gravierendes Problem. Sie ist eine der Ursachen, warum Rüstungsfabriken defektes Material ausliefern, was eigentlich schon alles sagt. Leider handelt es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um ein weit verbreitetes Phänomen. Korruption ist typisch für dieses auf autokratischer Macht und Privilegienwirtschaft beruhende System, dem Xi Jinping, seine Familie und seine Vertrauten angehören. Xi selbst hat dieses System geschaffen, und sogar, wenn er sich der negativen Konsequenzen bewusst sein sollte, wird er es – trotz seiner undurchsichtigen, paranoiden und einseitigen Manöver – nicht ohne Weiteres abschaffen können.

Zhang Youxia war der ranghöchste aktive Militärangehörige. Xi Jinping und Zhang galten lange als engste Verbündete, als „rote Prinzen der zweiten Generation“ – ein Begriff, der die Nachkommen der Führer der Kom-

unistischen Partei Chinas (KPCh) aus der Revolutionszeit bezeichnet. Allerdings stammen Xi und Zhang aus unterschiedlichen familiären Milieus.

Der Vater von Xi war ein hochrangiger Beamter der Volksrepublik, bevor er 1962 von Mao Zedong entmachtet und später von Deng Xiaoping rehabilitiert wurde. Als Mann des Apparats kann Xi keine militärische Laufbahn vorweisen. Hingegen war Zhang Zhongxun, der Vater von Zhang Youxia, einer der Generäle der Volksarmee während der Revolutionszeit. Aber genau diese prestigeträchtige Abstammung wurde Zhang Youxia möglicherweise zum Verhängnis, zumal der militärische Generalstab im Zuge der Säuberungswellen erheblich geschwächt wurde und Xi seinen alleinigen (und lebenslangen) Führungsanspruch in Partei und Regierung (der er bloß eine Nebenrolle zugesteht) geltend gemacht hat.

Es ist nicht das erste Mal, dass Xi Jinping Angehörige seines engsten Kreises ins Visier nimmt. In einem hochgradig personalisierten Regime hat das eine gewisse Logik. Angesichts der Verschlechterung der innenpolitischen Lage verliert Xi an Rückhalt. Unter diesen Umständen kann die Kritik an seiner Person sowohl von externen Machtzentren ausgehen als auch von Mitgliedern der zentralen Parteiorgane, die Xis Fehlentscheidungen und Manöver am besten beurteilen können. In vielen Monarchien ist es gängige Praxis, Angehörige der königlichen Familie, also solche mit „blauem Blut“, präventiv zu ermorden. Im dynastischen Regime Nordkoreas hat Kim Jong-un davon keinen Gebrauch gemacht. In China ist es ein unschätzbares Privileg, ein „Prinz mit rotem Blut“ zu sein, aber das kann auch zu einem Risiko werden.

Chinaexperten fragen sich, ob die aktuellen Säuberungen ein Zeichen der Stärke oder der Schwäche von Xi Jinping sind. Warum nicht das eine wie das andere? Xi ist zwar in der Lage, hart durchzugreifen, aber das reicht nicht aus, um seine Herrschaft zu festigen oder seine Paranoia zu mindern, denn seine Machtgelüste müssen unweigerlich mit der Realität in Konflikt geraten. China ist viel zu groß (1,4 Milliarden Einwohner), die Partei ebenfalls (mit über 100 Millionen Mitgliedern), und die Armee (mit über zwei Millionen an aktiven Soldaten) steht Xis eigenem sozialen Umfeld viel zu fern, als dass er dem Land die Diktatur eines einzigen Mannes (anstelle der Diktatur einer einzigen Partei) aufzwingen könnte. Dennoch verfolgt Xi Jinping eine Politik der Ausgrenzung. Durch sein Festhalten am Vorrang der „Prinzen mit rotem Blut“ schließt er die Mehrheit der Kader und Eliten, die weder Kinder noch Enkel prominenter und verdienstvoller Führer der

Chinesischen Revolution sind, von der Machtteilhabe aus. Die Änderung der Verfassung, mit der er sich das Recht auf lebenslange Herrschaft sichert, erlaubt ihm, Vertreter der politischen Generation, die ihm der Tradition entsprechend noch zu seinen Lebzeiten hätten nachfolgen sollen, von der Parteiführung fernzuhalten. Um das Land – von der Hauptstadt „bis zum entlegensten Dorf“ – weiterhin im Griff zu haben, stützt er sich ausschließlich auf die KPCh. Damit schwächt er nicht nur die Regierung, sondern zerstört auch das Gleichgewicht, das es der Bevölkerung bislang erlaubt hat, sich an zwei unterschiedliche Machtzentren zu wenden, wodurch eine gewisse Flexibilität des Systems gegeben war, die auch konkurrierende Fraktionen innerhalb der Partei als Sprungbrett für ihre Karriere nützen konnten.

Mao, Xi und die Kulturrevolution

Die aktuellen Säuberungen sind angeblich die umfangreichsten seit der unglückseligen Kulturrevolution unter Mao. Um den Charakter der Säuberungen unter Xi zu verstehen, ist es jedoch zielführender, weniger die Gemeinsamkeiten (etwa das autoritäre Einparteiensystem) als vielmehr die Unterschiede zwischen diesen beiden Epochen zu beleuchten. Mao war zwar der unumstrittene Anführer, doch das Politbüro der KPCh bestand aus starken Persönlichkeiten, deren Legitimität auf ihrer Rolle in den revolutionären Kämpfen beruhte, die zum historischen Sieg von 1949 geführt hatten. Maos Stärke lag in seiner Fähigkeit, sie für sich zu gewinnen, bis die Einheit schließlich unter dem Druck wirtschaftlicher Krisen und sozialer Spannungen zerplatzte. Im Zuge der Fraktionskämpfe wurde zu Massenmobilisierungen aufgerufen, um interne Rechnungen zu begleichen, was die sprichwörtliche Büchse der Pandora öffnete. Alle Widersprüche innerhalb der chinesischen Gesellschaft der 1960er Jahre traten nun offen zutage.

Die Geschichte dieser historischen Krise ist äußerst komplex. Sie hat ihre Lichtseiten (die offene Kritik an einem bürokratisierten Regime durch weite Teile der Gesellschaft, eine neue Bewegungsfreiheit und das Erwachen der Jugend im ganzen Land), aber auch ihre mörderischen Schattenseiten (die massenhaften Verurteilungen angeblich bürgerlicher Konterrevolutionäre oder den übermäßigen Personenkult). Der Schock war so groß, dass die Partei auseinanderbrach. Mao war wie Goethes Zauberlehrling in Bedrängnis geraten. Schließlich musste er die Armee zu Hilfe rufen, um die Ordnung wiederherzustellen, auch gegen seine eigenen Roten Garden und seine Anhänger

in der Arbeiterklasse. Damit unterschrieb er das politische Todesurteil des ursprünglichen Maoismus. Die Kulturrevolution war der ultimative Ausdruck der Krise des Regimes. Die Niederschlagung der sozialen Bewegungen markierte mit der Machtübernahme der Viererbande³ den Abschluss einer bürokratischen Konterrevolution. So gesehen ist es nicht korrekt, den Zeitraum der Kulturrevolution (1966–1969), einer massiven und zeitlich klar definierten Krise, bis zum Jahr 1976, als die Viererbande gestürzt wurde, auszudehnen, was leider häufig der Fall ist.

Die KPCh hat in ihrer langen Geschichte zahlreiche mehr oder weniger undurchsichtige Fraktionskämpfe, paranoide Entgleisungen und diskrete Säuberungen erlebt, aber kann man sich vorstellen, dass Xi Jinping zur Beilegung von Konflikten innerhalb des Regimes auf die Mobilisierung der Massen setzt?

Die Analogie zwischen den aktuellen Säuberungen und den Fraktionskämpfen der 1960er Jahre ist umso weniger zutreffend, als sie in einem völlig anderen historischen Kontext stehen. Der Sieg von 1949 hatte einen doppelten Bruch eingeleitet: zum einen mit der imperialistischen Herrschaft, wodurch Unabhängigkeit und Einheit des Landes hergestellt wurden, und zum anderen mit der alten sozialen Ordnung (ein Bruch, der durch den Koreakrieg beschleunigt wurde, den das maoistische Regime zwar nicht gewollt hatte, für den es aber einen hohen Preis zahlte). Die alten herrschenden Klassen in den Städten und auf dem Land wurden beseitigt. Im Gegensatz dazu ist das heutige China eine imperialistische Großmacht. Sie hat einen festen Platz in der kapitalistischen Weltordnung und zählt zu ihren wichtigsten Akteuren. Die Berücksichtigung des historischen Kontexts ist eine wesentliche Voraussetzung zum Verständnis von Regimekrisen. Das gilt für das vormalige maoistische Regime ebenso wie für das aktuelle Regime unter Xi Jinping.

Der internationale „Große Sprung nach vorn“

Die Traumata der Kulturrevolution und die Herrschaft der Viererbande, die eher einer Karikatur glich, haben linke Ideologien in Misskredit gebracht und die politischen Voraussetzungen für eine bürgerliche Konterrevolution geschaffen. Dieser Prozess wurde weitgehend von Deng Xiaoping eingeleitet. Er gipfelte in der massiven Unterdrückung von 1989, die sich weder auf den Platz des Himmlischen Friedens und seine unmittelbare Umgebung in Peking noch auf die studierende Jugend beschränkte, sondern auch die Provinzen und unterschiedliche soziale Milieus erfasste und die unabhängigen Arbeiterorganisationen für

lange Zeit zerschlug. Die Wiedereingliederung Chinas in die internationale Ordnung wurde dann weitgehend von den Vorgängern Xi Jinpings, darunter Jiang Zemin und Hu Jintao, vorangetrieben.

Der Wandel, der China den „Großen Sprung nach vorn“ auf der Weltbühne ermöglichte, wurde größtenteils nicht von Xi Jinping vollzogen. Er wurde 2012 zum Partei- und Staatschef gewählt – und zwar nicht, weil er mächtig war, sondern weil er einen akzeptablen Kompromiss zwischen den maßgeblichen Fraktionen in der Führung der KPCh darstellte. Er wusste seine Position zu nutzen. So konnte er nach seiner Wiederwahl im Jahr 2017 Verfassungsänderungen durchsetzen, die es ihm unter anderem erlauben, so lange im Amt zu bleiben, wie er möchte. Man kann hier von einem echten politischen Regimewechsel sprechen. Allerdings hat Xi, obwohl er sich große Machtbefugnisse verschafft hat, nur wenig Rückhalt. Er ist kein neuer Mao, auch wenn er sich sehr darum bemüht, den Kult um seine Person zu pflegen. Die aktuelle Entwicklung in China ist alles andere als günstig für ihn.

Die soziale Krise und die Krise des Regimes

Die drastischen Auswirkungen der vor fünf Jahren ausgebrochenen Immobilienkrise sind nach wie vor spürbar. Sie gehen weit über die Verschuldung der Gemeinden und die wirtschaftliche Stagnation hinaus. In China ist es Tradition, einen Großteil der Ersparnisse für den Kauf einer Immobilie zu verwenden, um für die hohen Kosten im Alter vorzusorgen, da medizinische Leistungen nahezu unerschwinglich sind. Viele Haushalte haben in Immobilien investiert, deren Bau nie fertiggestellt wurde, bzw. Grundstücke oder Wohnungen gekauft, deren Wert eingebrochen ist. Sie stehen nun vor dem Nichts.

Ältere Leute aus einfachen Verhältnissen sind auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen, doch das Land steuert demografisch auf eine Überalterung zu. Das Bevölkerungswachstum ist rückläufig. Und es gibt zahlreiche Anzeichen für eine Krise des Regimes. Die chinesische „Generation Z“ weigert sich, den Anweisungen von Xi Jinping zu folgen (unermüdlich zu arbeiten, unverzüglich Kinder zu bekommen). Soziale Unruhen sind wieder im Steigen begriffen.

Was einem autoritären Regime – abgesehen von Vetternwirtschaft – den Zuspruch oder zumindest die stillschweigende Duldung der Bevölkerung verschafft, ist die Überzeugung, dass es wirtschaftlich auch für Privathaushalte aufwärts gehen wird. Doch die Elterngeneration glaubt nicht mehr daran, dass es ihre Kinder einmal besser

haben werden als sie selbst. Daher nimmt das Gefühl sozialer Unsicherheit zu. Zudem ist es in Folge der Korruption zu zahlreichen Skandalen gekommen (Einsturz von Gebäuden, Brände, kontaminierte Medikamente und Babymilch, vermeidbare Todesfälle von Kindern usw.), und die verheerenden Auswirkungen der Klimakrise sind mittlerweile nicht mehr zu übersehen. Dieser explosive Mix ist allerdings nicht nur in China zu beobachten. Auf internationaler Ebene verschärft er den präventiven und einseitigen Klassenkampf von oben, der bestehende Netzwerke der Solidarität zerstört und die Entstehung einer neuen Solidarität in Zeiten der „Polykrise“ im Keim erstickt. Auch die sogenannten „westlichen Demokratien“ gehen nicht gerade zimperlich mit ihren unteren Schichten und mit den Protestbewegungen um. Man denke bloß an die Kriminalisierung der Klimaaktivisten in Frankreich,⁴ die sich der größten Herausforderung unserer Zeit stellen.

Angesichts der Bedrohung durch die USA beschwört Xi Jinping im Namen des Patriotismus die nationale Einheit. Aber anders als zu Zeiten der Chinesischen Revolution handelt es sich heute nicht um einen antiimperialistischen Kampf, sondern um den Nationalismus einer Großmacht. Wäre es möglich, dass die Machthaber auf die interne Krise mit einem Krieg im Ausland reagieren? Das ist derzeit eher unwahrscheinlich. Es wäre kein leichtes Unterfangen. Die militärische Befehlskette ist durch die permanenten Säuberungen in einem schlechten Zustand. Die Armee ist von Korruption durchsetzt und verfügt über keine nennenswerte militärische Erfahrung. Daher steht eine Invasion Taiwans vermutlich nicht unmittelbar auf der Tagesordnung (obwohl man das bei Psychopathen wie Trump und Xi nie so genau sagen kann). Jedoch ist diese Option aufgrund des totalitären Charakters des chinesischen Regimes nicht grundsätzlich auszuschließen.

Ein Krieg in der Meerenge zwischen China und Taiwan würde nicht zuletzt die politischen und diplomatischen Erfolge Chinas auf internationaler Ebene aufs Spiel setzen. Aufgrund der Schwächung der NATO durch Washington nimmt China eine Schlüsselposition innerhalb der „Ablehnungsfront“ ein, zu der unter anderem auch Indien gehört, mit dem China nicht die besten Beziehungen hat. Die zahlreichen Besuche von Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer des „westlichen Blocks“ – aus Kanada, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Südkorea und demnächst aus Deutschland⁵ – weiß Xi Jinping zweifellos zu schätzen. Dennoch wird Peking keine leichtfertigen Zugeständnisse machen, denn angesichts einer Reihe von Überproduktionskrisen ist die

chinesische Wirtschaft zunehmend von ihren ausländischen Märkten abhängig. Das wird sich natürlich in Afrika deutlich bemerkbar machen, aber nicht nur dort.

6. Februar 2026

Übersetzung: E. F.

Pierre Rousset ist Leitungsmitglied der IV. Internationale und Mitglied der NPA-A in Frankreich.

1 Keine Verwandtschaft mit Zhang Youxia und Zhang Zhongxun.

2 Ich belasse viele Wörter im Maskulinum, da es sich um eine Welt handelt, in der Frauen kaum vertreten sind.

3 Namentlich Maos Gattin Jiang Qing, Zhang Chunqiao, Yao Wen Yuan und Wang Hongwen.

4 Und in anderen europäischen Staaten (Anm. d. Übers.).

5 Der deutsche Bundeskanzler Merz stattete China am 25. und 26. Februar 2026 einen Staatsbesuch ab – also nachdem dieser Beitrag verfasst wurde (Anm. d. Übers.).



EIN BLICK AUF DEN KRIEG ZWISCHEN PAKISTAN UND AFGHANISTAN

Mit zunehmender Intensität der Kampfhandlungen entlang der Grenze dieser beiden Länder und nachdem Pakistans Verteidigungsminister der afghanischen Taliban-Regierung den „offenen Krieg“ erklärt hat, gerät Islamabad langjährige Afghanistan-Politik unter zunehmenden Druck. Handelt es sich dabei lediglich um eine weitere Episode einer volatilen Grenzbeziehung oder ist es die Rechnung für eine seit Jahrzehnten andauernde Strategie der Militarisierung und Stellvertreterpolitik?

In diesem Gespräch mit *Alternative Viewpoint* versucht der pakistanische linke Aktivist, Akademiker und Journalist **Farooq Sulehria**, die Krise mit Hilfe einer strukturellen Betrachtungsweise zu erklären.

Alternative Viewpoint: Der pakistanische Verteidigungsminister hat dem afghanischen Taliban-Regime den „offenen Krieg“ erklärt. Ist diese Eskalation ein taktischer Bruch oder ist sie ein Zeichen dafür, dass Pakistans seit langer Zeit bestehende Afghanistan-Doktrin am Ende ist?

Farooq Sulehria: Es ist weder ein taktischer Bruch noch das Ende der Doktrin der strategischen Tiefe. Die Deklaration zeigt Islamabads wachsenden Frust ob eines andauernden Konflikts. Eine Kriegserklärung wird nicht einfach aus einer Laune heraus gemacht, so etwas wird gründlich vorbereitet. Erst nachdem alle anderen Möglichkeiten erschöpft waren, bezeichnete Pakistan genau dieses Taliban-Regime, dem das Land einst selbst zur Macht verholfen hat, als Feind. Ironischerweise hatte Verteidigungsminister Khawaja Asis persönlich seine Dankbarkeit ausgedrückt, als die Taliban die USA besiegten und die Kontrolle über Kabul zurückgewannen.

An die Stelle gelegentlicher Grenzscharmützel sind seit letztem Oktober direkte pakistanische Angriffe auf Kabul und andere Städte getreten. Katar, die Türkei und China hatten 65 Gesprächsrunden zwischen Kabul und Islamabad zustandegebracht – keine führte zu einer Lösung der TTP-Frage. In der Zwischenzeit hat die pakistanische Taliban-Bewegung (Tehrik-i-Taliban Pakistan, TTP) von ihren Zufluchtsorten in Afghanistan aus ihre Angriffe innerhalb Pakistans intensiviert. Im letzten Jahr wurden fast 1000 Terrorangriffe gemeldet, von denen die meisten der TTP zugeschrieben wurden.

Seit Oktober hat Pakistan seine Grenzen zu Afghanistan geschlossen und jeglichen Handel mit dem Land gestoppt. Als Binnenland ist Afghanistan in puncto Transithandel stark von Pakistan abhängig. Dazu gehören auch die Zugangswege nach Indien sowie der Import wichtiger Güter wie Weizen, Gemüse und Medikamente.

Gleichzeitig hat sich auch die nationalistische Kampf-bereitschaft in der pakistanischen Provinz Belutschistan verstärkt. Islamabad beschuldigt Indien, die dortige Separatistenbewegung zu unterstützen. Das Taliban-Regime seinerseits hat Verbindungen mit New Delhi aufgebaut, um so, sehr zum Ärger von Islamabad, dem pakistanischen Druck entgegenzutreten.

Jahrzehntlang rechtfertigte Pakistan die Gewährung sicherer Zufluchtsorte für die afghanischen Taliban mit der Doktrin der „strategischen Tiefe“. Die Idee dahinter war, dass, sollte es einmal zu einem Konflikt mit dem erheblich größeren Indien kommen, Afghanistan als „freundschaftlicher Hinterhof“ dienen könnte. Diese Logik bestimmt auch jetzt noch Islamabads Denkweise.

Das Konzept der strategischen Tiefe hat Islamabads Politik über Jahrzehnte hinweg beeinflusst. Ist diese Doktrin jetzt in sich zusammengebrochen, und falls das der Fall ist, was könnte ihren Platz einnehmen?

Im Gegenteil! Ein Zusammenbruch scheint nicht einmal in Sicht zu sein! Der etablierten Elite nahestehende Kommentatoren haben den Gedanken eines Regimewechsels in Kabul in Umlauf gebracht. Ob Islamabad einen solchen Kurs aktiv verfolgt, ist schwer zu beweisen, aber derartige Gedankenspiele sollten nicht ausgeschlossen werden. Historisch gesehen hat Pakistan die Möglichkeit von Putschversuchen und politischer Einflussnahme in Afghanistan durchaus in Erwägung gezogen.

Derartige Ideen mögen unrealistisch und sogar selbstzerstörerisch sein, aber sie zeigen, mit welcher Hartnäckigkeit, um nicht zu sagen Besessenheit, sich die Idee der strategischen Tiefe hält. Die aktuelle Eskalation zeigt, wie verzweifelt Islamabad versucht, ein Taliban-Regime zu zügeln, das sich nicht mehr wie ein willfähriger Stellvertreter verhält.

Nach Darstellung Islamabads bilden die TTP-Zufluchtsorte in Afghanistan das Zentrum der Krise. Bis zu welchem Grad ist dieser Konflikt das Ergebnis von Pakistans historischem Engagement in Stellvertreterkriegen und seiner Unterstützung militanter Gruppen?

Es ist ein klassischer Fall von „Frankensteins Monster“ oder auch „dem Zauberlehrling“. Pakistan war schon seit langer Zeit sowohl Ursprungsort als auch Brutstätte von islamistischem Fundamentalismus. Seit dem sogenannten „afghanischen Dschihad“, von Kritikern auch

verächtlich „Dollar-Dschihad“ genannt, unterstützte der Staat etwas, das nur als Dschihad-Industrie beschrieben werden kann.

Zu Beginn war diese Infrastruktur gegen die sowjetische Besatzung von Afghanistan gerichtet, später wurde sie gegen Indien genutzt. Die Einteilung in „gute Taliban“ und „schlechte Taliban“ zeigt ja schon, dass die zugrundeliegende politische Logik immer noch intakt ist.

Wie sollte man dann aber die Verantwortlichkeit des Taliban-Regimes beurteilen? Hat Kabul dabei aus ideologischen oder strategischen Gründen versagt - oder sich geweigert -, die grenzüberschreitende Militanz einzudämmen?

Das afghanische Regime hat augenscheinlich wenig getan, um die TTP einzuhegen. Es gibt Stimmen, die behaupten, dass das Regime über nicht genügend Macht verfügt, um diese Gruppe wirklich im Zaum zu halten. Dabei spielen ideologische Affinitäten, praktische Zwänge und geopolitisches Kalkül eine Rolle. Die Taliban haben die TTP-Karte auch strategisch eingesetzt, indem sie zum Beispiel die Möglichkeit einer Autonomie von Pakistan signalisierten oder Verbindungen mit anderen regionalen Akteuren, einschließlich Indien, pflegten.

Sollte man die aktuelle Konfrontation vor allem als Aufeinanderprallen zweier von Sicherheitsbedenken getriebenen und von Jahrzehnten des Konflikts beeinflussten Regimen betrachten oder das Ganze lediglich als ganz einfachen Fall von Aggression und Vergeltung sehen?

Es ist ein Aufeinanderprallen von Barbarei beider Seiten. Keine Seite kann für sich moralische Überlegenheit beanspruchen. Das Taliban-Regime hat ein Machtumfeld aufgebaut, das in einer Apartheid der Geschlechter gipfelt und durch Angst und Einschüchterung herrscht. Seine soziale Basis ist eingeschränkt und verlässt sich stark auf extremistische religiöse Kreise.

Gleichzeitig regiert Pakistans militärisches Establishment durch eine weithin akzeptierte Weltsicht und stellt jedes Problem als Sache von nationaler Sicherheit dar. Die Möglichkeiten für Diplomatie werden kleiner, wenn beide Regime Zwang über Politik stellen.

In diesem tragischen Szenario zahlt die zivile Bevölkerung den Preis. Afghanen haben seit 1979 die Hölle erlebt. Menschen in Pakistan, besonders in Khyber Paschtunhwa, haben seit dem 11. September 2001 schrecklich gelitten; sie waren gefangen zwischen der

Gewalt der Taliban, Militäroperationen des Staates und immer weitere Kreise ziehenden Konfessionskonflikten. Die imperialen Interventionen des Westens, vom Kalten Krieg bis zum Krieg gegen den Terror, bildeten dann zwar das Fundament für diese Katastrophe, aber durch regionale Akteure wurde sie seither noch weiter verschlimmert.

Seit ihrer Rückkehr an die Macht im Jahr 2021 haben die Taliban mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, diplomatischer Isolation und internen Spannungen zwischen den diversen Fraktionen zu kämpfen. Wie beeinflussen diese Probleme ihre Haltung gegenüber Pakistan?

Kurz nachdem die Taliban ihre Kontrolle gefestigt hatten, signalisierten sie eine deutliche Distanz zu Pakistan. Sie erkannten, dass es Islamabad an wirtschaftlichem und diplomatischem Gewicht fehlt, um ihrem Regime Legitimität zu garantieren. Stattdessen knüpften sie Verbindungen mit China, Russland, der Türkei, den Golf-Staaten und – zu Pakistans Ärger – mit Indien.

Antipakistanische Rhetorik von offiziellen Vertretern der Taliban kommt zudem bei der Bevölkerung gut an, da Pakistan bei den Menschen dort zutiefst unbeliebt ist. Solche Aussagen helfen den Taliban, intern ihre Legitimität zu festigen.

Wie sollte man das Taliban-Regime heutzutage aus einem linken Blickwinkel charakterisieren?

Es gibt da bei einigen Leuten eine Tendenz, die Taliban als Islamo-Nationalisten darzustellen. In Tariq Alis Buch „The Forty-Year War in Afghanistan“ (Der vierzigjährige Krieg in Afghanistan) findet sich genau diese Interpretation. Ich bin damit nicht einverstanden. Die Taliban verkörpern eine der extremsten Formen von islamischem Fundamentalismus.

Nationalismus betont Sprache, Kultur und gemeinsame geschichtliche Identität. Der islamistische Fundamentalismus hingegen ordnet solche Kategorien einer transnationalen religiösen, von der Scharia bestimmten Ordnung unter. Kultur wird oft als „Unreinheit“ abgelehnt, Musik und Tanz gelten als Sünde.

Die Taliban wurden sogar schon als Erscheinungsform des Klassenkampfes dargestellt. Diese Fehlinterpretationen waren frühe Zeichen des Campismus nach den Vorgängen vom 11. September, indem die Opposition gegenüber westlichem Imperialismus einige Leute dazu verführte, reaktionäre Kräfte zu romantisieren.

Die Taliban behaupten, sie verteidigten die Souveränität Afghanistans. Wie kann man diese Behauptung kritisch bewerten?

Pakistan bezeichnet TTP-Zufluchtsorte als Verletzung der Souveränität, die Taliban bezeichnen Luftschläge als Verletzung der Souveränität. Jede Seite beruft sich auf Legalität, wann immer das für sie gerade opportun ist. Es ist ein Aufeinanderprallen von Barbarei beider Seiten.

Man mag zwar mit Frankenstein oder mit seinem Monster sympathisieren, das Ergebnis ist aber immer Verwüstung. Die wahren Opfer sind die Zivilist:innen auf beiden Seiten der Durand-Linie.

Regionale Mächte – China, Iran, Russland und die Golf-Staaten – haben sehr schnell nach Deeskalation gerufen. Was zeigt diese Episode bezüglich der Brüchigkeit der regionalen Ordnung im Umkreis auf?

Wenige Tage nach Pakistans Kriegserklärung erfolgte der US-Israelische Angriff auf den Iran und die sich daraus ergebende Situation überschattete den pakistanisch-afghanischen Konflikt. Dieser Konflikt ist nicht einfach nur regional, sondern verdeutlicht auch die wachsende Anzahl nationalstaatlicher Kriege. Die Vereinten Nationen haben immer mehr an Gewicht verloren. Ganz gleich wie verlogen und problematisch die liberale Ordnung weltweit auch war – die trumpistische Alternative hat sich als noch gefährlicher erwiesen. Trump hat im übrigen den pakistanischen Angriff auf Afghanistan gelobt.

Beide Länder sehen sich vor schwere Wirtschaftskrisen gestellt. Was bedeutet die militärische Eskalation für die Klassenrealität?

Wie immer wird die arbeitende Klasse die Last tragen müssen – durch Vertreibung, Arbeitslosigkeit, Militarisierung und immer größer werdender Verknappung. Der ständige Konflikt in Westasien wird ihre Leiden noch verschärfen.

Welches Prinzip sollte die Linke in einem Konflikt zwischen einem militarisierten postkolonialen Staat und einem theokratischen Regime verfolgen? Wie kann sie sich sowohl gegen Militarismus als auch gegen religiösen Autoritarismus platzieren, ohne in geopolitischen Campismus abzugleiten?

Pakistan kann die Taliban nicht besiegen, ohne eine echte säkulare Richtung einzuschlagen. Das ist grundlegend.

Das Taliban-Regime sollte nicht anerkannt werden und Solidarität muss die afghanische Bevölkerung mit einschließen, vor allem und gerade mit den Frauen dort, die von einer institutionalisierten Apartheid betroffen sind..

Die Linke darf sich weder auf die Seite von Islamabad noch auf die von Kabul schlagen. Wir sind gegen den Krieg und fordern Gerechtigkeit, Demokratie und Verantwortlichkeit. Wir müssen sowohl die Taliban als auch deren regionale oder imperiale Unterstützer für Kriegsverbrechen zur Verantwortung ziehen.

Es ist verstörend zu sehen, dass sogar einige sich selbst als Linke bezeichnende Personen eine militärische Eskalation unterstützen, mit der angeblich dem Fundamentalismus entgegengetreten werden soll. Es ist ein Spiegelbild dessen, was ich als „internen Orientalismus“ bezeichne, also als übersteigerten Fanatismus, der den Konflikt als zivilisatorischen Kampf darstellen will.

Entsteht durch diese Krise vielleicht eine Möglichkeit, die Sicherheitspolitik der ganzen Region zu überdenken, und gibt es heute eine realistische Chance für grenzübergreifend zunehmende Solidarität zwischen den zivilen Kräften Pakistans und Afghanistans?

Wir sollten uns hier nicht auf afghanisch-pakistanische Solidarität beschränken, denn wir brauchen ein größeres Projekt, das ganz Südasien umfasst. Innerhalb Afghanistans ist die Zivilgesellschaft schweren Repressionen ausgesetzt, daher ist die Entwicklung von Netzwerken in der Diaspora überlebenswichtig. Auch in Pakistan sind progressive Stimmen marginalisiert.

Ein solches Projekt ist daher dringend notwendig. Unsere Zeitung *Daily Jeddoh* (Kampf) wird bescheidene erste Schritte in diese Richtung unternehmen. Nur durch den Aufbau regionaler Solidarität können wir uns sowohl Militarismus als auch Fundamentalismus entgegenstemmen.

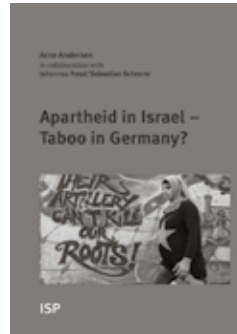
7. März 2026

Quelle: Alternative Viewpoint

Übersetzung: A. H.



NEW from ISP



Arne Andersen
in contribution with Johannes Feest/
Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Taboo in Germany?

e-book, English, PDF
Original edition, 466 p., 20,00 €
3rd, updated edition September
2025, ISBN 978-3-89900-162-4

The authors lay the groundwork for understanding the debates in Germany about Jewish life, Israel and Palestine.

The Israeli-Palestinian conflict is presented in all complexity from its origins to the current war in Gaza. Numerous photos, diagrams and tables facilitate access to the topic.

Individual chapters can be accessed by clicking on the table of content.

Neuer ISP Verlag GmbH

phone: +49 721 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

KI: DAS VERMÄCHTNIS EINER BLASE

In den letzten Jahren hat die prognostizierte „KI-Revolution“ zu einem starken Anstieg der Investitionen in US-amerikanische Technologieunternehmen geführt. Der KI-Boom schien von langer Dauer zu sein. Da jedoch einzelne Akteure und bestimmte Bereiche der IT-Branche zu „schwächeln“ beginnen, wächst die Sorge, dass die Gewinne möglicherweise nicht ausreichend sind, um den positiven Trend im gesamten System fortzusetzen.

■ **Cédric Durand**

Der Börsenwert von KI-Unternehmen hat sich im letzten Jahrzehnt verzehnfacht. Wie John Lanchester¹ kürzlich feststellte, sind die zehn größten Unternehmen der Welt mit Ausnahme von einem einzigen an den zukünftigen Wert der künstlichen Intelligenz gebunden. Bis auf ein Unternehmen befinden sich alle in US-amerikanischer Hand, und ihr Gesamtwert macht weit mehr als die Hälfte der US-amerikanischen Wirtschaftsleistung aus.

In den letzten Jahren hat die erwartete „KI-Revolution“ zu einem starken Anstieg der Investitionen in US-amerikanische Technologieunternehmen geführt. Die Aussicht auf einen radikalen Durchbruch bei der posthumanen Intelligenz und auf sagenhafte Produktivitätssteigerungen haben den Raubtierinstinkt der Investoren geweckt, sodass, wie es Ruchir Sharma von der Financial Times ausdrückte, „ganz Amerika auf KI setzt“. Die Investitionen in dieser Branche sind so hoch, dass sie 2025 der wichtigste Motor des US-Wachstums waren. Das Training und der Betrieb von KI-Modellen erfordern eine gigantische Infrastruktur, bestehend aus Rechenzentren, Computerhardware, Kühlsystemen, Netzwerkkomponenten, Stromnetzanschlüssen und Stromversorgung. Um die bis 2030 prognostizierte Nachfrage zu decken, werden die Technologieunternehmen unglaubliche fünf Billionen

US-Dollar in diese kostspielige Infrastruktur investieren, die größtenteils in den USA angesiedelt ist.

Das Problem ist, dass ihre Rechnung nicht aufgeht. Um ihren enormen Finanzbedarf zu decken, ist die IT-Branche von einem Modell der Cashflow- und Eigenkapitalfinanzierung zu einem Modell der Fremdkapitalfinanzierung übergegangen. Im Prinzip könnte die Abhängigkeit von Fremdkapital einfach wachsende Gewinnchancen und einen künftig erwarteten Aufschwung abbilden. Die immer komplexeren Finanztransaktionen deuten jedoch auf etwas anderes hin. Ein Großteil des Hypes wird durch Finanzkreisläufe befeuert, in denen Anbieter in ihre Kunden investieren und umgekehrt. OpenAI ist dafür ein Paradebeispiel. Nvidia, sein wichtigster Chip-Lieferant und das wertvollste Unternehmen der Welt, plant, 100 Milliarden US-Dollar in OpenAI zu investieren, um damit die Nachfrage nach seinen eigenen Produkten zu finanzieren. OpenAI wiederum gibt fast das Doppelte seines Umsatzes für die Azure-Cloud-Plattform von Microsoft aus, welche die für den Betrieb seiner Dienste erforderliche Rechenleistung bereitstellt. So bereichert das Unternehmen seinen wichtigsten „stillen Teilhaber“, während es gleichzeitig Schulden anhäuft.

Zahlreiche kreative Finanzierungsmodelle sind im Umlauf, etwa das Vorhaben von Meta, ein gigantisches Rechenzentrum in Louisiana zu errichten. Diese 30-Milliarden-Dollar-Anlage soll von Beignet Investor LLC betrieben werden, einem Joint Venture von Meta und einer Private-Equity-Gesellschaft namens Blue Owl. Allerdings werden weder Meta noch die Kunden von Blue Owl für den Großteil der Finanzierung aufkommen, denn das Geld stammt von einem Pool von Anleihegläubigern. Im Wesentlichen verpflichtet sich Meta dazu, die Anlage langfristig zu leasen. Wie FT Alphaville² feststellt, „ermöglicht diese clevere Struktur Beignet, von Metas Kreditwürdigkeit zu profitieren, während die Bonität von Meta wie von Zauberhand von den finanziellen Verbindlichkeiten der langfristigen Leasinggarantie unberührt bleibt“.

Hinter dieser ausgeklügelten Finanzkonstruktion verbirgt sich die Tatsache, dass Meta beabsichtigt, rund 1 % seiner Bilanzsumme für den Bau des Rechenzentrums aufzuwenden, und zwar aus folgendem Grund: Allen Beteuerungen gegenüber den Anleiheinvestoren zum Trotz möchte sich das Unternehmen absichern, falls das Zeitalter der unerschöpflichen Superintelligenz nicht wie versprochen eintreten sollte. Der Rechenzentrumsdeal von Meta ist symptomatisch für die aktuelle Marktlage, die ein Finanzanalyst als „das Zusammentreffen eines massiven Kapitalbedarfs, der geringeren Risikobereitschaft der Emittenten und der verfügbaren Liquidität“ beschreibt. Unter diesen Umständen besteht die Aufgabe von Investmentbankern darin, die Kreditgeber davon zu überzeugen, auch solche Risiken einzugehen, die sie eigentlich nicht durchschau- en. „Wir haben diese Geschichte schon unzählige Male erlebt“, warnt der Analyst, insbesondere im Vorfeld der Finanzkrise von 2008.

Betrachtet man ausschließlich die soliden Bilanzen der großen Hyperscaler³ Amazon, Meta, Microsoft oder Alphabet, scheint der KI-Boom anzuhalten. Da sich jedoch bei schwächeren Akteuren wie Oracle und in bestimmten Bereichen der KI-Entwicklungsbranche Schwächen zeigen, wächst die Sorge, dass die Gewinne möglicherweise nicht ausreichend sind, um den positiven Trend in der gesamten Branche fortzusetzen. Der Ansturm auf die KI war eine Folge des jahrelangen Börsenbooms in den USA und eines jahrzehntelangen Superzyklus von fiktivem Kapital mit seinen eigenen Schwachstellen. Das ist der Grund für die wachsende Besorgnis, die sich in der bürokratischen Sprache der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) folgendermaßen ausdrückt: „Sollte ein Rückgang der KI-Investitionen mit einer deutlichen Börsenkorrektur einherge-

hen, könnten die negativen Auswirkungen gravierender sein als bei früheren Booms. Investoren haben vorzugsweise auf US-Aktien gesetzt, um in KI-Unternehmen zu investieren, aber die versteckte Hebelwirkung könnte sich negativ auf den Kreditmarkt auswirken.“

Daten aus einzelnen Feldstudien deuten darauf hin, dass sich die Produktivität bei Aufgaben wie dem Verfassen von Texten, der Programmierung und der Kundenbetreuung in Callcentern deutlich steigern lässt. Anfangs kommt es zwar zu gewissen Verzögerungen, da die Unternehmen die Kosten für das Training der Programme und die Einschulung in den Umgang mit der KI selbst tragen müssen, aber langfristig profitieren alle, die mit KI arbeiten. Da erwartet wird, dass sich die Technologie allgemein durchsetzen und zu einem Innovationsschub in Forschung und Entwicklung führen wird, sind die Hoffnungen auf wirtschaftliche Vorteile groß. Sollte die künstliche Intelligenz die Produktivität wie versprochen steigern, werden die Nutzer auch deutlich höhere Preise für den Zugang zur KI in Kauf nehmen. Laut JP Morgan⁴ würden KI-Anbieter angesichts der geplanten Investitionen „rund 650 Milliarden US-Dollar an jährlichen Dauerumsätzen benötigen“, um eine Rendite von 10 % zu erzielen, „eine überraschend hohe Summe“. Das entspricht etwa 35 US-Dollar pro Monat für jeden der 1,5 Milliarden aktiven iPhone-Nutzer oder 0,55 % des weltweiten BIP. Derzeit werden die Preise künstlich niedrig gehalten, da KI-Unternehmen die tatsächlichen Kosten verschweigen, um ihre Kunden zu binden. Sollten sich Effizienzgewinne realisieren, wird es keine Probleme geben, denn florierende Unternehmen werden über ausreichend Ressourcen verfügen, um ihre Kosten zu decken. Selbst vorsichtige KI-Investoren könnten immer noch hohe Gewinne erzielen. Wenn die KI in einigen Jahren so weit in die Arbeitsprozesse eingedrungen ist, dass die Ausstiegskosten unerschwinglich werden, werden die Kunden keine Wahl mehr haben und unweigerlich zahlen müssen. Die ganze Welt wird KI-süchtig sein, und die Technologieunternehmen werden saftige Gewinne einfahren.

An dieser Strategie der Technologiegiganten kann es keine Zweifel geben. Selbst eine Reihe von Fehlschlägen im Bereich der KI wird die Unternehmen nicht von diesem Kurs abbringen. Die Geschichte des Kapitalismus ist geprägt von Krisenphasen, die von spektakulären Konsolidierungsphasen abgelöst werden. Mitunter könnten die großen Technologieunternehmen von den Umbrüchen in der Branche sogar profitieren. Angesichts des enormen politischen Einflusses der Silicon-Valley-Milliardäre auf die US-Regierung ist nicht auszuschließen, dass sie mit

allen Mitteln um die notwendige politische Unterstützung kämpfen werden, um ihre Ziele zu verwirklichen. Gegebenenfalls ließe sich das „Fortschrittsargument“ mit einem geopolitischen Argument ergänzen, indem man den Sieg im KI-Wettlauf gegen China als existenzielle Herausforderung für das Land darstellt und lukrative Militäraufträge in Aussicht stellt.

Doch der Gegenwind wird immer stärker. Nach der Einführung von ChatGPT am 30. November 2022 hat sich die Nutzung der KI allgemein durchgesetzt, und die Bewertungen der KI-Unternehmen sind in die Höhe geschossen. Allerdings ist der tatsächliche Einsatz von KI trotz des Medienhypes hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Von einem rasanten Aufschwung in der Arbeitswelt kann keine Rede sein. Das Tempo könnte sich sogar verlangsamen, da nur ein kleiner Teil der Belegschaft betroffen ist. Aktuelle Daten deuten darauf hin, dass der Einsatz von KI nicht zu unmittelbaren Produktivitätssteigerungen führt. Kurz gesagt: Die Automatisierung schreitet zwar voran, aber es gibt keine Anzeichen dafür, dass die bevorstehende „KI-Revolution“ tatsächlich die erhofften wirtschaftlichen Supergewinne bringen wird.

Wie radikale Kritiker nur zu gut wissen und wie Daron Acemoğlu⁵ und Simon Johnson⁶ schlüssig erklären, gibt es keine effizienzgetriebene kapitalistische Entwicklung. Technologische Verbesserungen sind ein makroökonomisches Phänomen, das von institutionellen Rahmenbedingungen abhängt. Wenn sich Investoren aufgrund der Marktstruktur keine unmittelbaren Profite erwarten, könnten sich sogar leistungsstarke Technologien als unrentabel erweisen und ungenutzt bleiben. Und im Fall von Massenentlassungen würden breite Teile der arbeitenden Bevölkerung verarmen. Aber die größte unmittelbare Gefahr im Zusammenhang mit der KI ist vermutlich eine grassierende Demoralisierung der Arbeitskräfte. Studien legen nahe, dass der intensive Einsatz von KI demotivierend und dequalifizierend wirkt und Langeweile und Mittelmäßigkeit fördert. Es könnte sogar zu einer umgekehrten „J-Kurve der Produktivität“ kommen: Kurzfristige Produktivitätsgewinne würden schnell von einem Rückgang der Arbeitsqualität wettgemacht.

Ein weiteres Problem liegt in der quasi religiösen Fixierung der Tech-Giganten auf KI, die zudem von Führungskräften aus der Privatwirtschaft und von euphorischen Märkten angeheizt wird. Aber konkurrenzbedingte Doppelgleisigkeiten führen zur Vergeudung von materiellen und menschlichen Ressourcen. Hier ist der Unterschied zwischen dem US-amerikanischen und dem

chinesischen Umgang mit der KI aufschlussreich. Kapitalistische Volkswirtschaften stehen vor einem gravierenden Koordinationsproblem, wie Michael Roberts⁷ betont: *„China hat, um die Wirtschaft anzukurbeln, einen zentralen Plan zur Erreichung technologischer Ziele“*, aber *„in den großen kapitalistischen Volkswirtschaften liegt die gesamte KI-Strategie in den Händen privater KI-Hyperscaler und der sieben größten Tech-Medienkonzerne, für die nicht der technologische Fortschritt, sondern der Profit zählt“*.

Sollten die finanziellen Schwierigkeiten der IT-Branche langfristig zunehmen, stellt sich die Frage, ob sich die praktischen Auswirkungen des aktuellen Booms mit denen früherer Spekulationsblasen überhaupt vergleichen lassen. Tatsächlich machen Bau und Infrastruktur nur einen geringen Teil der Ausgaben für den Aufbau von Rechenzentrumskapazitäten aus; fast drei Viertel der Investitionen entfallen auf Computerhardware, vor allem auf moderne Chips (Grafikprozessoren). Anders als die Glasfaserkabel der Dotcom-Ära oder die Eisenbahnen des 19. Jahrhunderts müssen KI-Chips häufig ausgetauscht werden, da ihre Leistung schnell nachlässt und sich die Technologie laufend verbessert. Sollten Investitionen aus Rentabilitätsgründen plötzlich ausbleiben, wäre ein Rückgang der vorhandenen KI im Vergleich zu ihrer derzeitigen Verbreitung durchaus vorstellbar. Zumindest theoretisch käme es dann zu einem Nachlassen des KI-Booms. Die für herkömmliche KI-Anfragen erforderliche Rechenleistung könnte sogar zurückgefahren werden, wenn Investitionskürzungen stärker ins Gewicht fallen als allfällige Kosteneinsparungen durch verbesserte KI-Prozesse.

Das Problem der extrem kurzen Nutzungsdauer hat gravierende finanzielle Folgen. Kredite für Rechenzentren *„sind fast immer nicht tilgbare Kredite: Die Rückzahlungen dienen nicht dazu, den ausstehenden Betrag zu reduzieren. Es handelt sich vielmehr um eine unbefristete Finanzierung für einen vermeintlich unbefristeten Vermögenswert. Man geht davon aus, dass am Ende der Kreditlaufzeit – in der Regel fünf bis sieben Jahre – der gesamte Restbetrag refinanziert wird.“* Doch wenn die Chips nach fünf Jahren praktisch wertlos sind, wer soll dann einen Vermögenswert refinanzieren, dessen wichtigste Komponente bereits vollständig abgeschlossen ist?

Ganz zu schweigen von der ökologischen Belastung durch den steigenden Bedarf an Land, Energie und Wasser für den Betrieb von Rechenzentren. Von einem nachhaltigen KI-Boom kann also nicht die Rede sein. In diesem Zusammenhang dient die ideologische Funktion der Weltraumrhetorik der Tech-Giganten dazu, der Fantasie

einer grenzenlosen digitalen Zukunft Glaubwürdigkeit zu verleihen. Wie das Suncatcher-Projekt von Google erklärt, „wird der Bedarf an Rechenleistung für die KI – und an Energie – weiter steigen“, aber „in der richtigen Umlaufbahn kann ein Solarpanel bis zu achtmal produktiver sein als auf der Erde und praktisch unaufhörlich Energie erzeugen, sodass deutlich weniger Batterien benötigt werden.“ Folglich „könnte der Weltraum in Zukunft der beste Standort für den Ausbau der KI-Rechenleistung sein“.

Auf der Erde wiederum führt die wachsende Nachfrage nach billiger Energie und Seltenen Erden zu einem Imperialismus alter Schule. Die neue US-Sicherheitsdoktrin macht deutlich, dass „eine Hemisphäre [...], die funktionierende kritische Lieferketten garantiert“, in ihrem Sinn ist. Die Beschlagnahmung des venezolanischen Öls durch die Regierung Trump und die expansionistischen Ansprüche auf Grönland wegen der von den Tech-Milliardären begehrten kritischen Rohstoffe zeigen, wie ernst die Lage ist. Sollte die KI den Erwartungen auf längere Sicht nicht entsprechen, könnte es durchaus zu weiteren imperialistischen Abenteuern kommen. Dann würde das digitale Streben nach (ohnehin) illusorischen Effizienzgewinnen einem räuberischen Wettlauf um Kostensenkungen weichen – in einer neuen Ära, die David Harvey⁸ treffend als „*Akkumulation durch Enteignung*“ bezeichnet hat.

4. Februar 2026

Quelle: <https://inprecor.fr/apres-lia-les-heritages-dune-bulle>

Übersetzung aus dem Französischen: E. F.

1 Britischer Autor, der neben Romanen und Kurzgeschichten auch zwei Sachbücher zum Finanzsystem verfasst hat.

2 FT Alphaville ist ein täglicher Nachrichten- und Kommentardienst für Finanzmarktprofis, der von der Financial Times im Oktober 2006 ins Leben gerufen wurde.

3 Führende Public-Cloud-Anbieter.

4 JPMorgan Chase & Co. ist ein führendes globales Finanzdienstleistungsunternehmen und die größte Bank der USA.

5 Türkisch-amerikanischer Ökonom, der seit 1993 am Massachusetts Institute of Technology lehrt.

6 US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, 2007/08 Chefökonom des IWF.

7 Marxistischer Ökonom.

8 US-amerikanisch-britischer Geograph.



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

„WENIGER UND BESSER ARBEITEN; EIN GUTES LEBEN FÜHREN“

In Heft 2/2026 der *internationale* haben wir mit einer Serie von Artikeln begonnen, die sich jeweils mit einem Abschnitt aus Kapitel 4 des *Manifest für eine ökosozialistische Revolution* der Vierten Internationale beschäftigen. Hier nun ein Beitrag zu Abschnitt 4.15, in dem es um das „gute Leben“ geht.

■ **Johann-Friedrich Anders**

Für die große Mehrheit der arbeitenden Menschen ist die Arbeit seit dem 19. Jahrhundert eine Last, die sie nur notgedrungen verrichtet.

Arbeit als Last

Und das trotz aller von der Arbeiter:innenbewegung und von den Gewerkschaften erkämpften Verbesserungen – Verkürzungen der Arbeitszeit und Verbesserungen der Arbeitssituation – bis heute: „Die Lustlosigkeit der ‚Arbeit‘ gegenüber nimmt in allen Ländern und in der gesamten Erwerbsbevölkerung zu, so quälend andererseits die Sorge um einen Broterwerb oder die Furcht, die Stelle, die man hat, zu verlieren, auch werden.“ (André Gorz: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt/Main, 2000, S. 90)

Wie die Arbeitssituation für die Mehrheit der Arbeitenden in einer kapitalistischen Gesellschaft aussieht, das hat bereits 1844 der junge Karl Marx in seinen „Ökonomisch philosophischen Manuskripten“ dargestellt. Marx charakterisiert hier die Arbeit im Kapitalismus als „entfremdet“ bzw. als „entäußert“. Diese Entfremdung bzw. Entäußerung (zwei von Marx abwechselnd gebrauchte Begriffe) der Arbeit im Kapitalismus besteht laut dem jungen Marx darin:

„Erstens, daß die Arbeit dem Arbeiter *äußerlich* ist, d.h. nicht zu seinem Wesen gehört, daß er sich daher in seiner Arbeit nicht bejaht, sondern verneint, nicht wohl, sondern unglücklich fühlt, keine freie physische und geistige Energie entwickelt, sondern seine Physis abkasteit und seinen Geist ruiniert. Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Haus. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, *Zwangsarbeit*. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein *Mittel*, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, daß, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird. Die äußerliche Arbeit, die Arbeit, in welcher der Mensch sich entäußert, ist eine Arbeit der Selbstaufopferung, der Kasteiung. Endlich erscheint die Äußerlichkeit der Arbeit für den Arbeiter darin, daß sie nicht sein eigen, sondern eines andern ist, daß sie ihm nicht gehört, daß er in ihr nicht sich selbst, sondern einem andern angehört. ... Sie gehört einem andren, sie ist der Verlust seiner selbst.“ (MEW 40, S. 514)

Diese Charakterisierung der Lohnarbeit im Kapitalismus bleibt für Marx und den Marxismus gültig; Marx

befreite sie nur zunehmend von der philosophischen Terminologie, in der er sie 1844 formuliert hatte (siehe z. B. seinen Vortrag von 1847: „Lohnarbeit und Kapital“, MEW 6, S. 400/1).

Die marxistische Utopie

Seit dem 19. Jahrhundert kämpft die Arbeiter:innenbewegung gegen die kapitalistische Lohnsklaverei und für die Abschaffung der Lohnabhängigkeit und die Selbstbestimmung der Gesellschaft durch die frei assoziierten Arbeiter:innen. Doch diese Forderungen waren im 19. Jahrhundert anscheinend noch eine unrealisierbare Utopie, was sie heute kaum mehr sein dürften.

Marx' und Engels' Formulierungen über die zukünftige Entwicklung

Formulierungen dieser Utopie finden sich auch bei Marx und Engels. So schrieb Marx in den 1860er Jahren (erstmalig 1894 erschienen in *Das Kapital*, Band III):

„Der wirkliche Reichtum der Gesellschaft und die Möglichkeit beständiger Erweiterung ihres Reproduktionsprozesses hängt (...) nicht ab von der Länge der Mehrarbeit, sondern von ihrer Produktivität und von den mehr oder minder reichhaltigen Produktionsbedingungen, worin sie sich vollzieht. Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann.

Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung.“ (MEW 25, S. 828)

Und bereits lange vor dieser grundlegenden Analyse schrieben Marx und Engels in „Die deutschen Ideologie“ von 1845/46 über die kommunistische Gesellschaft, dass in ihr „Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (MEW 3, S. 33)

Diese marxistische Zukunftsvision kommentieren Oliver Besancenot und Michael Löwy in ihrem Buch „Das Reich der Freiheit beginnt mit der Verkürzung des Arbeitstages“ (Kassel, 2024) folgendermaßen: Zukünftig werden zwei verschiedene Arten von Freiheit möglich. Im Reich der Notwendigkeit bleibt die Arbeit „eine von der Not aufgezwungene Tätigkeit zur Befriedigung materieller Bedürfnisse der Gesellschaft.“ (S. 20/21). Aber die Gesellschaft „wird frei und demokratisch über die Prioritäten in Produktion und Konsum, über die notwendige, von jedem Menschen geforderte Arbeitszeit und über die Dringlichkeit der zu befriedigenden Bedürfnisse entscheiden können – und all dies unter Berücksichtigung ökologischer Gleichgewichte.“ (S.19/20)

Freiheit bedeutet hier – so Besancenot und Löwy – „Emanzipation von der blinden Macht wirtschaftlicher Kräfte: des kapitalistischen Marktes, der Akkumulation des Kapitals, des Fetischismus der Ware.“ (S. 17/18)

Zur zweiten Freiheit – jenseits der Arbeit – schreiben Besancenot und Löwy: Dies Reich der Freiheit „beginnt an dem Augenblick des Tages, an dem die notwendige Arbeit endet. Die Verkürzung des Arbeitstages ist also die grundlegende Bedingung der wahren menschlichen Freiheit, der freien Zeit, in der die Menschen all ihre Potenziale durch Tätigkeiten entfalten werden können, deren einziger Zweck die menschliche Selbstverwirklichung ist.“ (S. 22)

Genauer über die marxistische Zukunftsvision enthalten die folgenden drei Texte: Zum einen Jakob Schäfers „Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus“, die 2023 unter dem Titel: „Melopolis '48 – eine Reportage“ in Wien erschienen ist; zum anderen Ernest Mandels Aufsatz: „Der dritte Weg“, erschienen in den „Ost-West-Gegeninformationen“, Hg.: Alternativ-sozialistisches Osteuropakomitee Graz, 3. Jg.,

Nr. 3–4, 1991, S. 21–28; und schließlich „Die „Thesen des XII. Weltkongresses der IV. Internationale über sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“, die 1985 unter dem Titel: „Für Räte-demokratie und Arbeiterselbstverwaltung“ in Frankfurt am Main erschienen sind.

Zwei Einwände gegen die marxistische Utopie:

Zunächst zur *These der unaufhebbaren Knappheit der Ressourcen*: Diese Behauptung bezweifelt bzw. verneint die Möglichkeit einer hinreichenden Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung. Doch schon ein kurzer, flüchtiger Blick in die einschlägige Literatur zeigt, dieser Zweifel ist unbegründet. So heißt es z. B. in der Broschüre „Zehn Le-genden um den Hunger in der Welt – ‚Food First‘ Comic“ (herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg i. Br. 1982):

„Auf unserem Planeten ist genug Nahrung für alle vorhanden; nicht Mangel an Nahrung ist die Ursache des Hungers, sondern soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, welche die armen Bevölkerungsschichten in den ländlichen Gebieten der Dritten Welt daran hindern, genügend Nahrung für ihren eigenen Bedarf zu produzieren. Hunger kann darum nicht durch Produktionssteigerung, sondern nur durch die Beseitigung der Armut und der totalen Abhängigkeit überwunden werden.“ (S. 5)

Dass nicht ein unaufhebbarer Mangel an Nahrungsmitteln die Ursache für den Hunger in der Welt ist, zeigt das Beispiel der USA. Dort sind, wie die Organisation „Campact“ in ihrem Blog vom 20.11.2025 berichtet, aktuell rund 47 bis 48 Millionen Menschen von Ernährungsunsicherheit betroffen, was bedeutet, dass sie zeitweise nicht genug zu essen haben. Dies entspricht etwa jedem siebten bis achten Haushalt, darunter fast 14 Millionen Kinder.

Der neueste Bericht des Club of Rome von 2022 fasst bündig zusammen: „Ein gutes Leben für alle auf dieser Erde ist eine große Gemeinschaftsaufgabe – aber sie ist machbar.“ (Club of Rome & Wuppertal Institut (Hrsg.): *Earth for all. Deutschland Aufbruch in eine Zukunft für alle*. München 2024, S. 258)

Zur *anthropologischen These*: Ein zweiter Einwand gegen die marxistische Utopie lautet: Sie sei wenig bis gar nicht wünschenswert. Ihr liege ein unrealistisches Menschenbild zugrunde.

Begründen ließe sich dieser Einwand mit dem Hinweis auf eine Formulierung von Marx, die er 1875 in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in einem Nebensatz schrieb, die

aber erst 1891 zum ersten Mal veröffentlicht wurde. Marx formulierte hier:

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“ werde „die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden“ sein (MEW 19, 21).

Die Arbeit – zukünftig „das erste Lebensbedürfnis“ der Menschen? Arbeit als höchster Wert?

Diese knappe Bemerkung von Marx ist sicher problematisch. In dieser Formulierung kommt die Vielfalt der menschlichen Entfaltungsmöglichkeiten zu kurz. Aber: Diese Marxsche Formulierung ist kaum eine zutreffende Wiedergabe der Marxschen Ansichten über die anzustrebende kommunistische Gesellschaft, wie nicht nur die beiden vorn zitierten Marx- (und Engels-)Zitate zeigen, sondern auch z. B. das folgende Marx-Zitat aus den „Grundrissen“ von 1857/58:

Eine menschengerechte Ökonomie besteht – so Marx – „in Ersparung von Arbeitszeit; ... Die Ersparung von Arbeitszeit gleich Vermehren der freien Zeit, d. h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums ... Die freie Zeit – die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein andres Subjekt verwandelt und als dies andre Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß.“ (Karl Marx: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin, 1953, S. 599)

Bereits 1880 formulierte Paul Lafargue ein Korrektiv zu Marx' irreführender Formulierung.

Nach Lafargue muss das Proletariat ein „Recht auf Faulheit“ proklamieren, und das Proletariat „muss sich darauf beschränken, nicht mehr als drei Stunden am Tag zu arbeiten und den Rest des Tages und der Nacht zu faulenz und zu feiern.“ (Paul Lafargue: *Das Recht auf Faulheit*. Reclam Ditzingen, 2018, S. 29)

Die Arbeit wird – so Lafargue – „nur dann zur Würze der Vergnügungen der Faulheit, zu einer wohltuenden Übung für den menschlichen Organismus und einer nützlichen Leidenschaft für den gesellschaftlichen Organismus (...), wenn sie weise reglementiert und auf ein Maximum von drei Stunden pro Tag begrenzt wird“. (S. 29)

Heutige Utopien zur Verkürzung der Arbeitszeit a) André Gorz: Arbeitszeitverkürzung auf 1000 Stunden im Jahr ohne Reallohnverlust

In seinem 1983 erschienenen Buch „Wege ins Paradies“ (Berlin, 1983) entwickelt André Gorz ein Lebensarbeitszeit-Modell, das auf eine 20-Stunden-Woche hinausläuft – bei steigendem Realeinkommen.

Heute (das ist: 1983) – so Gorz – beträgt die Arbeitszeit der berufstätigen (französischen) Bevölkerung etwa 40 000 Stunden pro Leben, doch die „gesellschaftlich notwendige Arbeit, die ein Mensch im Laufe seines Lebens zu erbringen hat“ (S. 68), betrage nur 20 000 Stunden. (Soweit ich sehe, begründet Gorz diese Zahl nicht.) Und: „In einer egalitären Gesellschaft, die für eine weniger wettbewerbsorientierte und entspanntere Lebensweise optiert, könnte es sogar noch wesentlich geringer sein.“ (S. 68)

Arbeitszeitverkürzung ist – wie André Gorz wiederholt betont – „die einzig mögliche Alternative zur Massenarbeitslosigkeit und zur Spaltung, zur Dualisierung der Gesellschaft, von Kriegswirtschaft abgesehen“. (Gorz in der Frankfurter Rundschau vom 23.11.1985)

b) Bertrand Russell und Leo Kofler: 4 Stunden pro Tag

Bereits 1932 hatte Bertrand Russell in seinem Essay „Lob des Müßiggangs“ erklärt, dank der modernen Technik könne die Arbeitszeit auf 4 Stunden pro Tag verkürzt werden:

„Wenn der normale Lohnempfänger vier Stunden täglich arbeitete, hätte jedermann genug zum Leben und es gäbe keine Arbeitslosigkeit – unter der Voraussetzung einer gewissen, sehr maßvollen und vernünftigen Organisation.“ Dieser Gedanke – so kommentierte Russell sarkastisch – „stößt bei den Wohlhabenden auf entrüstete Ablehnung, weil sie davon überzeugt sind, die Armen wüßten nichts Rechtes mit so viel Freizeit anzufangen ... solche Leute sind natürlich ungehalten, wenn von Muße für Arbeiter die Rede ist, es sei denn in Form der harten Strafe der Arbeitslosigkeit“. (B. Russell: Lob des Müßiggangs, dtv 2003, S. 19/20).

Und 1968 erklärte Leo Kofler in seinem Buch „Perspektiven des revolutionären Humanismus“: Heute ist laut einer Berechnung amerikanischer Ingenieure die Verdoppelung des Sozialprodukts mit einer 4-stündigen Arbeitszeit pro Tag möglich. Es gebe – so Kofler – nur eine Voraussetzung. Erforderlich ist dafür „selbstverständlich eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaft“ (S. 163).

c) Darwin Dante: 5 Stunden pro Woche

Noch weiter als Bertrand Russell, Leo Kofler und André Gorz ging 1992 ein sich „Darwin Dante“ nennender Autor. In diesem Jahr erschien von Darwin Dante das Buch „5 Stunden sind genug“. Im Vorwort erklärt Darwin Dante:

„Wöchentlich 50–60 Stunden dem Geld nachzujagen, obwohl für den eigenen Lebensunterhalt 5 Stunden pro Woche vollauf genügen würden, grenzt an Wahnsinn. 5 Stunden Arbeit pro Woche reichen [aus], um in genau dem gleichen Wohlstand zu leben, wie er heute (1990) in der BRD üblich ist!“ (S. 1, zitiert nach der Ausgabe, die 1993 im Manneck Mainhatten Verlag in Frankfurt am Main erschienen ist)

Darwin Dante rechnet seine These auf 112 Seiten Text detailliert vor. Er beansprucht, dass seine Aussagen so gestaltet seien, „daß sie von allen Lesern jederzeit und überall überprüfbar sind und daß die von mir verwandten Zahlen von jedem im Statistischen Jahrbuch 1988 nachgeschlagen werden können.“ (S. 2)

Darwin Dante argumentiert hauptsächlich, alle geldwirtschaftlichen Tätigkeiten seien überflüssig. Nur güterwirtschaftliche Tätigkeiten seien für die Schaffung von Wohlstand von Bedeutung. Darüber hinaus bezieht Darwin Dante in seine Berechnungen die fortschreitende Automatisierung der Produktion und die im Kapitalismus übliche Verschleißproduktion ein.

Zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Arbeitszeit

1889 erklärte die Zweite Internationale auf ihrem Gründungskongress in Paris den 1. Mai zum weltweiten Tag des Kampfes für die Verkürzung des Arbeitstages auf 8 Stunden.

Im ersten Band des „Kapital“ schrieb Marx, die Durchsetzung eines Normalarbeitstages ist „das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse.“ (MEW 23, S. 316)

Wie Besancenot und Löwy in ihrem Buch anschaulich darstellen, war und ist der Achtstundentag „Gegenstand eines erbitterten Streits zwischen den von Richtern und Regierenden unterstützten Fabrikherren unter machtvoller Mitwirkung uniformierter bewaffneter Polizei- oder Militäreinheiten einerseits und den Arbeiterorganisationen andererseits. Diese Auseinandersetzungen verliefen bald verdeckt und bald offen, zuweilen ‚friedlich‘, doch häufig gewaltsam. Austragungsorte waren nicht nur die Parlamente und Gerichtssäle, sondern vor allem die Fabriken, die Wohnviertel der einfachen Leute, die Straßen und Plätze.“ (S. 53)

Besancenot und Löwy betonen eine besondere Qualität der Forderung eines 8-Stunden-Tags. Diese Forderung war bzw. ist – so Besancenot und Löwy – „eine Forde-

rung, die mehr als andere Forderungen – wie etwa die Forderung von Lohnerhöhungen oder besseren Arbeitsbedingungen – imstande ist, Frauen und Männer, prekär Beschäftigte und Arbeiter mit einem festen Vertrag, einheimische und ausländische Arbeiter, Weiße und Schwarze, Junge und Alte im Kampf zu vereinen. Unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrem Alter, ihrer Hautfarbe oder ihrem Beruf finden sie im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung zusammen. Es ist ein Kampf, der Syndikalistinnen, Anarchistinnen, Sozialistinnen, Kommunistinnen, Reformistinnen und Revolutionärinnen im Kampf um dasselbe Ziel vereinen kann.“ (S. 53)

In der Geschichte des Kapitalismus hat es niemals auch nur annähernd eine der wachsenden Arbeitsproduktivität entsprechende Verringerung der Arbeitszeiten gegeben.

Warum führen die Produktivitätsgewinne nicht dazu – so ist zu fragen –, den Arbeitenden die Zeit des Arbeitszwanges zu verkürzen und ihnen Zeit zur Teilnahme an der Zivilgesellschaft zu schaffen und ihre Kreativität freizusetzen? Warum führt die wachsende Arbeitsproduktivität eher zu Ausgrenzungen und zum Prekariat (befristete Verträge, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit, geringe Löhne)?

So absurd diese Entwicklung auch immer ist, sie entspricht offenbar einer Logik des Kapitalismus: Arbeitslosigkeit ist hier ein Druckmittel, um das Lohnniveau zu senken, die Profite zu steigern und um mit der Angst vor Arbeitslosigkeit diejenigen, die (noch) einen Arbeitsplatz haben, gefügig zu halten.

Die aktuell zu befürchtende weitere Entwicklung

Nach dem Zweiten Weltkrieg erkämpfte in der BRD die IG Metall die 40-Arbeitsstunden-Woche, die seit 1978 für die große Mehrheit der bundesrepublikanischen Arbeiter*Innen gilt. Die bisher letzte große Auseinandersetzung um die Wochenarbeitszeit war 1984 der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche, der nur teilweise erfolgreich war. ‚Klassisch‘ war die Äußerung von Bundeskanzler Helmut Kohl: Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist „absurd, töricht und dumm“ (Manfred Diätenberger: Der Kampf um die Arbeitszeit. In: Lunapark 21, Heft 21, März 2013).

Die aktuelle Entwicklung läuft nicht in Richtung weiterer Arbeitszeitverkürzungen, im Gegenteil. Erwartbar für die nächste Zukunft ist eher eine negative Entwicklung: längeres und intensiveres Arbeiten für weniger Arbeitende; ein immer späterer Beginn des

Rentenalters. Kurz: Die Arbeitslosigkeit droht, weiter anzusteigen. Und die Prekarisierung droht, weiter zuzunehmen.

Radikale Verkürzung der Arbeitszeit

Schon 1938 forderte Leo Trotzki im „Übergangsprogramm“ „Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale“:

„Will sich das Proletariat nicht selbst dem Untergang ausliefern, dann darf es nicht dulden, daß ein wachsender Teil der Arbeiterschaft zu chronisch erwerbslosen Armen gemacht wird, der von den Brosamen einer sich zersetzenden Gesellschaft leben muß. Das Recht auf Arbeit ist das einzig ernstzunehmende, das der Arbeiter in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft besitzt. Jedoch wird ihm dieses Recht in jedem Augenblick genommen. Es ist an der Zeit, sowohl gegen die ‚strukturelle‘ wie die ‚konjunkturelle‘ Erwerbslosigkeit neben der Forderung nach öffentlichen Arbeiten die Losung der gleitenden Skala der Arbeitszeit zu propagieren. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen diejenigen, die Arbeit haben, und diejenigen, die keine haben, durch die gegenseitige Verpflichtung zur Solidarität verbinden. Auf dieser Grundlage muß die verfügbare Arbeit unter alle vorhandenen Arbeitskräfte aufgeteilt und so die Dauer der Arbeitswoche bestimmt werden. Der Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten Minimum, folgt der Bewegung der Preise. Kein anderes Programm ist in der gegenwärtigen Periode der Katastrophe annehmbar.“¹

Verbunden mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit, bietet die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur die Möglichkeit, Arbeiter:innen im Kampf um diese konkrete Forderung zu vereinen. Sie ist darüber hinaus eine Forderung, „die letztlich im Widerspruch zu den Grundlagen des Kapitalismus selbst steht“ (Besancenot und Löwy, S. 33) und die somit die kapitalistische Unordnung in Frage stellen kann. Sie ist eine „Übergangsforderung“ – eine Forderung, die – zusammen mit anderen – den Weg zum Sozialismus öffnen kann.

¹ zitiert nach Wolfgang Alles (Hg.): Die kommunistische Alternative. Texte der linken Opposition und IV. Internationale 1932–1985. Frankfurt am Main 1989, S. 66

PORNOGRAFIE, VER- GEWALTIGUNG UND MACHT – DER FALL GISEÈLE PELICOT

Eine Besprechung des Buchs „Eine Hymne an das Leben. Die Scham muss die Seite wechseln“, München 2026, von Gisèle Pelicot.

■ Friedrich Voßkühler

Frau Pelicot berichtet in diesem Buch von ihrem Leben, ihrer fünfzigjährigen Ehe mit ihrem Mann Dominique, vor allem aber davon, dass Dominique sie in den letzten zehn Jahren chemisch betäubte, vergewaltigte und – wie es sich bei den polizeilichen Untersuchungen herausstellte – mindestens fünfzig Männern zur Vergewaltigung anbot.

1. Zum Inhalt des Buches und zur Person von Frau Pelicot

Sie erlangte durch den 2024 auf ihren Wunsch in Avignon öffentlich durchgeführten Prozess gegen ihre Vergewaltiger internationale Bekanntheit und erhielt im Jahr 2025 den Orden der Ehrenlegion. Sie gilt als Ikone des Kampfes gegen die an Frauen verübte sexualisierte Gewalt. Allerdings bezieht sie weder in Interviews noch im Buch eine im politischen Sinn radikale feministische Position. Die Konfrontation von Mann und Frau sei für sie auch in den Sechziger- und Siebzigerjahren nicht nachvollziehbar gewesen. „Für mich war das Wesentliche, eine Familie mit Dominique Pelicot zu gründen. Abtreibung und Pille – so eine Frau war ich nicht. Ich wollte Kinder ... Ich möchte einfach ein friedliches Leben führen. Ich werde nicht tagtäglich auf die Straße gehen“ (DIE ZEIT vom 19.2.2026, S.43). Sie verwehrt sich überdies jedem Versuch, sie einfach als Opfer zu betrachten, weil sie nicht ihre Erinnerungen an die

vielen Jahre zerstört sehen möchte, in denen sie ihren Mann liebte, von ihm die Kinder empfing und großzog. Diese Jahre seien auch Jahre des Glücks gewesen, Jahre, in denen sie ihr Leben als intakt empfand. Zumal es ihr und Dominique gelungen war, gemeinsam aus den Verhältnissen ihrer Jugend auf dem Land auszubrechen, aus den Verhältnissen der Trauer über den Tod der Mutter bei Gisèle und der Gewalt durch den Vater und des erlittenen sexuellen Missbrauchs durch eine Aufsichtsperson bei Dominique. Aus Sehnsucht nach Liebe und dem Wunsch, dem Geliebten eine Stütze bei der Bewältigung seiner Erlebnisse zu sein, gründet Gisèle mit Dominique eine Familie. Rückblickend resümiert sie: „Ich wollte gerettet werden und hatte auf den Falschen gesetzt“. Sie sei „wehrlos in die Liebesfalle getappt“ (Eine Hymne an das Leben, S. 246 f.). Und: „Einst war ich der Schlüssel zu seiner Freiheit gewesen, dann sollte ich zur Puppe für seine ausufernden Fantasien werden... Die Reizwäsche, die ich in den Videoaufnahmen trug, war genau die, die ich selbst nie kaufen wollte“ (Eine Hymne an das Leben, S. 239).

Aus Sehnsucht nach Liebe und dem die Liebe schützenden Hort der Familie täuscht sich Gisèle selbst, da sie den Mann, mit dem sie sich verband, weder wirklich kannte noch in seiner Gänze kennenlernen wollte. Wieso? Weil ihre Wunschvorstellungen von Liebe und Familie Gisèle den Blick auf die Wirklichkeit verbauten. Genau deshalb

konnte sie auf die Täuschung durch Dominique, der seine dämonische Seite vor ihr verbarg, hereinfließen. Sie nahm sie nicht wahr. Sie war naiv. Die Nachtseite der Erotik, zu der „Gewaltsamkeit“ (Georges Bataille) und auch Vergewaltigung gehören, war ihr nicht nur fremd, sondern sie hatte sie aus ihren Wunschvorstellungen von vornherein ausgeschlossen. Bis zum Schluss steht sie fassungs- und ratlos der Tatsache gegenüber, dass ihr Mann ein Vergewaltiger war. Bis zum Schluss hält sie an ihrem Bild von Liebe, Zweisamkeit und Familie fest. Die Worte, mit denen sie das Buch abschließt, sind: „Ich möchte sagen, dass ich am Leben bin, dass ich an die Liebe glaube, an sie glauben muss. Ich habe sie von meinen Eltern erhalten, im Übermaß, wenn auch nur für kurze Zeit, und war lange Zeit der Meinung, sie könne alle und alles retten. Ich glaubte sogar, sie jederzeit weitergeben zu können. Heute weiß ich, dass meine Liebe einem tiefen Riss in mir entspringt und dass sie mich verwundbar macht. Aber ich bin bereit, dieses Risiko weiterhin einzugehen. Denn die Liebe ist zugleich meine mächtigste Rüstung“ (Eine Hymne an das Leben, S.255). Deswegen ist ihr Buch auch eine „Hymne an das Leben“.

2. Die Nachtseite der Erotik: Vergewaltigung und Pornografie

Ich möchte mich nun jener Nachtseite der Erotik zuwenden, die Frau Pelicot nicht zu Kenntnis nehmen möchte, deren „Gewaltsamkeit“ sie jedoch de facto unterlag, als sie vergewaltigt wurde. Zu diesem Zweck möchte ich von der feministischen Psychoanalytikerin und Kulturtheoretikerin Luce Irigaray ausgehen. Sie schreibt: „Die Frau ist innerhalb“ des „sexuellen Imaginären nichts als eine mehr oder weniger gefällige Stütze der männlichen Phantasien. Dass sie dabei Lust empfindet, sofern sie dazu ermächtigt wird, ist möglich und sogar gewiss. Aber diese Lust ist vor allem masochistische Prostitution ihres Körpers für einen Wunsch, der nicht der ihre ist; das belässt sie“ im „Zustand der Abhängigkeit vom Mann, ... Nicht wissend, was sie will, ist sie zu allem bereit, bettelt sogar immer wieder darum, er möge sie doch als ‚Objekt‘ zur Ausübung seiner eigenen Lust ‚nehmen““ (Luce Irigaray: Das Geschlecht, das nicht eins ist. Berlin 1972, S.24). Jede Frauenzeitschrift, jeder Besuch eines Kosmetiksalons und was sonst noch bestätigen die Richtigkeit dieser Aussage. Da dreht sich alles darum, eine „gefällige Stütze männlicher Phantasien zu sein“. Und was ist das anderes als Pornografie? Und was ist die „masochistische Prostitution“ des „Körpers“ der Frauen, um das männliche Begehren zu spiegeln, anderes als eben genau dies: Pornografie? Wieso aber begehren die

Frauen, Spiegel des männlichen Begehrens zu sein? Weil sie begehren, vom Mann begehrt zu sein, weil sie das männliche Begehren begehren. Es ist klar, dass sie dadurch in „Abhängigkeit vom Mann“, sprich: von seinem Begehren, geraten. Ist also ihr Begehren mit dem Begehren des Mannes identisch? Es scheint so. Gibt es unter dieser Bedingung überhaupt ein eigenes weibliches Begehren, ein Begehren also, welches nicht das männliche Begehren ist bzw. dieses willfährig spiegelt? Es sieht nicht danach aus.

Und wenn es ein eigenes weibliches Begehren geben sollte, ist dies vielleicht sogar ausgelöscht worden? Und wenn hinwiederum dies so sein sollte, beruht dann der Zivilisationsprozess, wie er abgelaufen ist, auf einem Unterwerfungsvorgang, in dem das weibliche Begehren so weit als möglich um seine Realisationsmöglichkeit gebracht werden sollte, um den Phallus als den alles Begehren bestimmenden „Herrensingulanten“ (Lacan) zu installieren? Dafür spricht vieles. Kann man den Sachverhalt der „masochistischen Prostitution“ des weiblichen Körpers mit all der Begehrendynamik, die in ihr zum Ausdruck kommt, als das Ergebnis eines Bemächtigungsprozesses betrachten, der nicht nur das weibliche Begehren betraf, sondern auch die Natur? Das ist anzunehmen. Kommt in den „Männerphantasien“ (Theweleit) von gestern und heute dieser Bemächtigungsvorgang wieder zum Vorschein und mit ihm die Hegemonialisierung des männlichen Eros? Das ist wohl so. Drückt sich also in der Vergewaltigung das Bestreben des Mannes aus, die Unterwerfung des weiblichen Körpers und Begehrens, welche der Zivilisation seit je eigen gewesen ist, zu wiederholen? Davon gehe ich aus. Worin besteht also die Vergewaltigung? In der Lust an der Unterwerfung des weiblichen Körpers und seines „Lustempfindens“ (Irigaray).

Gibt es nun aber vielleicht doch ein genuin weibliches „Lustempfinden“, welches nicht dem Phallus und seiner Dominanz unterworfen ist? Ich komme nicht darum herum, hier auf psychoanalytisches Grundwissen und seine Terminologie zu rekurrieren. Irigaray schreibt nämlich, dass das „weibliche Lustempfinden“ anderswo sei als dort, wo es angenommen werde. „Tatsächlich“ könne die „Lust der Frau“ nicht, wie es unterstellt werde, „zwischen der klitoralen Aktivität und der vaginalen Passivität wählen. Die Lust der vaginalen Liebkosung kann sich nicht derjenigen der klitoralen Liebkosung substituieren. Alle beide tragen sie in unersetzlicher Weise zum Lustempfinden der Frau bei. ... Das Streicheln der Brüste, die Berührung der Vulva, das Aufgehen der Lippen, das Zu- und Abnehmen eines Drucks auf die hintere Scheidenwand, das Streifen des Muttermundes usw.“, alles dies gehöre zu den „spezi-

fisch weiblichen Lustmöglichkeiten“. Irigaray spitzt dies zu: „Die Frau ... hat bald da, bald dort Geschlechtsteile. Sie genießt bald da, bald dort ... Die Geographie ihrer Lust“ sei „abwechslungsreicher“ und „subtiler“, als man es sich „imaginieren“. Sie sei „in sich selbst unbestimmt und unendlich anders“ (Das Geschlecht, das nicht eins ist, S. 28). Sie sei in sich different. Genau diese Differenziertheit werde durch den eindringenden und Hegemonie beanspruchenden Phallus zunichte gemacht. Darin besteht letztlich – um genauer zu sein als bisher – die Vergewaltigung. Sie besteht in der phallischen Gewalt gegen die Differenziertheit des genuin weiblichen „Lustempfindens“, um dieses auf sich zu fixieren und ihm möglichst keine andere Art des Begehrens zu lassen als die männliche im oben erläuterten Sinn.

Woraus folgt: Ohne ihre Nachtseite findet auch die für normal gehaltene Erotik nicht statt. Die Vergewaltigung ist in den Schlafzimmern der Zwei- oder Dreizimmerwohnungen nie ein unbekannter Gast gewesen. Der Inzest auch nicht. Dies entspricht meiner Erfahrung. Naivität wie z.B. die von Frau Pelicot ist da fehl am Platz.

3. Macht

Sicherlich haben in einer kapitalistischen Gesellschaft diejenigen die Macht, die über die Produktionsmittel verfügen, diejenigen zumal, die die menschliche Arbeitskraft ausbeuten, um Profit zu erzielen. Diese Erkenntnis ist zwar richtig, aber zu eng, denn die Macht besitzt auch eine immaterielle Seite. Letztere hat durch die „biopolitische Wende in der Ökonomie“ (Michael Hardt, Antonio Negri: Common Wealth. Das Ende des Eigentums. Frankfurt 2010, S.146) an Bedeutung gewonnen. Hardt und Negri schreiben: Gestützt auf die „digitale Revolution“ bekämen „Bilder, Informationen, Wissen, Affekte, Codes ...“ „im kapitalistischen Produktionsprozess ein immer größeres Gewicht gegenüber den stofflich-materiellen Waren und den materiellen Dimensionen der Waren“ (Common Wealth, S.145f.). Sie ergänzen: „Im Zentrum dieser Transformation stehen das Leben und Lebendiges ...; die Produktion von Lebensformen wird zur Grundlage des Wertzuwachses“ (Common Wealth, S.146). Dies mag nun aus dem Blickwinkel der marxistischen Ökonomie nicht ganz richtig formuliert sein oder auch nicht. Worauf es Hardt und Negri ankommt, stimmt jedoch. Nämlich: Das Kapital hat durch die „digitale Revolution“ die Fähigkeit erlangt, über Bilder, Videos etc. – im Wesentlichen heute über das Internet – in das Leben der Menschen einzugreifen und sowohl deren Verhältnis zu sich selbst als auch zu ihren Mitmenschen zu beeinflussen, besser gesagt: zu produzieren.

Guattari und Deleuze haben in dieser Hinsicht schon im Jahr 1972 vom Kapital als einer „Wunschmaschine“ (siehe Gilles Deleuze, Félix Guattari: Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie I. Paris 1972, Frankfurt 1974) gesprochen. Das Kapital hat die Fähigkeit erlangt, nicht nur die Wünsche zu manipulieren, sondern die Wünsche an seine Verwertungsmaschinerie anzudocken und zu produzieren. Die im Internet ausufernde Pornografie gehört dazu. Sie ruft Wünsche hervor (producere=hervorbringen), die jenseits der Realität des Wünschenden liegen und sein Begehren auf Trugbilder fixieren. Kurz: Die „Wunschmaschine“ betrügt den Wünschenden um seine Wünsche, indem sie die letzteren in Trugbilder verwandelt. Sie erreicht dadurch, dass der Wünschende von den erzeugten Trugbildern abhängig wird. Dies geschieht deswegen, weil die Wünschenden die Trugbilder für das eigentlich Gewünschte halten. Dies passiert in der Pornografie ganz explizit. Pornografie ist die Sucht nach Trugbildern, die für begehrenswerter gehalten werden als reale Menschen. Im Falle der Frauen heißt dies: Je mehr sie mit ihrer Aufmachung dem Trugbild nahekomen, welches auf sie projiziert wird, desto begehrenswerter werden sie, da sie dem Mann signalisieren, ihr Begehren sei ganz und gar darauf ausgerichtet, seinen Wünschen zu entsprechen. Sie verwandeln sich in ein Trugbild, mit dem sich der Mann im gleichen Zuge selbst betrügt, wie sie hinwiederum ihn betrügen. Die Pornografie höhlt durch diesen gegenseitigen Betrug die Zwischenmenschlichkeit aus, die menschliche Substanz des Bezugs von Mann und Frau. Das ist u.a. das Resultat der „Wunschmaschine“ Kapital.

Mit anderen Worten: Die Macht des Kapitals besteht neben ihrer materiellen Seite in der Zerrüttung der sittlich-sinnlichen Elementarform des menschlichen Zusammenlebens. Sie lässt die Menschen erotisch verkommen. Das Wort Trotzki von der „Fäulnis“ ist im Bezug darauf überaus angebracht. Dies zu bedenken, ist nicht die Sache von Frau Pelicot gewesen. Gleichwohl wäre es äußerst engstirnig, ihr das negativ anzurechnen. Sie musste sich selbst retten und zeigte dabei ein erstaunliches Maß an menschlicher Integrität und Widerstandskraft. Meine Rezension ist nicht so zu lesen, als dass ich das nicht wüsste. Ich habe großen Respekt vor dieser Frau.

Friedrich Voßkuhler ist Philosoph und Mitglied der ISO.

NEIN ZU EINEM EUROPA DES KRIEGES – NEIN ZUR EUROPÄISCHEN AUFRÜSTUNG

Die historische Krise des Kapitalismus beginnt, auf allen Ebenen sichtbare Auswirkungen zu haben. Die imperialistischen und interimperialistischen Konflikte, die von Regionalmächten betrieben werden, führen zu offenen Kriegen.

■ Internationales Komitee der Vierten Internationale

Der Angriff Russlands auf die Ukraine schürt die Remilitarisierung der europäischen Bourgeoisie. Der von Israel begonnene völkermörderische Krieg führte zum neokolonialen „Friedensabkommen“ für Palästina, während der US-Imperialismus in Lateinamerika erneut auf militärischen Zwang zurückgreift und gleichzeitig eine unmenschliche Blockade gegen Kuba durchsetzt. Weitere Kriege gegen Völker und Minderheiten werden im Jemen, in Burma, im Sudan, im Kongo, in Syrien und in der afrikanischen Sahelzone geführt.

Die Aktionen der USA, die Maduro und seine Frau in Venezuela entführten und im Januar 2026 mit einer Invasion Grönlands drohten, tragen zur Destabilisierung der Welt und zur Vorstellung bei, dass Aufrüstung notwendig sei.

Die Vierte Internationale und ihre Sektionen lehnen das kapitalistische Konzept von „Sicherheit“ ab, das einen noch größeren Einsatz von Massenvernichtungswaffen erfordert. Europa ist bereits stark militarisiert und leidet unter jahrelangen Sparmaßnahmen und Kürzungen in den öffentlichen Dienstleistungen, aber wenn es darum geht, die Rüstungsindustrie zu finanzieren, mangelt es nicht an Geld.

Die liberalen „Demokratien“ werden zunehmend autoritärer; die Großunternehmen suchen nach Wegen

aus ihrer strukturellen Rentabilitätskrise, um höhere Profite ohne soziale Entwicklung zu sichern; die von den Mächtigen versprochene „green transition“ hat sich ohne öffentliche Debatte in eine exponentielle Erhöhung der Militärausgaben auf internationaler Ebene verwandelt.

Der Kriegskurs ist nicht von der Zunahme von Rassismus und Faschismus auf dem gesamten Kontinent oder von der Ausweitung von Frontex-Einsätzen und dem Migrations- und Asylpaket zu trennen; Massenüberwachung, die Militarisierung der Grenzen und Angriffe auf Flüchtlinge – das sind die Pläne der herrschenden Klasse für uns alle, während sich die Klimakrise verschärft und die Gesellschaft instabiler wird. Rassismus und Faschismus sind in Europa auf dem Vormarsch, und die kapitalistischen Staaten stärken ihre Repressionsmittel. In Europa führt dies zu einer Verschärfung der Politik gegenüber Migrant:innen. Nicht nur an den Grenzen, sondern auch innerhalb der europäischen Länder und auf den Fluchtrouten.

Tatsächlich erlebt die Europäische Union derzeit einen beispiellosen Anstieg ihrer Militärausgaben: bis zu 800 Milliarden in vier Jahren. Zu diesem Zweck schlägt sie vor, die generellen Regeln der Haushaltsdisziplin zu lockern, indem sie den 27 Mitgliedstaaten erlaubt, sich zu verschulden, die Kreditvergabe an Staaten durch die Reform der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu erleichtern und sogar Geld für den Kohäsionsfonds in Militärausgaben umzuleiten. Die gleichen Leute, die gesagt haben, ein soziales Europa sei nicht finanzierbar, fördern heute ein Europa des Krieges, des Militarismus und des Stacheldrahts.

Es handelt sich um einen echten Paradigmenwechsel, der nicht nur darauf abzielt, die Militärausgaben zu erhöhen, sondern auch die Reindustrialisierung Europas durch das Militär zu fördern, während gleichzeitig die öffentlichen Dienstleistungen und der Sozialschutz weiter

zerstört werden. Diese Vision der europäischen Verteidigung, die im Dokument „Strategic Compass for Security and Defence“¹ dargelegt wird, beruht nicht mehr auf der Friedenssicherung, sondern auf dem Schutz kritischer Infrastrukturen, der Energiesicherheit, der Grenzkontrolle und dem Schutz „wichtiger Handelsrouten“. Mit anderen Worten: Schutz der europäischen Kolonialinteressen durch Gewährleistung der „strategischen Autonomie“ der EU, die letzten Endes den Zielen des US-Imperiums und der NATO, seinem bewaffneten Arm, unterworfen ist. Einer Europäischen Union, die weiterhin auf vielfältige Weise die Lieferung von Waffen an Israel erleichtert, um den Völkermord am palästinensischen Volk durchzuführen.

So sind die vielfach angekündigte Transformation des Produktionsmodells sowie die Energiewende, die notwendig sind, um die Pläne zur Dekarbonisierung einzuhalten, unter den Bomben begraben worden. Doch das europäische Wettüben macht nicht nur das Scheitern des Greenwashing deutlich, sondern stellt auch eine Beschleunigung des Wegs in die Klimakatastrophe dar. Wichtige und seltene Rohstoffe werden nun auch für die europäischen Aufrüstungspläne verwendet, obwohl sie für einen ökosozialistischen Übergang notwendig wären. Die europäische Aufrüstung stellt ebenso wie der Wettlauf um die generative künstliche Intelligenz einen regelrechten beschleunigten Wettlauf in die Klimakatastrophe dar.

Aufrüstung und Grenzschiebung wurden angesichts der globalen Polykrise zum Kernstück des neuen Projekts „Europe as a Power“ (Europa als Machtblock) und ergänzen den bisherigen Marktabsolutismus. Putins imperialistische Invasion diene als Katalysator für die militaristische Offensive der europäischen Aufrüstung, die auf der Schaffung eines starken Unsicherheitsgefühls beruht.

Eine Schockstrategie mit Kriegstrommeln im Hintergrund wird von den europäischen Eliten nicht nur eingesetzt, um ihr altes Ziel der militärischen Integration Europas zu erreichen, sondern auch, um ein oligarchisches und technokratisches Föderalismusmodell durchzusetzen. Wir kämpfen nicht für eine EU, die unabhängig von den USA, Russland und China ist und auf die Stärkung ihrer eigenen imperialistischen und kolonialistischen Strategie setzt, sondern für Aufbau einer ökosozialistischen europäischen Perspektive, die eine Beziehung der Solidarität und gegenseitigen Unterstützung mit anderen Völkern schafft.

Ohne eine unabhängige internationalistische Politik sind das Proletariat und die Völker Europas dazu verurteilt, Marionetten der Großmächte zu sein; die Wirtschaft wird sich noch stärker auf die Rüstungsindustrie und die ökologische Plünderung konzentrieren, und die Arbeitswelt wird nichts anderes sein als Kanonenfutter in den Händen von kriegslüsternden Regierungen.

Aus all diesen Gründen rufen wir die Völker Europas auf, sich gegen die von der EU und ihren Regierungen vorangetriebene Aufrüstung und Kriegswirtschaft zu erheben. Sie müssen nach internationalistischen Bündnissen suchen, um der Gefahr eines neuen Weltkriegs und der zunehmenden nuklearen Bedrohung zu begegnen.

Wir müssen uns für eine antimilitaristische und internationalistische Politik einsetzen, die den Imperialismus in all seinen Formen ablehnt.

Wir lehnen Nationalismus und nationale Vorurteile ab. Unser politisches Projekt ist es, die Völker Europas, von Russland bis Irland, von Norwegen bis Italien, in einem gemeinsamen Kampf gegen ihre kapitalistischen Regierungen und den Imperialismus zu vereinen.

Wir müssen uns gegen jede Erhöhung der Militärausgaben in unseren Ländern wehren und einen internationalistischen Kampf gegen die neuen Wehrdienstpläne führen, die Teil des Militarierungsprozesses sind.

Wir müssen den Kampf für das Klima mit dem Kampf gegen den Militarismus verbinden, denn eine ökosozialistische Zukunft ist unvereinbar mit jedem imperialistischen Aufrüstungsprozess.

Wir kämpfen für die Beendigung des Waffenhandels und wollen die Rüstungsproduktion in eine gesellschaftlich nützliche Produktion umwandeln.

Wir fordern die Auflösung der Militärblocke NATO und OVKS².

In dieser Situation müssen Parolen wie „Krieg dem Krieg“, „Weg mit den militaristischen Haushalten“ und „Gegen den Militärdienst“ dazu dienen, eine antimilitaristische Bewegung politisch zu bewaffnen, die darauf abzielt, die Fähigkeit unserer Bourgeoisien einzuschränken, eine Aufrüstung voranzutreiben, die das Wachstum der extremen Rechten fördert, die Repression im Inneren und an den Grenzen erhöht und die Möglichkeit eines Krieges vergrößert.

Nur eine ökosozialistische Welt kann der Kriegsgefahr ein Ende setzen. Stattdessen müssen wir die Bemühungen der Menschheit darauf konzentrieren, das Leben aller Menschen zu verbessern, indem wir sicherstellen, dass die Ressourcen demokratisch und gerecht verteilt werden,

um ein gutes Leben, fernab von endloser Ausbeutung und autoritärer Unterdrückung zu gewährleisten.

Wir müssen die Mobilisierungen und Streiks gegen die imperialistische Aufrüstung unterstützen, die von Arbeiterorganisationen der Arbeitenden in Ländern wie Italien geführt werden, ebenso wie Mobilisierungen wie die am 5. März in mehreren deutschen Städten und am 28. März in Rom.

Krieg dem Krieg: für Internationalismus und Solidarität zwischen den Arbeiterklassen und den Unterdrückten auf der ganzen Welt.

25. Februar 2026, Quelle: <https://fourth.international/fr/comite-international/940/751>

Übersetzung aus dem Französischen: Björn Mertens

1 https://en.wikipedia.org/wiki/Strategic_Compact_for_Security_and_Defence

2 https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_des_Vertrags_über_kollektive_Sicherheit



Israel/Palästina bei ISP



Shir Hever

Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung

Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus

263 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-89 900-140-2



Deeg/Sibony/Warschawski
(Hrsg.)

Stimmen israelischer Dissidenten

220 S., 16,80 Euro
ISBN 978-3-89 900-113-6



Omar Barghouti

Boykott – Desinvestment – Sanktionen

Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besatzung Palästinas

232 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-89 900-136-5

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

JÜRGEN HABERMAS (1929–2026)

Der Autor dieses Nachrufs kannte Habermas aus der gemeinsamen Zeit an der Universität Frankfurt am Main und hat sich intensiv mit dessen Schriften auseinandergesetzt.

■ **Helmut Dahmer**

„Die Sprache ist so alt wie das Bewußtsein – die Sprache ist das praktische, auch für andre Menschen existierende, also auch für mich selbst existierende wirkliche Bewußtsein, und die Sprache entsteht, wie das Bewußtsein, erst aus dem Bedürfnis, der Notdurft des Verkehrs mit andern Menschen. [[Mein Verhältnis zu meiner Umgebung ist mein Bewußtsein.]] Wo ein Verhältnis existiert, da existiert es für mich, das Tier >verhält< sich zu Nichts und überhaupt nicht. [...] Das Bewußtsein ist also von vornherein schon ein gesellschaftliches Produkt [...]“ Marx und Engels (1845/46), MEW 3: 30 f.

Jürgen Habermas gehörte zu der kleinen Gruppe von Soziologen und Philosophen, die sich – auf den Spuren der *Hegelkritiker*, die während des deutschen „Vormärz“ (1815–1848), also zwischen der französischen Revolution von 1789 und der europäischen von 1848 schrieben –, vor allem an der Marxschen Kritik der kapitalistischen Gesellschaft orientierten.¹ Unter ihnen nimmt Schelling, Hegels einstiger Mitstreiter für eine Dialektik *nach* Kant und Fichte, der (seit 1811) eigene Wege ging und gegenüber Hegels (negativer) Weltgeist-Lehre eine („positive“) Naturphilosophie geltend machte, eine Sonderstellung ein, weil er – in seinen (seit 1811 formulierten) Entwürfen zu einer Philosophie der „Weltalter“ – von der idealistischen zu einer eher *materialistischen* Dialektik tendierte.² Das übersahen freilich schon manche Schüler und Hörer, die seine späteren Schriften als Geschwafel eines „preußischen Reaktionärs“ abtaten. Doch der hellsichtige Marx – der (1843) Ludwig

Feuerbach für eine Kritik an Schellings Spätphilosophie gewinnen wollte – wusste, dass Schelling dessen Hegelkritik im Wesentlichen bereits *vorweggenommen* hatte.³

★

Mit Schelling begann die Idealismus-Kritik, die sein Schüler, Ludwig Feuerbach, in seinen hegel- und religionskritischen Schriften entfaltete. *Feuerbachs* direkte Schüler wiederum waren die beiden „kritischen Theoretiker“ Marx und Freud. Von Feuerbach inspiriert, entwickelte der eine aus dessen anthropologischer Kritik religiöser Illusionen (oder „Fetische“) eine revolutionäre Kritik der zeitgenössischen Ökonomie, der andere (im Abstand von etwa drei Jahrzehnten) eine ebenfalls umstürzende Kritik der zeitgenössischen Psychologie.⁴ Marx begründete eine neue Art von Sozialgeschichte, Freud schrieb Kulturgeschichte als Seelengeschichte. Beide Kritiken sind strukturell verwandt, und damit hängt es zusammen, dass sich Marxisten und Freudianer jahrzehntelang darüber stritten, welche der beiden Theorien der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit und ihrer gegenwärtigen Krise besser gerecht würde. Schellings Idealismus-Kritik bildete – in Gestalt des Feuerbachschen „*anthropologischen*“ Materialismus’ (der in den Gottheiten Projektionen menschlicher Wünsche sah) – den *Übergang* zum Marxschen „historischen“ und zum Freudschen biologischen Materialismus (der zum historischen tendiert). Die beiden *kritischen The-*

orien dienten der Analyse rätselhafter „Institutionen“ der (kollektiven) Sozialgeschichte sowie der ihnen korrespondierenden individuellen Lebensgeschichten. Marx wollte Mehrwert, Geld und Warentausch verstehen, Freud die Psychoneurosen und den Traum. Den (an Lohn oder Gewinn interessierten) Verkäufern von Gütern oder Arbeitskraft war die Zunahme der Ungleichheit so rätselhaft wie der Wechsel von Prosperität und Krise; den Hysterikern und Zwangsneurotikern, Freuds Patienten, war ihr Leiden so unverständlich, wie es den Gesunden ihre Wunsch- und Alb-Träume waren. Unwissend hielten sie (und ihr Milieu) ihre Probleme für *naturgegeben*. Die Kritiker der bestehenden unheilvollen Verhältnisse aber suchten nach einem Ausweg und fanden ihn, indem sie Zug um Zug in Dialogen – oder in deren verinnerlichter Gestalt, der *Selbstreflexion* – das *notgedrungene* und darum *bewusstlose* (oder *verdrängte*) *Zustandekommen* der ihnen rätselhaften Phänomene aufdeckten, also deren sozialhistorische beziehungsweise biographische *Entstehungsgeschichte rekonstruierten*. Eben darauf setzten (und setzen) die Kritiker ihre Hoffnung: Würde den vergesellschafteten Individuen die Entstehung der kapitalistischen Wirtschaftsweise (und der „Fetischisierung“ des Privateigentums) – oder das Zustandekommen ihrer Tag- und Nachtträume, Zwangsvorstellungen und Wahnbildungen – bewusst, wären sie wohl auch imstande, sich aus dem Bann der sie beherrschenden Vergangenheit zu lösen, ihre Geschichte(n) zu revidieren und eine Kultur zu schaffen, die „keinen mehr erdrückt“ (Freud) – beziehungsweise eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg (Marx).

★

Diese, von Intellektuellen des Kreises um Max Horkheimer⁵ unter Einbeziehung der Freudschen Psychoanalyse entwickelte Gesellschaftskritik hat Habermas, der mit den verschiedenen Versionen des „revolutionären Marxismus“ wenig im Sinn hatte⁶, jahrzehntelang fortgeführt und sie in ständiger Auseinandersetzung mit traditioneller und zeitgenössischer Philosophie, Wissenschaftstheorie, Psychologie, Sprach- und Rechtsphilosophie erweitert und erneuert⁷. Ziel seines Denkens war es, jenes kritische „Verhalten, das die Gesellschaft selbst zu seinem Gegenstand hat“⁸, als ein vernünftiges auszuweisen, ohne zur vermeintlich objektiven Vernunft des Weltganzen (also zur traditionellen Metaphysik) Zuflucht zu nehmen. Anknüpfend an die von Marx und Engels aufgeführten *Voraussetzungen* („Seiten“, „Momente“) der menschlichen Geschichte – beziehungs-

weise des „materialistischen Zusammenhangs der Menschen untereinander“⁹ –, unter denen die Sprache erst an fünfter Stelle figurierte), zeichnet Habermas (ähnlich wie Karl Otto Apel¹⁰) das „kommunikative Handeln“ als *das eigentliche Reservoir praktischer Vernunft* und als Widerpart der *instrumentalisierten Vernunft* aus, die die Systeme der geldvermittelten Marktwirtschaft und der machtausübenden staatlichen Verwaltungsbürokratie (sprachlos) durchherrscht. Dem an *Verständigung* orientierten Gespräch in der alltäglichen (sozio-kulturellen) „Lebenswelt“ legen die jeweiligen Dialogpartner wechselseitig – stillschweigend (und „unhintergebar“) – bestimmte „ideale“ *Ansprüche* zugrunde (denen reale Unterredungen selten genügen). Das Mitgeteilte soll nämlich sachlich zutreffend, also *wahr* sein, die Mitteilung soll zur Rolle und zur Situation der Gesprächsteilnehmer passen, also normativ *richtig und angemessen* sein, und schließlich soll der Sprechende selbst *aufrichtig* sein (und *verständlich* reden).¹¹

★

Habermas hatte die Endphase des „Dritten Reichs“ und die Nürnberger Prozesse bewusst miterlebt und teilte die (nur allzu berechtigte) Sorge der aus der erzwungenen Emigration zurückgekehrten Horkheimer und Adorno hinsichtlich des Nachlebens des Faschismus im Nachkriegsdeutschland.¹² Als einer der Ersten eröffnete er 1953 – lange vor der (erst 2014/15 erfolgten) Veröffentlichung von Heideggers „Schwarzen Heften“ aus den dreißiger und vierziger Jahren – die Auseinandersetzung mit dem damals in Deutschland und Frankreich gefeierten, profaschistisch-antisemitischen Meisterdenker. Dreißig Jahre später machte er Front gegen die westdeutschen Historiker Nolte, Stürmer und Hillgruber, die die Zeit gekommen sahen, den Massenmord an europäischen Juden als „Reaktion“ auf Stalin-Berijas „Archipel GULag“ zu deuten und durch Bereinigung ihrer Geschichte „den Deutschen eine positive nationale Identität“ wiederzugeben ... (Weisner, 2026, S. 81 f.). Gegen den neudeutschen Nationalismus argumentierte Habermas für einen „Verfassungs-Patriotismus“, also für die Verteidigung und Erweiterung der im *Grundgesetz* von 1949 (in Reaktion auf den Terror- und Expansionsstaat der Nazis) festgeschriebenen Menschen- und Bürgerrechte im internationalen Rahmen einer europäischen politischen Föderation, und hoffte auf die Renaissance einer demokratischen Öffentlichkeit, in deren Auseinandersetzungen das jeweils bessere Argument auch dann gehört würde, wenn es von machtlosen, unbe-

holfenen Sprechern vorgebracht würde. Sein Vertrauen auf die der Sprache und dem Dialog innewohnende Vernunft motivierte Habermas, sich auch in Situationen, in denen anderen Intellektuellen (zumal beamteten Professoren) die Sprache wegblieb, öffentlich zu Wort zu melden, auch wenn er bei Hörern und Lesern nicht Beifall fand, sondern auf herbe Kritik stieß.¹³

Als Weltbürger und *Verfassungspatriot* war Habermas einer der sprachmächtigsten Verteidiger der zweiten deutschen parlamentarischen Republik. Deren Problem sah er in der Expansion der geld- und macht-zentrierten, an Nutzenkalkülen instrumenteller Vernunft orientierten *Systeme* auf die an kommunikativer *Verständigung* orientierte soziale *Lebenswelt*.¹⁴ Die nicht nur aus Grenzstreitigkeiten zwischen System und Lebenswelt erwachsenden, sondern auch *innerhalb* der – als Hort vernünftiger Debatten verstandenen – Lebenswelt aufkommenden Sozialpathologien hatte er weniger im Blick. Schon gar nicht hat er wohl damit gerechnet, dass sich die *kollektive Verleugnung* der zwölf Hitlerjahre, durch die sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung 1945 zu salvieren gehofft hatte, zwei Generationen später rächen würde, und dass diese „Wiederkehr des Verdrängten“ (ähnlich wie – unter anderen Verhältnissen – im heutigen Russland, in Spanien oder auch in Argentinien) dem zweiten Versuch, in Deutschland eine parlamentarische Demokratie einem vordemokratisch-kapitalistischen „Unterbau“ aufzupropfen, in die Quere kommen würde.

★

Nach der Niederschlagung der deutschen Revolution von 1918/19 hatten (1923) die Freunde des vermögenden Felix Weil – Pollock, Horkheimer und Karl Korsch – verabredet, in Frankfurt ein Institut „zur Erforschung des Marxismus“ zu gründen und – in Zusammenarbeit mit David Rjasanows Moskauer Marxismus-Institut – eine zuverlässige Edition der veröffentlichten und der nachgelassenen Schriften von Marx und Engels herauszugeben.¹⁵ Der „historische Materialismus“, dessen Besonderheit – als Hegel-Marxismus oder „kritische Theorie“ (Horkheimer, 1937) – sich überhaupt erst auf der Grundlage einer solchen, auf 45 Bände berechneten Edition ausmachen ließe, sollte den Rahmen für die von einem unabhängigen soziologischen Institut organisierte Erforschung der Geschichte und Vorgeschichte der kapitalistischen Gesellschaftsformation und ihres inneren Widerspruchs, der Arbeiterbewegung, abgeben.

Habermas machte sich dies Projekt in einer veränderten historischen Situation zu eigen, nämlich *nach* einer Reihe furchtbarer Niederlagen der Arbeiterklasse (im rückständigen Russland, im hoch entwickelten Deutschland und im spanischen Bürgerkrieg), *nach* der Barbarei des Zweiten Weltkriegs (des „Archipels GULag“, der Ausrottung eines Großteils der europäischen Juden und der Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki) und *während* der Jahrzehnte der „friedlichen Koexistenz“ des prosperierenden kapitalistischen und des nachhinkenden sowjetischen Blocks (unter beiderseitiger Drohung mit atomarer Vernichtung), der mit Millionen Menschenopfern erkaufte Errichtung der (staatskapitalistischen) „maoistischen“ Diktatur in China, der antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen, der gescheiterten antistalinistischen Aufstände in den Satelliten-Staaten der Sowjetunion und des Vietnamkriegs ... Er begann (1957) mit einer Zusammenfassung der damaligen „philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus“, der 1960 ein Vortrag über „Marxismus als Kritik“ folgte. 1968 waren die Kapitel 2 und 3 von *Erkenntnis und Interesse*, 1976 die Kapitel 1, 2, 5 und 6 in dem Band *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus* der Auseinandersetzung mit der Marxschen Theorie gewidmet, schließlich in der *Theorie des kommunikativen Handelns* (1981) die Kapitel IV und VIII. Im Schlusskapitel (X) seiner großen *Geschichte der Philosophie* ging es (2019) dann noch einmal um die „Junghegelianer“ Feuerbach und Marx, um Kierkegaard und um Nietzsche.¹⁶

In der Nachfolge Horkheimers, Marcuses und Adornos war Habermas, der metaphysik-kritische Soziologe, auf der Suche nach einer innerweltlichen, der gesellschaftlichen Praxis innewohnenden Rationalität, auf die sich Kritiker der von Krise zu Krise, von Krieg zu Krieg treibenden gesellschaftlichen Totalität berufen könnten. Er interessierte sich für die *Komponenten* der Vergesellschaftung, die Marx in seinem Begriff der gesellschaftlichen *Arbeit*¹⁷ gebündelt hatte und denen Habermas eine gewisse Eigenlogik im Prozess der kulturellen Evolution zusprach: Sprache und Herrschaft, Weltbild und Ethos, „kommunikatives Handeln“, Intersubjektivität, Organisation und Moral, Wissen und Glaube, Sozialisation, Sozialcharakter und Ich-Identität ... Schließlich unterschied er – wie bereits erwähnt – drei erkenntnisleitende Interessen und Entwicklungsfaktoren: das *technische* Interesse (der erklärenden) Naturwissenschaften, das *hermeneutische* Verständigungsinteresse der Geisteswissenschaften und das *emanzipatorische* Interesse der kritischen Wissenschaften, deren Muster zum einen die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie (vor

allem der Mehrwert-Theorien) ist, zum andern aber die Freudsche Psychoanalyse, die im III. Teil von Habermas' *Erkenntnis und Interesse* (1968) als Prototyp (kritischer Wissenschaften) figuriert, weil in der *Freudschen Wissenschaft der Selbstreflexion* Erkenntnis und Interesse zusammenfallen: „In der Selbstreflexion gelangt eine Erkenntnis um der Erkenntnis willen mit dem Interesse an Mündigkeit zur Deckung ...“ (S. 244).

„Marx hatte die Idee der naturgeschichtlichen Selbstkonstituierung der Menschengattung in zwei Dimensionen entfaltet: als einen *Selbsterzeugungsprozeß*, der durch die produktive Tätigkeit der gesellschaftlich Arbeitenden vorangetrieben und in den Produktivkräften gespeichert wird, und als einen *Bildungsprozeß*, der durch die kritisch-revolutionäre Tätigkeit der Klassen vorangetrieben und in Erfahrungen der Reflexion gespeichert wird. Andererseits hatte Marx [sich] über den Status jener Wissenschaft, die als Kritik die Selbstkonstituierung der Gattung rekonstruieren sollte, Rechenschaft nicht ablegen können, weil sein materialistischer Begriff der Synthesis von Menschen und Natur auf den kategorialen Rahmen instrumentalen Handelns beschränkt geblieben war. In diesem Rahmen ließ sich Produktionswissen rechtfertigen, aber nicht Reflexionswissen. [...] Demgegenüber hat [...] Freud in der Metapsychologie einen Rahmen verzerrten kommunikativen Handelns gewonnen, der die Entstehung von Institutionen und den Stellenwert von Illusionen, eben Herrschaft und Ideologie, zu begreifen erlaubt“ (a. a. O., S. 341). So „wird die Logik der gegen Herrschaft und Ideologie gerichteten Bewegung der Reflexion, die ihre Anstöße durch Fortschritte im System der gesellschaftlichen Arbeit erhält, greifbar: es ist die Logik von Versuch und Irrtum, aber auf die Ebene der Weltgeschichte transponiert“ (ebd., S. 343).

Freud hatte sich bei dem Versuch, das Rätsel von Neurose und Traum zu lösen, von einem Objekt-, also Natur-Wissenschaftler zu einem Subjektwissenschaftler gewandelt, hielt aber seine neuartige Kritik lebens- und kulturgeschichtlicher „Institutionen“ nach wie vor für eine Naturwissenschaft, wenn auch besonderer Art. Dies „Selbst-Missverständnis“ kam dem Prestige- und Sicherheitsbedürfnis der (als Naturwissenschaftler ausgebildeten) Mediziner und Psychologen entgegen, die in der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung seit den zwanziger Jahren die Mehrheit bildeten und das Freudsche Projekt alsbald pragmatisierten, das heißt: technischen Problemen der Therapie den Vorrang gegenüber „metapsychologischen“ einräumten. Die Verfemung der Psychoanalyse als einer zersetzenden, „bürgerlichen“ oder „jüdischen“ Wis-

senschaft“ – vor allem in Hitlerdeutschland und Stalin-Russland – drängte dann die in die Enge getriebenen Freudianer nicht nur dazu, auf nonkonforme Politik zu verzichten, sondern stillschweigend von Freuds negativer Haltung gegenüber der Gegenwartskultur zu einer affirmativen überzugehen. Im Kontext der (internationalen) studentischen Protestbewegung der sechziger Jahre, die sich, speziell in (West-)Deutschland, gegen die verleugnete („derealisierte“) Nazi-Vergangenheit der älteren Generation und deren Sprachlosigkeit richtete, war Habermas' *Restitution* der Psychoanalyse als Ideologiekritik das, was Karl Korsch „philosophische Aktion“ genannt hatte.¹⁸ Denn die (nachholend) gegen Krieg und Menschenvernichtung protestierende Generation fand in der (restituierten) Psychoanalyse ein Heilmittel gegen kollektive Amnesie – die Wieder-Erinnerung.

„Die einzige Erklärung dafür [...], daß die Menschen auf die kausalanalytische Erklärung ihres Verhaltens durch ein neuartiges Verhalten reagieren können, liegt in der Einsicht, daß [sie] die Sprache der psychologisch-soziologischen ›Erklärung‹ durch Selbstreflexion in die Sprache eines vertieften Selbstverständnisses umsetzen können, das ihre Motivationsstruktur ändert und damit der ›Erklärung‹ den Boden entzieht“ (Apel, 1973, Bd. II, S. 126).

Historischer Materialismus und Psychoanalyse sind *anamnestische* (und darum *kritische*) Wissenschaften.

Wien 4. April 2026

Helmut Dahmer ist Soziologe und lehrte bis zu seiner Emeritierung an der TU Darmstadt.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1963): *Drei Studien zu Hegel. Gesammelte Schriften*, Band 5; Frankfurt (Suhrkamp) 1972, S. 247-381.
- Apel, Karl-Otto (1973): *Transformation der Philosophie*. Band I und II. Frankfurt (Suhrkamp) 1973.
- Bernfeld, Siegfried (1932): „Der Begriff der Deutung in der Psychoanalyse.“ *Antiautoritäre Erziehung und Psychoanalyse – Ausgewählte Schriften*, Band 2; Frankfurt (Ullstein) S. 236-286.
- (1941): „Psychoanalyse als Gespräch.“ [“The facts of observation in psychoanalysis.“] *Psyche*, 32. Jg., Stuttgart (Klett-Cotta) 1978, S. 355-373.
- (2020): *Psychoanalyse-Psychologie-Sozialpsychologie (1913-1941)*. *Werke*, Band 10; Gießen (Psychosozial-Verlag).
- Brandmann, Martin (2026): *Habermas in 50 Begriffen*.

- Aichach (Wortschein Verlag).
- Brunkhorst, Hauke, R. Kreide, C. Lafont (Hg.) (2009): *Habermas-Handbuch*. Stuttgart, Weimar (Metzler; Springer).
- Dahmer, Helmut (2021): „Freud, Marx und das Problem der ›Mentalität(en)‹.“ In: Sablowski, Th., et al. (Hg.) (2021): *Auf den Schultern von Marx*. Münster (Westfälisches Dampfboot), S. 227-255.
- (2022): *Trotzki, die Psychoanalyse und die kannibalischen Regime*. A. a. O.
- (2024): *Trotsky y Freud*. El psicoanálisis y el terror estalinista. Buenos Aires (Editorial Topía).
- (2025): „Freud und die Philosophie.“ *Brot und Spiele*, Zeitschrift für Kultur und Politik (Wien), Heft 1/2025, S. 77-86.
- Feuerbach, Ludwig (1839-46): *Kleinere Schriften*, Band I, hg. von W. Schuffenhauer; Berlin (Akademie-Verlag) 1970.
- Habermas, Jürgen (1957): „Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus.“ *Theorie und Praxis*, Sozialphilosophische Studien; Neuwied (Luchterhand) 1963, Anhang, S. 261-335.
- (1963) *Theorie und Praxis*. Sozialphilosophische Studien. Neuwied, Berlin (Luchterhand).
- (1967): *Zur Logik der Sozialwissenschaften. Philosophische Rundschau*, Beiheft 5. Tübingen (Mohr-Siebeck); 5., erw. Aufl. Frankfurt (Suhrkamp) 1982.
- (1968): *Erkenntnis und Interesse*. Frankfurt (Suhrkamp).
- (1976): *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*. Frankfurt (Suhrkamp).
- (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, Band I und II. Frankfurt (Suhrkamp).
- (2008): „Nach dreißig Jahren: Bemerkungen zu *Erkenntnis und Interesse*.“ Hamburg (Meiner) 2008 (*Philosophische Bibliothek*, Band 589), Anhang, S. 357-367.
- (2019): *Auch eine Geschichte der Philosophie*. Band 1 und 2. Berlin (Suhrkamp).
- Horkheimer, Max (1937): „Traditionelle und kritische Theorie.“ *Gesammelte Schriften*, Band 4, Frankfurt (S. Fischer), S. 162-225.
- Korsch, Karl (1923): *Marxismus und Philosophie*. In: *Gesamtausgabe*, Band 3, hg. von M. Buckmiller; Amsterdam (Stichting Beheer IISG) 1993, S. 299-367.
- Lenin, W. I. ([1914/15] 1929): [Konspekte zu Hegel.] *Werke*, Bd. 38, Berlin (Dietz) 1964, S. 77-344.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels [1845/46]: *Die deutsche Ideologie. Marx-Engels-Werke* (MEW), Band 3; Berlin (Dietz) 1959.

Müller-Doohm, Stefan (2014): *Jürgen Habermas. Eine Biographie*. Berlin (Suhrkamp).

Weisner, Florian (2026): *Was bleibt von Habermas?* Aichach (Wortschein Verlag).

1 In seinem Berner Exil hatte Lenin zu Beginn des Ersten Weltkriegs Hegels *Logik* exzerpiert und kommentiert. In seinem Konspekt notierte er: „Man kann das >Kapital< von Marx und besonders das I. Kapitel [„Die Ware“] nicht vollständig begreifen, ohne die *ganze* Logik von Hegel durchstudiert und begriffen zu haben. Folglich hat nach einem halben Jahrhundert nicht ein Marxist Marx begriffen!“ Lenin ([1913/14] 1929): *Werke*, Band 38, Berlin (Dietz) 1964, S. 170.

2 Vgl. dazu Habermas (1960): „Zwischen Philosophie und Wissenschaft: Marxismus als Kritik.“ *Theorie und Praxis* (1963), S. 162-214. Ferner (1961): „Dialektischer Idealismus im Übergang zum Materialismus“, a. a. O., S. 108-161. Zusammenfassend: Frank, Manfred (2009): „Schelling, Marx und Geschichtsphilosophie.“ In: Brunkhorst u. a. (Hg.) (2009), S. 133-147. Habermas – der über Schellings Philosophie promoviert hatte – vervollständigt diese Genealogie, indem er die Entwicklung der (von Fichte begründeten, idealistischen) Ich-Nichtich-Dialektik zur Marxschen wie folgt zusammenfasst: „Die Produktion ist auf beiden Seiten durch >Naturvoraussetzungen< bedingt: in die Arbeitsprozesse geht >von außen< das Material der Bearbeitung und >von unten< der Organismus des arbeitenden Menschen ein. Synthesis im materialistischen Verstande ist eine auf die Sphäre der Weltgeschichte relativierte Tathandlung; Marx verweist Fichte in die Schranken, die durch Kants Transzendentalphilosophie und Darwins Evolutionismus gezogen sind“ (*Erkenntnis und Interesse*, 1968, S. 56 f.).

3 Vgl. dazu Dahmer (2024): „Freud und die Philosophie.“

4 Marx’ *Das Kapital* (Bd. 1) erschien 1867, Freuds *Die Traumdeutung* im Jahr 1900.

5 Zum Horkheimer-Kreis gehörten u. a. Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno, Friedrich Pollock, Leo Löwenthal und Walter Benjamin. Sie wurden von den Nazis aus Deutschland vertrieben; Benjamin nahm sich auf seiner Flucht an der spanischen Grenze das Leben, Marcuse und Löwenthal blieben in den Vereinigten Staaten. Horkheimer und Adorno kehrten 1949 nach (West-)Deutschland zurück, um nach Möglichkeit wenigstens eine Minderheit der Nachkriegsjugend gegen ein Wiederaufleben des Faschismus zu immunisieren.

6 Nämlich mit deren zentralen Themen: Dem Verhältnis von Klasse, Partei(en), Fraktionen und „Führung“, der Arbeiter- bzw. Räte-demokratie, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, dem nachrevolutionären, „absterbenden“ Staat, der Gewaltenteilung und der Möglichkeit einer (internationalen) demokratisch kontrollierten Planwirtschaft. . .

7 Es ist nicht möglich, die verschlungenen Wege des Habermas’schen Denkens in Kürze nachzuzeichnen oder auch nur einen ersten Begriff von seinen Schriften zu geben. Darum konzentriere ich mich im Folgenden auf eine seiner (frühen) Innovationen, nämlich auf die – im Anschluss an Horkheimer, Adorno und Marcuse entwickelte – Interpretation der Freud-schen Psychoanalyse als des Prototyps einer auf *Selbstreflexion* setzenden Kritik. Diese Kritik dient dem „emanzipatorischen Erkenntnisinteresse“ im Unterschied zum *technischen* Interesse

an Natur-Erklärung und zum verständigungs-orientierten Interesse an Kulturobjektivationen. Habermas ist später, nach seiner „linguistischen Wende“, auf das Paradigma der Psychoanalyse nicht mehr zurückgekommen (vgl. dazu seine kritischen Anmerkungen zu *Erkenntnis und Interesse im Anhang* zur Meiner-Ausgabe von 1908) und hat auch keinen Versuch unternommen, die 1968 entwickelte subjekt- und bewusstseins-philosophische Deutung der Freudschen Therapie und Theorie im Rahmen seines neuen Paradigmas des „kommunikativen Handelns“ zu reformulieren.

8 „Der zwiespältige Charakter des gesellschaftlichen Ganzen in seiner aktuellen Gestalt entwickelt sich bei den Subjekten des kritischen Verhaltens zum bewußten Widerspruch.“ Horkheimer, „Traditionelle und kritische Theorie“ (1937), S. 180 f.

9 (1.) „Die körperliche Organisation menschlicher Individuen“, bei denen das „Bewußtsein [...] die Stelle des Instinkts vertritt“, und ihr dadurch gegebenes Verhältnis zur übrigen Natur“, sowie die „Modifikation [der Natur] im Lauf der Geschichte durch die Aktion [Arbeit] der Menschen“, (2.) die Erzeugung von (immer neuen) Mitteln (Werkzeugen, „Instrumenten“) zur Befriedigung (wachsender) Bedürfnisse (also zur Produktion des materiellen Lebens selbst), (3.) die Fortpflanzung (in Familien), (4.) die Organisation des Zusammenwirkens der verfügbaren Produktivkräfte in Gestalt verschiedenartiger Produktionsweisen, (5.) die Sprache, (6.) die Arbeitsteilung... Marx und Engels [1845/46], MEW 3: 20 f. und 28-34.

10 Apel, K.-O.: „Szientistik, Hermeneutik, Ideologiekritik. Entwurf einer Wissenschaftslehre in erkenntnisanthropologischer Sicht“ (1968) in: *Transformation der Philosophie* (1973), Band II, S. 96-127; „Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik“ (1972), a. a. O., S. 358-435.

11 Ludwig Wittgensteins Sprachspiel-Theorie und die von J. L. Austin und John Searle entwickelte Sprechakt-Theorie bewogen Habermas zu diesem folgenreichen *Paradigmenwechsel* von der Bewusstseins- beziehungsweise Subjekt-Philosophie zur Basierung seiner Soziologie auf einer Theorie der intersubjektiven Kommunikation.

12 In den ersten Nachkriegsjahren (noch in den USA) durchgeführte empirische Vorurteils-Studien des emigrierten „Instituts für Sozialforschung“ hatten ergeben, dass typische Sozialisationsprozesse in „spätkapitalistischen“ Gesellschaften der Formierung systemkonformer, „autoritärer“ Charaktere weitaus günstiger sind als einer möglichen Entwicklung von nonkonformen Persönlichkeitsstrukturen. Vgl. dazu mein Resümee der Mentalitäts-Studien (1921). (H. D.)

13 Einen Überblick über Habermas' politische Interventionen gibt Müller-Doohm in den Kapiteln 9 und 10 seiner 2014 erschienenen Biographie.

14 Unklar bleibt, wie das Verhältnis der beiden verschiedenartig organisierten, komplementären Sphären „System“ und „Lebenswelt“ in Habermas' Modell der Gesamtgesellschaft gedacht ist – eher als eines der „friedlichen Koexistenz“ oder als eines der permanenten Konflikte. Habermas' Konzeption erinnert sowohl an das Marxsche Modell einer (ökonomischen) „Basis“, von der ihr politisch-ideologischer „Überbau“ abhängt, als auch an Max Webers Prognose, der zufolge im Zuge der kapitalistischen Entwicklung traditionale Gemein-

schaften sukzessiv von der „Marktvergesellschaftung“ aufgezehrt werden.

15 Darunter befanden sich vor allem auch jene Texte, die für unser heutiges Verständnis des historischen Materialismus ausschlaggebend sind: Die „Pariser Manuskripte“ von 1844, Die *deutsche Ideologie* (von 1845/46) und die *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* (aus den Jahren 1857/58).

16 Seinen (unabgeschlossenen) Denkweg resümierend, schrieb Habermas (2019, S. 593): „Ich werde die [...] Genealogie nachmetaphysischen Denkens noch einmal zuspitzen müssen, um die von Feuerbach über Marx und Kierkegaard bis Peirce vorgenommenen Weichenstellungen als diejenigen Züge zu charakterisieren, die die Ausgangslage für das zeitgenössische philosophische Denken, soweit es an Kant und Hegel anschließt, immer noch bestimmen.“

17 beziehungsweise in dem der Produktivkräfte, die verschiedenartige Produktionsweisen konstituieren und revolutionieren.

18 Korsch, Karl (1923), S. 367.



INTERNATIONALES ANTIKAPITALISTISCHES SOMMERLAGER

Vom 18. bis 25. Juli organisiert die Bewegung für den Sozialismus (BfS) aus der Schweiz gemeinsam mit der ISO in Deutschland das 41. Sommerlager der Vierten Internationale.

■ Emil Höllein

Das Jugendsommerlager der Vierten Internationale kehrt nach 40 Jahren nach Deutschland zurück, wo es erstmals 1981 stattfand. Bereits damals gab es eine Zusammenarbeit von den Vorgängerorganisationen der ISO (Gruppe Internationale Marxisten) und der BfS (Sozialistische Arbeiterpartei/Parti Socialiste Ouvrier).

Das Ziel des Sommerlagers ist die internationale Vernetzung der jüngeren Mitglieder (bis 30 Jahre) der Organisationen aus der revolutionär-marxistischen Tradition und interessierter Sympathisant:innen.

Das Lager hat ein solidarisches Finanzierungsprinzip: Leute, die aus reicheren Ländern kommen, zahlen mehr Beiträge als solche aus ärmeren Staaten. Zudem gibt es eine Campwährung, deren Tauschkurs sich nach dem Lohnniveau der Herkunftsländer der Delegationen richtet.

Das Programm versucht, dies auf verschiedenen Ebenen zu ermöglichen:

Es gibt Vorträge von Aktivist:innen aus dem Umfeld der Vierten Internationale und Workshops, organisiert von den verschiedenen Delegationen des Sommercamps. Die Workshops reichen von Theorie über Erfahrungsberichte von politischer Praxis bis zu praktischen Workshops (beispielsweise darüber, wie eine Volksküche organisiert wird).

Zudem gibt es Austauschtreffen zwischen den verschiedenen Delegationen. Dabei tauschen sich die Delegationen über den jeweiligen Kontext in ihren Ländern und Organisationen aus. Darüber hinaus gibt es permanente Kommissionen, in denen sich Delegationen zu spezifischen Themen austauschen, um voneinander zu lernen.

Zum Programm gehört aber auch ein lockerer Teil, der ebenso wichtig für die Vernetzung ist: ein gemeinsamer Singabend mit revolutionären Liedern aus verschiedensten Ländern, Rallies mit Reden zu verschiedenen Themen und thematische Partys.

Das Sommerlager hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Einerseits sind die in der Vergangenheit großen Delegationen (aus dem Spanischen Staat, Frankreich und Italien) eher kleiner geworden, andererseits sind kleinere Delegationen verhältnismäßig größer geworden. Dadurch ist der Austausch zwischen den Delegationen enger geworden.

In diesem Jahr nehmen unter anderem Genoss:innen aus dem Spanischen Staat, Deutschland, Frankreich, England, Schottland, Irland, Dänemark, Schweden, Österreich, Portugal, Rumänien, Ukraine, den Niederlanden, Malta, Serbien, der Türkei und Argentinien teil.

Es wird versucht, Genoss:innen aus dem Irak, Algerien, Marokko, Pakistan und den Philippinen eine Teilnahme zu ermöglichen. Aufgrund der derzeitigen massiven globalen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit hängt hier die Teilnahme von der Visumsvergabe ab.

Eine Entwicklung vieler Jahre politischen Kampfes sind auch die zahlreichen für Genoss:innen mit spezifischen Unterdrückungserfahrungen geschaffenen Räume. So gibt es beispielsweise Austauschmöglichkeiten für rassifizierte Genoss:innen und trans Genoss:innen. Dies hat dazu geführt, dass eine marxistische Auseinandersetzung mit verschiedenen Unterdrückungsformen weiterentwickelt wurde. Auch konnte und kann damit die Auseinandersetzung mit der Reproduktion von Unterdrückungsformen innerhalb von linken Organisationen, auch unseren eigenen, gestärkt werden.

Das diesjährige Programm beginnt mit einem Tag zu Antiimperialismus und Antifaschismus. Es knüpft an die Ereignisse der letzten Monate und Jahre, die massive Zuspitzung der imperialistischen Spannungen an. Unsere

Antwort darauf ist ein solidarischer Antiimperialismus: So sind wir beispielsweise sowohl gegen den Bombenterror der USA und Israels als auch gegen das iranische Regime, dass noch zu Beginn dieses Jahres Tausende mutige Demonstrant:innen ermordet hat.

Neofaschismus, die extreme Rechte und autoritäre Herrschaftsformen sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. In immer mehr Ländern kommt die extreme Rechte an die Macht. In anderen Ländern setzen angeblich «moderater» Regierungen die Forderungen um, die noch vor einigen Jahren noch zurecht als rechtsextrem galten.

Inmitten dieser Entwicklungen versuchen wir zu analysieren, wieso es zu diesen Entwicklungen gekommen ist und wie wir dagegen kämpfen können. Zudem gibt es viele Workshops, die verschiedene Themen behandeln, darunter die Kolonialgeschichte Belgiens im Kongo, die Protestbewegung gegen die Regierung in Serbien und die diesjährigen Proteste gegen den G7-Gipfel in Evian.

Am zweiten Tag wird im Rahmen des Tages zu Feminismus und queerer Befreiung die Perspektive der Abschaffung der Familie thematisiert. Es gibt auch Workshops zu feministischer Selbstverteidigung, zur feministischen Bewegung im Iran oder zur transfeministischen Bewegung in Argentinien.

Am dritten Tag wird im Rahmen der Ökologie der Begriff des Ökofaschismus als Erweiterung des Verständnisses des fossilen Backlashs eingeführt. In den Workshops werden Themen wie Ernährungssicherheit und ökologische Klassenpolitik behandelt.

Am vierten Tag steht die Bedeutung antirassistischer Kämpfe in Zeiten der völligen Normalisierung rassistischer Hetze von der Sozialdemokratie bis zur extremen Rechten im Fokus. Am selben Tag wird über den Aufstieg der neuen internationalen faschistischen Bewegung und unsere Strategie dagegen diskutiert. Es werden Workshops zu rassistischer Polizeigewalt, Islamophobie und Bewegungsfreiheit für alle Menschen angeboten.

Das Sommerlager endet mit einem fünften Tag, der sich mit gewerkschaftlicher Arbeit befasst, und einem sechsten Tag, der sich mit Strategie und Organisation befasst. Hierzu gibt es beispielsweise Workshops zur Mieter:innengewerkschaft in Katalonien, zu Arbeitskämpfen in Ländern des ehemaligen Ostblocks oder zur kritischen Auswertung der Aktivitäten in breiten linken Parteien (beispielsweise Podemos).

Das internationale antikapitalistische Sommerlager ist ein Ort für gelebten Internationalismus, für Austausch und Vernetzung. Es können langfristige Verbindungen

entstehen, die eine wichtige Grundlage für internationale Vernetzung, Debatten und Zusammenarbeit bilden.

Wir sind weiterhin auf Unterstützung angewiesen und würden uns daher sehr über Spenden freuen, um möglichst vielen Genoss:innen außerhalb West- und Mitteleuropas eine Teilnahme zu ermöglichen.

Überweise jetzt eine Spende für das Sommerlager:

BFS Zürich
IBAN CH40 0900 0000 1684 1072 9

Als Überweisungszweck bitte angeben:
Spende internationales Sommerlager

Emil Höllein lebt in Zürich und ist Mitglied der Bewegung für den Sozialismus (BFS). Er ist aktiv in der Jugendgruppe und in der Vorbereitungsgruppe für das Sommerlager.



Abonnements



Seit Jahren drücken uns steigende Kosten und wir können die nun leider nicht länger auffangen. Bisher waren viele Solidar- oder Förderabos eine wichtige Stütze, aber da gibt es, wie auch bei den Normalabos, viele Abgänge aus verschiedenen Gründen: kein Geld, keine Zeit, zunehmendes Alter – aber auch politische „Bestrafung“ wegen unserer konsequenten Kritik an den Verbrechen des Zionismus (zur Frage, ob diese Kritik antisemitisch ist, siehe auch unsere Artikelsammlung unter <https://www.inprekorr.de/themen-antisem.htm>).

Eine Möglichkeit, Kosten einzusparen, wäre es, den Umfang des Heftes zu verringern. Die zweite ist eine maßvolle Erhöhung der Abopreise um 1 bis 5 Euro je Kategorie. Die gute Nachricht: Wer jetzt abonniert, zahlt bis zum 1.7. noch die alten Preise. Ein Grund mehr, jetzt noch schnell ein Abo abzuschließen ...

Raus aus der Hoffnungslosigkeit!

Köln, 13./14.Juni: Ökosozialistische Konferenz 2026

Viel ist von multiplen Krisen die Rede: Erneuerbare Energien werden vielerorts zurückgedrängt, der Run auf Öl, Gas und Seltene Erden ist hemmungsloser denn je. Länder, die auf deren Ausbeutung setzen, machen sich zunehmend erpressbar.

Alles nur, um ausreichend Energie für den Hightech-Wettlauf mit China zu haben, der letzten Endes darin münden soll, dass nur eine Weltmacht übrig bleibt, die alles kontrolliert: den Handel, die Meere, die Ressourcenverteilung, die Datenflüsse, die Bewegungen der Menschen und ihre Einstellungen.

In diesem Wettlauf gebärdet sich die US-Regierung unter Trump als der neue Imperator der Welt, der sich anmaßt, anderen Ländern vorzuschreiben, welche Regierung sie haben dürfen und wie sie dem US-Kapitalismus zu Diensten sein sollen. Selbst die von den USA nach dem Ende des Kalten Kriegs entworfene, sog. „regelbasierte“ globale Weltordnung gilt nichts mehr, vom Völkerrecht ganz zu schweigen.

Wie ist die neue Weltordnung, die da entsteht, zu verstehen? Krieg ist der Dreh- und Angelpunkt dieser Entwicklung, in ihm kommen alle Krisen zusammen, alle Lösungen ihrer Widersprüche, die die Herrschenden sich einfallen lassen, laufen auf ihn hinaus.

Deutschland ist dabei Kriegspartei: Ob Putins Krieg gegen die Ukraine oder der Krieg Israels und der USA gegen den Iran: Jeder Anlass ist der Bundesregierung recht, um die Bevölkerung darauf einzuschwören, Sicherheit gäbe es nur mit militärischer Gewalt. Schulen und Hochschulen, Krankenhäuser, Betriebe – für alle gilt, dass sie kriegstauglich gemacht werden müssen. Und damit auch jeder merkt, dass es ernst wird mit dem Töten, soll die Wehrpflicht wieder eingeführt werden.

Wir fragen nach Orten der Militarisierung und Möglichkeiten der Gegenwehr.

Mit der Militarisierung einher, aber nicht allein durch diese verursacht, geht ein dramatischer Roll back beim Kampf

gegen die Klimakatastrophe. Die Kriege sind Hauptverursacherinnen der weiter steigenden CO₂-Emissionen. Sie offenbaren den Widersinn einer Gesellschaftsordnung, die an den fossilen Energiequellen hängt wie an der Nadel, weil sie die höchsten privaten Profite verspricht.

Und immer wieder wird Atomkraft zur Lösung unserer Energieprobleme ins Spiel gebracht, vor allem aber mit Blick auf Atomwaffenbesitz – Atomkriege sollen wieder führbar werden.

Dabei haben wir das Klimazielen „keine Erderwärmung über 1,5 °C“ zeitweise bereits überschritten. Haben wir überhaupt noch eine Chance, die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen aufzuhalten? Werden ihre Folgen nicht immer mehr Kriegsgründe schaffen? Woraus können wir noch Zuversicht schöpfen, ohne Illusionen aufzusitzen?

Wir fragen danach, wo in dieser Welt Ansätze für Hoffnung und Gegenwehr sind.

Es referieren u.a. Violetta Bock, Lars Hirsekorn, Thomas Sablowski, Johanna Schellhagen, Annette Schlemm, Ingo Schmidt, Jürgen Wagner, Alexandra Willer ...

Die Ökosozialistische Konferenz 2026 findet am **13. und 14. Juni** in Köln statt.

Ort: Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer Str. 58

Beginn: Samstag 10 Uhr; Ende Sonntag 14 Uhr

Anmeldung: <https://www.oekosozialistische-konferenz.de/anmeldung/>

oder per Smartphone auf die Homepage:

